universität wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Venezuela Bolivariana
Die Politische Ökonomie erdölbasierter Entwicklung

Verfasser

Lukas Schmidt

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 057 390
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Internationale Entwicklung
Betreuer:	Mag. Dr. Johannes Jäger

„‚Washing one's hands‘ of the conflict between the powerful and the powerless means to side with the powerful, not to be neutral.“

- Paulo Freire (1985: 122)

Danksagung und Widmung

Ich habe das große Glück, in meinem Leben Menschen um mich zu haben, die mich bei der Umsetzung meiner Ziele unterstützen und bei denen ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken möchte. Ohne sie wäre es nicht bis zu dieser Arbeit gekommen.

Ein riesengroßes Dankeschön gilt hier meiner Familie, die über meinen gesamten bisherigen Werdegang hinweg bedingungslos hinter mir gestanden ist. Ich hoffe ich kann mich in Zukunft dafür auch nur annähernd erkenntlich zeigen!

Michel, du hast keine Mühen gescheut, mir sowohl beim Schreiben dieser Arbeit, als auch während des gesamten Studiums zu Seite zu stehen. Deine Freundschaft bedeutet mir sehr viel. Vielen Dank!
Max, auch deine Freundschaft ist immer ein großer Rückhalt gewesen und hat mir auch in schwierigen Zeiten Kraft gespendet. Vielen Dank!
Anna, deine Anwesenheit macht jeden Tag zu etwas Besonderem. Du schaffst es immer mich zu inspirieren. Ich kann dir dafür gar nicht genug danken.

Besonders hervorheben möchte ich auch den herzlichen Dank an meinen Betreuer, Johannes Jäger, der mir während meines Studiums viel Vertrauen entgegen gebracht hat und ohne den diese Arbeit - mit ihrer politischen Bodenhaftung - nicht hätte umgesetzt werden können. Vielen Dank Johannes!

Es ist heutzutage leider für die meisten Menschen alles andere als selbstverständlich, einen tertiären Bildungswegs finanzieren zu können. Während meines Studiums habe ich die Erfahrung gemacht, dass sich diese Situation in Österreich zunehmend verschlechtert.
Umso mehr ist mir bewusst, wie groß das Privileg ist, dass mir dieser Schritt in meinem Leben dennoch ermöglicht wurde.
Diese Arbeit möchte ich dem Kampf für eine gerechtere und solidarische Gesellschaft widmen. Soziale Ungleichheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie kann verhindert werden!

L.S.
Wien, im Juli 2013

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis iv

Tabellenverzeichnis iv

Abkürzungsverzeichnis v

1 Einleitung 1
1.1 Forschungsfrage 3
1.2 Gliederung 3

2 Critical Realism als erkenntnistheoretische Grundlage 6
2.1 Ontologie und Epistemologie im Critical Realism 6
2.2 Konkretion und Abstraktion 8

3 Der Dependencia-Ansatz 9
3.1 Strukturalismus 9
3.1.1 Das Zentrum-Peripherie-Modell 10
3.1.2 Die Prebisch-Singer-These 12
3.1.3 Importsubstituierende Industrialisierung 14
3.2 Marxistische Varianten der Dependenztheorie 16
3.2.1 Marx und periphere Entwicklung 17
3.2.2 Die (Neo-)Imperialismustheorien 20
3.2.3 Die Entwicklung der Unterentwicklung 22
3.2.3.1 Die zentralen Widersprüche 23
3.2.3.2 Klassenanalyse und Ausbruch aus der Abhängigkeit 25
3.2.3.3 Kritische Bemerkungen zu Franks Thesen 25
3.2.4 Abhängige Entwicklung 27
3.2.4.1 Eine dialektische Sicht auf Entwicklung 27
3.2.4.2 Eine dialektische Analyse von Abhängigkeit 29

4 Die Regulationstheorie 31
4.1 Ursprünge der Regulationstheorie 31
4.2 Das Regulationsdispositiv 31
4.2.1 Die Grundformen sozialer Beziehungen 35
4.2.1.1 Die Warenform sozialer Beziehungen 35
4.2.1.2 Die Staatsform sozialer Beziehungen 35

4.2.1.2.1 Die relative Autonomie des Staates 37
4.2.1.2.2 Hegemonie, Zivilgesellschaft und der historische Block 39
4.2.2 Die regulationstheoretischen Typisierungsachsen 40
4.2.2.1 Akkumulation 41
4.2.2.1.1 Die Verbindung der kapitalistischen mit anderen Produktionsweisen 41
4.2.2.1.2 Produktive vs. finanzbasierte Akkumulation 42
4.2.2.1.3 Intensive vs. extensive Akkumulation 43
4.2.2.1.4 Intra- vs. Extraversion 44
4.2.2.2 Regulation 44
4.2.2.2.1 Das Lohnverhältnis 45
4.2.2.2.2 Das Konkurrenzverhältnis 46
4.2.2.2.3 Die monetäre Restriktion 46
4.2.2.2.4 Die ökologische Restriktion 47

5 Synthese und Operationalisierung 49

6 Venezuela 53
6.1 Venezuela bis zum Erdölboom 54
6.2 Die Phase der importsubstituierenden Industrialisierung 56
6.2.1 Erdöl und Industrialisierung 57
6.2.2 Die venezolanische Modernisierung zwischen Militärdiktaturen und paktierter Demokratie 58
6.2.3 Wirtschaftspolitik und die paktierte Demokratie 60
6.2.4 Rückschlüsse aus der Phase der importsubstituierenden Industrialisierung 62
6.3 Die neoliberale Phase 66
6.3.1 Strukturanpassung und soziale Ungleichheit 66
6.3.2 Ökonomische Implikationen der Strukturanpassung 68
6.3.3 Rückschlüsse aus der neoliberalen Phase 69
6.4 Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts 73
6.4.1 Die venezolanische Ökonomie zwischen Sozialismus und Erdöl 74
6.4.1.1 Die Zusammensetzung des BIP und die venezolanische Produktionsstruktur 77
6.4.1.2 Außenhandel 81
6.4.1.3 Geldpolitik und Inflation 84
6.4.2 Arbeitsmarkt 85
6.4.2.1 Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt 85
6.4.2.2 Gewerkschaftliche Organisation 88
6.4.3 Eine neue Verfassung und partizipative Demokratie 89
6.4.3.1 Progressive Elemente in der Verfassung der bolivarischen Republik Venezuela 90
6.4.3.2 Elemente der partizipativen Demokratie 90

6.3.4 Sozialpolitik der bolivarischen Revolution 91
6.4.4.1 Sozialpolitische Maßnahmen 92
6.4.4.2 Auswirkungen auf Ungleichheit und Verteilung 93
6.4.5 Bildung 95
6.4.5.1 Bildung als struktureller Reproduktionsmechanismus sozialer Ungleichheit in der venezolanischen Gesellschaft 96
6.4.5.2 Bildung unter der Regierung Chávez´ 96
6.4.5.3 Rückschlüsse aus den bildungspolitischen Maßnahmen 98
6.4.6 Landreform 98
6.4.7 Militär und Medien 99
6.4.7.1 Das venezolanische Militär 99
6.4.7.2 Die venezolanischen Medien und der Putsch von 2002 100
6.4.7.3 Militär und Medien als Austragungsorte des Kampfes um Hegemonie 101
6.4.8 Die internationale Dimension der bolivarischen Revolution 101
6.4.8.1 ALBA-TCP 102
6.4.8.2 OPEC 102
6.4.9 Schlussfolgerungen zur post-neoliberalen Phase 103

7 Fazit 108
7.1 Kontinuität Strukturelle Limitationen 108
7.1.1 Abhängigkeit vom Erdölsektor 108
7.1.2 Starre Staatliche Strukturen 109
7.1.3 Strukturelle Heterogenität 110
7.2 Emanzipatorische Brüche 110
7.2.1 Politische Einbindung breiter Bevölkerungsteile 111
7.2.2 Vollständige Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und Umverteilung 111
7.2.3 Emanzipatorische Bildungspolitik 111
7.2.4 Die internationale Dimension der Emanzipation 112
7.3 Zusammenführung 112
7.4 Rückführungen zu abstrakten Ebenen 113

8 Literaturverzeichnis 115

Anhang

Kurzzusammenfassung 127
Abstract 129
Lebenslauf 131

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ausländische Direktinvestitionen (FDI) in Venezuela 1967 nach Sektoren 57

Abbildung 2: Entwicklung des Erdölpreises 1950-2012 75

Abbildung 3: Entwicklung des BIP. Venezuela 1980-2010 (in US-Dollar) 76

Abbildung 4: BIP (real) in Venezuela nach Sektoren 1997-2012 (in 1000 Bolívar) 77

Abbildung 5: Vergleich des venezolanischen BIP für die Jahre 1997 und 2012 nach Sektoren (exkl. Erdöl) in 1000 Bolívar nach konstanten Preisen von 1997 78

Abbildung 6: Realzinsentwicklung in Venezuela 1985-2012 80

Abbildung 7: Leistungsbilanz Venezuela 1980-2010 (in US-Dollar) 82

Abbildung 8: Globalisierungsindex Venezuela 1970-2010 83

Abbildung 9: Arbeitslosenquote Venezuela 1980-2011 86

Abbildung 10: Beschäftigungsrate in formellen- bzw. informellen Sektor. Venezuela 1991-2012 87

Abbildung 11: Human Development Index (HDI) Venezuela 1980-2010 93

Abbildung 12: Vermögensverteilung in Venezuela nach Quintilen 1997-2011 94

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Typisierung der Akkumulation in der ISI-Phase Venezuelas 64

Tabelle 2: Typisierung der Regulation in der ISI-Phase Venezuelas 65

Tabelle 3: Typisierung der Akkumulation in der neoliberalen Venezuelas 71

Tabelle 4: Typisierung der Regulation in der neoliberalen Phase Venezuelas 72

Tabelle 5: Typisierung der Akkumulation in der post-neoliberalen Phase Venezuelas 105

Tabelle 6: Typisierung der Regulation in der post-neoliberalen Phase Venezuelas 106

Abkürzungsverzeichnis

AD	Acción Democrática
ALBA-TCP	Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América - Tratado de Comercio de los Pueblos
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CLPP	Consejos Locales de Planificación Pública
COPEI	Comité de Organización Política Electoral Independiente
CST	Central Socialista de Trabajadores
CTV	Confederación de Trabajadores de Venezuela
FDI	Foreign Direct Investment
FEDECAMARAS	Federación de Cámaras y Asociaciones de Comercio y Producción de Venezuela
HDI	Human Development Index
INE	Instituto Nacional de Estatística
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
IWF	Internationaler Währungsfond
LOTTT	Ley Orgánica del Trabajo de los Trabajadores y Trabajadoras
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
PDVSA	Petróleos de Venezuela, S.A.
PSUV	Partido Socialista Unido de Venezuela
SUCRE	Sistema Unitario de Compensación Regional
UNDP	United Nations Development Program
UNT	Unión Nacional de Trabajadores
WTO	World Trade Organisation

1 Einleitung

Die politische Landschaft Lateinamerikas erlebte im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends einen signifikanten Umschwung. Mit dem Begriff „Linksruck“ lässt sich dieser wohl am treffendsten beschreiben. Staaten wie Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador, aber auch vor allem die Bolivarische Republik Venezuela zählen hier zu den wohl bedeutendsten Länderbeispielen, in denen linke Parteien und Gruppierungen in dieser Zeit Wahlsiege einfahren konnten und seither im Rahmen „post-neoliberaler“ Politik, für erhebliche Veränderungen, besonders im Bereich der Sozialpolitik sorgten (Boris 2007a: 120; Brand 2011; Fischer 2011). Diese Veränderungen sind allerdings nicht allein durch die inhaltliche politische Ausrichtung der neuen Regierungen zu erklären, sondern vor allem auch durch die für diese Länder günstigen Entwicklungen des Weltmarkts in den letzten Jahren, welche die Umsetzung von progressiver Politik stark fördern. Die zum Teil weitreichenden Umverteilungsmaßnahmen sind nämlich zum größten Teil auf Renten gestützt, die aus dem Rohstoffexportsektor stammen. Im Rahmen dieser sozialpolitischen Maßnahmen wird in unterschiedlichen Bereichen mit neoliberalen Politikmustern gebrochen und gleichzeitig ein Wirtschaftsmodell fortgeführt bzw. vertieft, welches auf der verstärkten Extraktion von natürlichen Ressourcen basiert (Gudynas 2011, 2012).

Die Erfahrungen, die die verschiedenen lateinamerikanischen Staaten mit diesen Veränderungen machten stellen sich dabei sehr unterschiedlich dar und die sich ergebenden Herausforderungen, wie etwa die Reduktion sozialer Ungleichheit, die Initiation von Industrialisierungsprozessen bzw. die Stabilisierung der ökonomischen Lage der einzelnen Staaten im Allgemeinen, konnten zum Teil erfolgreich- und zum Teil nur mit Schwierigkeiten bearbeitet werden (Daiber 2012).

Kaum ein anderes Land erlebte in diesem Zusammenhang eine stärker polarisierte Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen, als die Bolivarische Republik Venezuela. Als Vorreiter des „Linksrucks“ wurde mit der Person Hugo Chávez nicht nur Hoffnung seitens der weltweiten Linken verbunden, seine Politik bzw. sein politisches Vermächtnis gilt besonders reaktionären und rechten Regierungen Lateinamerikas, aber auch vieler westlicher Staaten, als Dorn im Auge. Die Situation im eigenen Land gestaltet sich hierbei nicht wesentlich anders, gilt die Nation doch als politisch tief gespalten zwischen ChavistInnen und AnhängerInnen der Opposition rund um deren aktuellen Spitzenkandidaten Henrique Capriles Radonsky. Besonders

nach dem Tod von Hugo Chávez am März 2013 und den darauffolgenden Neuwahlen am wurden diese politischen Gräben deutlicher denn je.

Diese Tendenz setzt sich auch allerdings auch auf der Ebene der akademischen Auseinandersetzung fort. So setzten sich die meisten Forschungen zu dieser markanten Periode in der Geschichte Venezuelas, aber auch Lateinamerikas im Allgemeinen, zumeist nur relativ einseitig mit den unterschiedlichen Facetten des Prozesses auseinander, welche von den ChavistInnen als „bolivarische Revolution" benannt wurde (z.B.: Azzellini 2007; Wagenknecht 2004a). Eine einigermaßen differenzierte Auseinandersetzung findet sich vor allem bei Wilpert (2007). Es ist daher das Ziel dieser Arbeit, die Widersprüchlichkeiten der jüngeren Entwicklungen in der Bolivarischen Republik Venezuelas in einem Umfang aufzuzeigen, der bisher nicht erarbeitet wurde.

Ausgehend von unterschiedlichen konkreten Auswirkungen und Resultaten, die der politische Wandel in Venezuela bisher mit sich brachte, soll aufbauend auf einer politökonomischen Analyse, eine differenzierte Sichtweise auf diese Veränderungen erlangt werden.

So muss zunächst in Betracht gezogen werden, dass es sich bei der Bolivarischen Republik Venezuela um einen Staat handelt, der seit gut einem Jahrhundert hochgradig von der Förderung und dem Export von Erdöl abhängt und dabei einen der stärksten wirtschaftlichen Aufschwünge während der Boomjahre der 1970er Jahre hinlegte bzw. gleichzeitig in den Krisenjahren der 1980er Jahre eine der höchsten Ungleichheitsraten der Region aufwies. Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Punkt vor allem der Umstand, dass diese unter der Regierung Chávez beständig und in signifikantem Ausmaß reduziert werden konnte. Diese Verbesserung der Lebenssituation vor allem der Ärmsten im Land und ihre politische Einbeziehung, ist allerdings nicht ohne die verschiedensten Widersprüchlichkeiten und Problematiken zu betrachten, welche, so die These dieser Arbeit, vor allem als Ausdruck der strukturellen Abhängigkeit lateinamerikanischer Ökonomien zu sehen sind.

Aufbauend auf diesen Feststellungen soll daher, ausgehend von einer politökonomischen Analyse, der gesellschaftlichen Dimension der sogenannten „lateinamerikanischen Paradoxie" (Burchardt 2012: 85), also persistenter Ungleichheit, bei gleichzeitigem Ressourcenreichtum und steigendem wirtschaftlichen Wachstum, wie dies auch in Venezuela zu beobachten ist, Rechnung getragen werden. Vermittels einer solchen Analyse ist allerdings nicht nur das Aufdecken von zugrundeliegenden Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise von grundlegender Bedeutung, sondern auch die Kenntlichmachung von Bruchstellen dominanter Herrschaftsverhältnisse und Möglichkeiten zur Transformation ebendieser.

Aus diesem Grund verfolgt die vorliegende Arbeit einen Ansatz, der in der Folge vorgestellt werden soll. Zunächst soll allerdings die grundlegende Forschungsfrage vorgestellt werden.

1.1 Forschungsfrage

Wie bereits erwähnt, verfolgt diese Arbeit einen Ansatz, der sich sowohl einer historisch ausgerichteten politökonomischen Analyse verpflichtet fühlt und gleichzeitig auf emanzipatorische Potentiale hinweisen möchte. Um diese auf die jüngeren Entwicklungen in der Bolivarischen Republik Venezuela anzuwenden, ergibt sich daher folgende Fragestellung, welche der weiteren Analyse ihren Rahmen setzt:

Welche emanzipatorischen Brüche und strukturellen Kontinuitäten lassen sich in der politischen Ökonomie Venezuelas seit der ersten industriellen Erdölförderung unter der besonderen Berücksichtigung der Veränderungen seit dem Amtsantritt Hugo Chávez´ feststellen?

1.2 Gliederung

Neben dieser leitenden Fragestellung, ergeben sich allerdings auch noch einige weiterführende Fragen, welche aus dem politökonomischen Forschungsinteresse resultieren und anhand des theoretischen Abschnitts dieser Arbeit aufgearbeitet werden sollen.

Am Beginn steht hier die methodologische Rahmensetzung dieser Arbeit. Mit dem *Critical Realism*, haben politökonomische Arbeiten eine erkenntnistheoretische Grundlage, welche das „Politische des Wissenschaftlichen“ (Pühretmayer 2005) hervorhebt und aufbauend auf einem ontologischen (kritischen und relationalen) Realismus und epistemischer Relativität mit Begründungsrationalismus (ebd. 2005: 36), eine Analyse ermöglicht, welche sowohl gesellschaftliche Strukturen herausarbeiten kann, als auch auf Transformationspotentiale ebendieser hinweist. Der *critical realism* ist allerdings nicht nur in dieser Hinsicht Inspirationsquelle dieser Arbeit, sondern gibt ihr durch das dialektische Vorgehen von Konkretion und Abstraktion auch ihre Struktur. Im ersten Teil der theoretischen Grundlage dieser Arbeit, wird dieser Ansatz vorgestellt.

Mit der Verfolgung eines raum-zeitlich konkreten Ansatzes ist auch die historische Dimension kapitalistischer Entwicklungsprozesse angesprochen. Es stellt sich daher einerseits die Frage nach der Einbindung Venezuelas in das kapitalistische Weltsystem und deren jeweils konkrete Ausformung in spezifischen Zeiträumen. Mit der Dependenztheorie bzw. ihrem Vorläufer, dem lateinamerikanischen Strukturalismus, wurden hier auf höherer Abstraktionsebene bereits einige wesentliche Konzepte erdacht, um eine solche Fragestellung adäquat beantworten zu können. Zunächst wird also die grundsätzliche Problematik der Stellung Lateinameri-

kas im kapitalistischen Weltsystem anhand der strukturalistischen Argumente aufgezeigt, bevor konkretere analytische Schritte mit den politökonomischen Analysen der marxistischen Dependenztheorie unternommen werden. Hier soll zunächst das grundlegende Entwicklungsverständnis von Marx bzw. den Imperialismustheorien dargelegt werden, bevor mit der Argumentation André Gunder Franks und Fernando Henrique Cardosos zwei dependenztheoretische Positionen vorgestellt werden, deren Differenzen zu einem besseren Verständnis der Problematiken bei der Untersuchung von peripheren Regionen der kapitalistischen Weltwirtschaft beitragen sollen und die wesentlichen Impulse für das weitere Vorgehen darstellen. Um vor allem die Untersuchung endogener Faktoren kapitalistischer Entwicklung einer weiteren Konkretisierung zuzuführen, wird die Regulationstheorie, als Weiterführung und Konkretisierung der marxistischen Theorietradition für die Entwicklungen des zwanzigsten Jahrhunderts, herangezogen, um diesen Schritt zu unternehmen. Durch die Betonung der immanenten Krisenhaftigkeit des Kapitalismus bzw. der gleichzeitigen Möglichkeit diese durch gesellschaftliche Regulation und passende Akkumulationsstrategien zu stabilisieren, wird hier eine wesentliche Analyse vorgestellt, die konkrete raum-zeitliche kapitalistische Konstellationen greifbar macht (Becker 2009: 89; Becker et al. 2007: 20). Da es sich um ein sehr breites Theoriegebäude handelt, soll für diese Arbeit vor allem der Beitrag von Joachim Becker (2007), welcher die bisherigen (marxistischen) Theoriestränge zusammenführt, genutzt werden um das Potential der Regulationstheorie auch im begrenzten Rahmen dieser Arbeit nutzbar zu machen.

Im Anschluss an die Ausarbeitung der wesentlichen Grundlagen der beiden genannten Ansätze, erfolgt eine Synthese der erarbeiteten Argumente bzw. eine damit einhergehende Operationalisierung ebendieser für die Analyse der Bolivarischen Republik Venezuela.

Hier sind vor allem Fragen nach unterschiedlichen Kräfteverhältnissen sozialer Gruppen, sowie der historischen Periodisierung unterschiedlicher Akkumulations- und Regulationsstrategien von Bedeutung.

Bei der Analyse der Bolivarischen Republik Venezuela wird daher zunächst eine Periodisierung, beginnend mit der ersten Erdölförderung vorgenommen, die sich in die Periode der importsubstituierenden Industrialisierung, die neoliberale Umstrukturierung, sowie die „postneoliberale“ Phase, die mit dem Amtsantritt Hugo Chávez ihren Anfang nimmt, unterteilen lässt. Durch eine solche Analyse sollen vor allem die Kontinuitäten von strukturellen Limitationen hervorgehoben- und für die weitere Analyse zugänglich gemacht werden. Das analytische Hauptaugenmerk der Arbeit liegt vor allem in der Phase seit dem Amtsantritt von Hugo Chávez. Hier wird neben der Frage nach sich fortsetzenden strukturellen Limitationen, auch

vor allem das Potential von emanzipatorischen Handlungen analysiert werden. Ob bzw. bis zu welchem Grad von einer Transformation der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse gesprochen werden kann, wird hier also ebenso thematisiert werden, wie die Frage nach damit einhergehenden Widersprüchen. Die konkrete Analyse wird dabei der vorangegangen Synthese aus dependenztheoretischen Abstraktionen und regulationstheoretischen Konkretisierung bzw. deren dialektischem Zusammenwirken, entnommen.

Der kritisch-realistischen Methode folgend, wird neben einer Conclusio dieser Fragestellungen, abschließend auch noch die Fragestellung nach Rückschlüssen auf theoretischer Ebene gestellt werden, die sich aus der Konkretion vorhergehender Abstraktionen erschließen.

2 Critical Realism als erkenntnistheoretische Grundlage

In der ökonomischen Wissenschaftsdisziplin herrscht mit der neoklassischen Sichtweise auf ökonomische Prozesse, eine Theorieschule vor, deren Erkenntnisse grundlegend auf positivistischen bzw. mathematisch-deduktiven Methoden beruhen. Die daraus resultierenden Schlussfolgerungen beziehen sich daher auf sehr stark von der Realität abstrahierenden Modellen, welche ökonomische Zusammenhänge auf mathematische Zusammenhänge reduzieren. Mikroökonomische, auf individuelles Handeln zurückgeführte, Phänomene werden dabei im Rahmen des methodischen Individualismus, unter der Voraussetzung perfekter Märkte auch auf der Makroebene umgesetzt und allen gesellschaftlichen Prozessen zur Grundlage gemacht. Diese erkenntnistheoretische Annäherung der Wirtschaftswissenschaften an die Naturwissenschaften verkennt allerdings, dass ökonomische Prozesse nicht unter Laborbedingung objektiviert werden können, sondern immer gesellschaftlich vermittelt sind. Dies bedeutet auch, dass eine Loslösung ebendieser von raum-zeitlichen Kontexten eine Vereinfachung darstellt, welche eine Analyse konkreter Situationen mit gesellschaftlicher Relevanz verunmöglicht (Jäger/Springler 2012: 30f.).

Der Ansatz, welcher in der vorliegenden Arbeit verfolgt wird, baut im Gegensatz dazu allerdings auf einer politökonomischen Sichtweise auf Ökonomie auf. Diese steht in einem diametralen Gegensatz zur neoklassischen Sichtweise auf ökonomische Prozesse. Ökonomie und Gesellschaft werden hier immer zusammengedacht und gesellschaftlicher (und damit ökonomischer) Wandel immer in konkrete raum-zeitliche Kontexte gesetzt (ebd.: 69ff.). Als wesentliche erkenntnistheoretische Grundlage für eine solche Arbeit, bietet vor allem der *critical realism* eine brauchbare Basis an, um den hier aufgeworfenen Fragestellungen nachzugehen. Seine grundlegenden Prämissen bieten dabei nicht nur methodische Orientierung, sondern geben der vorlegenden Arbeit auch ihre Struktur. Im Folgenden sollen daher die Grundlagen des *critical realism* knapp dargestellt werden.

2.1 Ontologie und Epistemologie im Critical Realism

Der *critical realism*, als eigenständige erkenntnistheoretische Position, geht entscheidend auf die Arbeit des britischen Philosophen Roy Bhaskar (2008)[1975] zurück. Wissen hat bei Bhaskar (2008[1975]: 21ff.) zwei Seiten. Einerseits ist es ein soziales Produkt, das heißt seine Produktion ist eng mit den jeweils Produzierenden verbunden und seine Erscheinung kann

nicht ohne diesen Kontext verstanden werden. Auf epistemologischer Ebene ergibt sich daraus ein Relativismus, der eine rein objektive Erkenntnis verunmöglicht, würde diese doch (wie im positivistischen Denken vorausgesetzt) einer Betrachtung bedürfen, welche ohne jegliche soziale Situierung auskommt. Da dieser Zustand, ähnlich wie dies auch im Post-Strukturalismus der Fall ist, im *critical realism* als nicht realisierbar erachtet wird, ist Forschungsergebnissen grundsätzlich eine allgemeine Gültigkeit abzusprechen. Vielmehr muss die eigene Position der Forschenden reflektiert werden und dabei gleichzeitig auf die vielseitige Interpretierbarkeit empirischer Daten verwiesen werden (Pühretmayer 2005: 33).

Die andere Seite des Wissens, unterscheidet die ontologische Position des *critical realism* von dem ontologischen Relativismus des Post-Strukturalismus. Für Bhaskar (2008[1975]: 21ff.) ist Wissen zwar sozial konstruiert, der Gegenstand des Wissens bzw. der Forschung, sind dies allerdings nicht zwangsläufig. Was in naturwissenschaftlichen Zusammenhängen etwa das Prinzip der Schwerkraft bezeichnen würde, steht in der politökonomischen Analyse für die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, welche immer auf dem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bzw. der daraus resultierenden Dynamik beruht. Diese sind als „generative Mechanismen" zu betrachten, welche für das Hervorbringen unterschiedlicher, und nicht auf einen solchen Mechanismus reduzierbarer Ausprägungen in der sozialen Realität verantwortlich sind (Pühretmayer 2005: 34).

Das bedeutet also nicht, dass dieses gesellschaftliche Ganze, welches derartige Kombinationen unterschiedlicher gesellschaftlicher Mechanismen darstellt, bestimmte determinierte Kausalitäten hervorbringt. Vielmehr verweist der *critical realism* darauf, dass prinzipiell unterschiedliche Ursachen infrage kommen und die Entstehung eines bestimmten Phänomens mitbestimmen können. Im Bereich der Wissenschaft ergibt sich dadurch die Notwendigkeit einzelne Zusammenhänge herauszugreifen und von diesen ausgehend, Abstraktionen vorzunehmen. Die jeweilige Problematisierung einzelner Ursächlichkeiten, ist damit auch eng mit der Entscheidung verbunden, welche sozialen Gruppierungen in den Fokus der Analyse gerückt werden sollen (Jäger/Springler 2012: 27f.; Pühretmayer 2005: 36f.). Die Methodologie des *critical realism* hat damit auch immer eine prinzipiell emanzipatorische Komponente. Zum einen aufgrund der grundlegenden Erkenntnis, dass emanzipatorisches Handeln auch innerhalb von strukturellen Limitationen möglich ist, zum anderen ausgehend von der Möglichkeit, im Rahmen kritischer Forschung solche Möglichkeiten zur Emanzipation aufzuzeigen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die ausgehend von konkreten Problematiken und vor deren historisch-konkreten Hintergründen erarbeitet wurden (Pühretmayer 2005: 36). Das „Politische des Wissenschaftlichen" (ebd.) wird hier also nicht nur kritisch unterstrichen, sondern

findet im Umkehrschluss auch seinen Ausdruck bei der Erarbeitung konkreter politischer Maßnahmen ausgehend von wissenschaftlichen Analysen.
Der *critical realism* bietet in diesem Zusammenhang auch konkrete methodische Vorschläge an, die dem Anspruch eines politökonomischen Forschungsprogramms entsprechen.

2.2 Konkretion und Abstraktion

Die methodischen Schlussfolgerungen aus den epistemologischen und ontologischen Prämissen des *critical realism* wurden vor allem von Andrew Sayer (1992) für die Sozialwissenschaften aufbereitet. Im Zentrum steht dabei eine dialektische Vorgehensweise, welche sich nicht zuletzt auch schon in den Schriften von Karl Marx (z.B. 1972[1858]: 21f.) wiederfinden lässt bzw. von diesem aus historisch-materialistischer Sicht begründet wurde. Schon bei Marx galt die materielle Umwelt bzw. das Konkrete, als wesentlichster Einflussfaktor auf die menschliche Gedankenwelt bzw. die Abstraktion. Zentral dabei ist, dass es sich um ein dialektisches Verhältnis handelt, welches (Hegels Verständnis von Dialektik umkehrend) eine Erklärung von sozialem Wandel liefern soll (Ollman 2003: 59ff.).
Sayer (1992: 85ff.) unterstreicht nun, dass es auf methodischer Ebene sinnvoll ist, eine ähnliche Sichtweise einzunehmen, um die Vielseitigkeit und Widersprüchlichkeit der Dynamik sozialen Wandels fassen zu können. Mit Abstraktion ist dabei nicht eine bloße Verallgemeinerung im positivistischen Sinn gemeint, sondern das Herausgreifen einzelner struktureller Regelmäßigkeiten, welche zwar in der Realität unterschiedlichste Ausprägungen haben können, jedoch auf theoretischer Ebene in einheitliche Begriffe gefasst werden muss. Dieses Vorgehen soll in der Folge dazu dienen, wiederum konkrete Situationen besser verstehen zu können, indem ihnen zugrundeliegende strukturelle Regelmäßigkeiten betont werden können.
Die folgenden Abschnitte dieser Arbeit orientieren sich nun an der Methode aus Abstraktion und Konkretion. Wie Jäger und Springler (2012: 27f.) betonen, ist es mithin sinnvoll, bereits vorhandene Abstraktionen zu nutzen, um dieser auf bestimmte Konkretisierungen anzuwenden. Im vorliegenden Fall soll dieses Argument aufgenommen werden. Ausgehend von der Dependenztheorie auf höchster Abstraktionsebene, soll mit der Regulationstheorie eine theoretische Konkretisierung auf mittlerer Ebene erfolgen, bevor die zentralen Argumente dieser beiden Theoriegebäude in einer Synthese für die einleitend erläuterte Fragestellung dynamisiert werden.

3 Der Dependencia-Ansatz

Der kritisch-realistischen Methodologie folgend, soll im folgenden Abschnitt die theoretische Grundlage dieser Arbeit auf der Basis einer dialektischen Auseinandersetzung erarbeitet werden. Zuerst wird dementsprechend die Dependenztheorie als höchste Abstraktionsebene diskutiert, bevor diese durch eine Synthese mit den grundlegenden regulationstheoretischen Kategorien, konkretisiert wird. Um zunächst der Breite des *Dependencia*-Ansatzes gerecht werden zu können, wird im Folgenden der historische Kontext der Dependenzschule dargestellt. Dieser wird vor allem anhand der Auseinandersetzung mit den Grundkonzepten des lateinamerikanischen Strukturalismus erarbeitet. Der darauffolgende Abschnitt widmet sich im Anschluss daran den marxistischen Varianten der Dependenztheorie, welche die wesentlichen theoretischen Impulse auf hoher Abstraktionsebene für diese Arbeit liefert. Love (1990: 143ff.) folgend, erscheint diese Strukturierung grundlegend für ein Verständnis der Theoriebildung, denn die Ideen der marxistischen Varianten rund um André Gunder Frank, Fernando Henrique Cardoso, Theotonio Dos Santos und Ruy Mauro Marini wurzeln sowohl in der politökonomischen Theorietradition, als auch in den grundlegenden Ideen des lateinamerikanischen Strukturalismus.

3.1 Strukturalismus

Als 1948 die CEPAL (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe*), als Sonderkommission der Vereinten Nationen, in Lateinamerika ins Leben gerufen wurde, konnte sich auf dem Kontinent eine Institution etablieren, welche in den folgenden Jahren den ersten nicht-westlichen Thinktank zu Fragen der (Unter-)Entwicklung bilden sollte. Hervorgehend aus den Erfahrungen der lateinamerikanischen Staaten mit Kolonialismus und exportorientierten Wachstumsstrategien, formierte sich in diesem Kontext eine Gruppe von WissenschaftlerInnen, die die Lehrmeinungen des ökonomischen Mainstreams dieser Zeit herausforderten. Zu den einflussreichsten DenkerInnen zählten beispielsweise Raúl Prebisch, Aníbal Pinto, Celso Furtado, Osvaldo Sunkel und Maria da Conceição Tavares. Gemeinsam entwickelten sie den lateinamerikanischen Strukturalismus in Abgrenzung einerseits zu den Annahmen neoklassischer und keynesianischer ÖkonomInnen und andererseits (bzw. damit einhergehend) dem eurozentristischen Entwicklungsverständnis der Modernisierungstheorien. Letztere prägten Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts sowohl im ökonomischen als auch im soziologischen Mainstream die Vorstellung, dass Entwicklung in Form eines linearen Prozesses statt-

finde und sich Gesellschaften auf unterschiedlichen ökonomischen, aber auch geistigen Stufen auf dem Weg zum Idealtyp der westlichen Moderne befinden würden (Kolland 2007: 83ff.; Lerner 1966[1958] ; Rostow 2008[1960]).

Die Grundannahmen des Strukturalismus bezüglich der lateinamerikanischen Ökonomien liegen im Gegensatz dazu in der Erkenntnis begründet, dass nicht fehlende Modernisierung nach westlichem Vorbild für die Probleme der Region verantwortlich waren, sondern Lateinamerika grundsätzlich eine strukturelle Andersartigkeit aufweist. Diese wurde gerade durch die Entwicklung der Industriestaaten hervorgerufen und verunmöglichte es seither, dass die lateinamerikanischen Staaten Entwicklung nach westlichem Vorbild erreichen konnten. In der Konsequenz bedeutet dies auch, dass Unterentwicklung kein Stadium bzw. keine gesellschaftliche Entwicklungsstufe darstellt, die (so die modernisierungstheoretische Prämisse) zwangsläufig auch die Industriestaaten in ihrer Entwicklung durchliefen (Furtado 1964: 129). Die Prosperität dieser Staaten und die persistenten Entwicklungshemmnisse Lateinamerikas, sind also systematisch miteinander verbunden. Diese Erkenntnis wird im strukturalistischen Theoriegebäude als Zentrum-Peripherie-Modell bezeichnet und bildet das charakteristischste Merkmal des Strukturalismus (Kay 1989: 26). Im folgenden Abschnitt soll dieses daher näher dargestellt werden, bevor mit der Theorie der tendenziellen Verschlechterung der Austauschverhältnisse (*terms of trade*) der zweite Grundpfeiler des Strukturalismus beleuchtet wird. Um die theoretischen Konzepte in einen räumlich-zeitlichen bzw. praktischen Kontext zu stellen, werden daran anschließend die politischen Schlussfolgerungen aus den strukturalistischen Konzepten diskutiert.

3.1.1 Das Zentrum-Peripherie-Modell

Wie bereits erwähnt, ist die Feststellung, dass Entwicklung und Unterentwicklung nicht in Form einer Dichotomie von Tradition und Moderne zu interpretieren sind, eine wesentliche Errungenschaft der strukturalistischen Denkschule. Bereits in den Anfangsjahren der CEPAL verweist Raúl Prebisch (1950) - zum damaligen Zeitpunkt ihr Leiter und bis heute wohl einflussreichster Denker - in seiner Schrift „*The Economic Development of Latin America and its Principal Problems*“ auf das Vorhandensein einer Dichotomie von Entwicklung und Unterentwicklung als Grundstein des Strukturalismus bzw. in der Folge der Dependenztheorien im Allgemeinen. Diese grundsätzliche Diagnose des Zentrum-Peripherie-Modells, sieht die Weltwirtschaft als Totalität an, welche in Form der internationalen Arbeitsteilung entwickelte Zentren und andererseits unterentwickelte und abhängige Peripherien hervorgebracht hat bzw. diese verbindet. Methodisch orientiert sich der Strukturalismus dabei an einer historischen

Betrachtungsweise, die notwendig ist, „um diese Strukturelemente zu erkennen, um die Funktionsweise eines Systems mit gegebener Struktur zu erklären und die Strukturveränderungen selbst aufzudecken.“ (Sunkel 1973: 259f.). Auf diese Art und Weise wird in raum-zeitlich konkreter Perspektive beschrieben, wie Lateinamerika, (beginnend mit der Kolonialzeit) als Primärgüterexporteur in das kapitalistische System integriert wurde (Kay 1989: 27).

Als Zentren dieses Systems werden dabei jene Staaten gesehen, in denen die kapitalistische Produktionsweise sich erstmals und in relativ kurzer Zeit im gesamten Produktionsapparat durchsetzen konnte und die Produktivitätsfortschritte der industriellen (Kapitalgüter-) Produktion, die gesamte ökonomische Struktur veränderten und homogenisierten. Peripherien hingegen sind dadurch charakterisiert, dass in Folge des Expansionsdranges der Industriestaaten nur jene (im Vergleich zu anderen relativ kleine) Sektoren eine ähnliche Umstrukturierung durchliefen, die für den Export zuständig sind (Rodríguez 1980: 25ff.). Dies gilt auch für Lateinamerika, da hier die Produktionsstrukturen (basierend auf Primärgüterexport), welche durch den Kolonialismus vorhanden waren, sich auch nach der vergleichsweise frühen Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten bis heute nicht grundlegend veränderten. Die Folge dieser peripheren Einbindung in die Weltwirtschaft, welche durch die StrukturalistInnen erkannt wurde, war eine Spezialisierung der Ökonomie auf den Export von Primärgütern, strukturelle Heterogenität und einer damit einhergehenden, vergleichsweise unendlich großen Reservearmee an Arbeitskräften aus den wenig produktiven Sektoren, deren Löhne sich nahe dem Subsistenzniveau bewegten sowie einer institutionellen Struktur, welche sich kaum in Richtung technischen Fortschritts orientierte (Bielschowsky 2009: 173). Ein Zustand, den die Dependenztheorie mit dem Begriff der Abhängigkeit in das Zentrum des Theoriegebäudes stellt.

Strukturelle Heterogenität als analytische Begrifflichkeit ist hier von zentraler Bedeutung. Sie zeigt im Wesentlichen an, dass unterschiedliche Sektoren einer (abhängigen) Ökonomie enorme Produktivitätsunterschiede aufweisen. Besonders bezeichnend sind dabei vor allem relativ hohe technologische Standards in Exportsektoren und einer im Gegensatz dazu, zum Großteil vorkapitalistisch-, oder zumindest von geringerer Produktivität geprägten Struktur der Produktion für den Binnenmarkt (Pinto 1970: 85). Diese strukturelle Heterogenität beschreibt zugleich den (damit einhergehenden) Umstand, dass Löhne sich in abhängigen Gesellschaften aufgrund der zum Teil vorkapitalistischen Produktion und dem darin tätigen Angebot an Arbeitskraft, für die breiten Massen kaum oberhalb des Subsistenzniveaus bewegen. Die Kombination der daraus resultierenden Beschränkung des Binnenmarkts mit der Exportorientierung der Sektoren mit hoher Produktivität und dem damit einhergehenden Transfer

von Profiten in die Zentrumsstaaten (Vgl. Singer 1950: 475), führt gemäß der strukturalistischen Analyse zu einem Teufelskreis, welcher die Möglichkeit für Investitionen innerhalb der nationalen Grenzen niedrig hält und daher eine Homogenisierung der Produktionsstruktur verunmöglicht.

Daran anknüpfend, ergibt sich für die StrukturalistInnen der Schluss, dass internationale Arbeitsteilung, die mit ihr einhergehende strukturelle Ungleichheit zwischen Zentrum und Peripherie, nicht nur in erster Instanz erzeugt hat, sondern auch immer weiter vertieft (Kay 1989: 29). Eine wesentliche Triebfeder in diesem Prozess, die tendenzielle Verschlechterung der Austauschverhältnisse (*terms of trade*), wird mit dem zweiten theoretischen Grundpfeiler des strukturalistischen Theoriegebäudes beschrieben. Sie soll daher im Folgenden näher beleuchtet werden.

3.1.2 Die Prebisch-Singer-These

Im Gegensatz zur zuvor beschriebenen Kritik der StrukturalistInnen gegenüber der internationalen Arbeitsteilung, vertrat der ökonomische Mainstream nach dem Zweiten Weltkrieg (und in teilweisen Abwandlungen bis heute) die Meinung, internationaler Freihandel würde auf lange Sicht den Wohlstand aller Nationen (gemessen an der Wirtschaftsleistung) gleichermaßen steigern. Ausgehend von David Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile wird hier angenommen, dass die Spezialisierung der Güterproduktion, allen am Handel teilnehmenden Staaten Vorteile gegenüber einer Autarkiesituation verschaffen würde. Die Einbindung der gesamten Welt in den kapitalistischen Wertschöpfungsprozess wird in dieser Sichtweise daher als wünschenswerter Zustand erachtet. Mathematisch-deduktive Modelle und Methoden, wie etwa das Heckscher-Ohlin-Modell (eine Weiterentwicklung der ricardianischen Thesen zum Außenhandel) stellen dabei die primäre Erkenntnisquelle dieser neoklassischen Theorieschule dar (Jäger/Springler 2012: 30f.; Raffer 2007: 105ff.). Dabei ist zwar das Postulat von Objektivität und Rationalität die grundlegende wissenschaftstheoretische Legitimationsstrategie der neoklassischen Konzepte, durch den Umgang mit widersprüchlichen Forschungsergebnissen innerhalb der eigenen Theoriekonzeption wird allerdings deutlich, dass politisch-ideologische Überlegungen und Interessen hier immer eine zentrale Rolle spielen, wenn es darum geht, Wahrheit zu definieren. Dies wird etwa am Beispiel des Graham-Paradoxons - benannt nach der Forschung Frank D. Grahams (1923) - deutlich, welches zeigt, dass der Optimismus gegenüber einer prinzipiell wohlfahrtssteigernden Wirkung der internationalen Arbeitsteilung, nicht mehr gehalten werden kann, wenn die Annahme immer konstanter Grenzkosten (wie sie bei Ricardo vorausgesetzt werden) in allen Sektoren, aufgegeben

wird. Mit einer neoklassischen Methodologie zeigt Graham hier, dass internationaler Freihandel mit entsprechender Spezialisierung gemäß der komparativen Kostenvorteile, dazu führt, dass jene Staaten, die sich auf die Produktion von Primärgütern spezialisieren, gegenüber jenen in Nachteil geraten, die auf industrielle Produktion setzen (können). Der Grund dafür liegt darin, dass industrielle Massenproduktion zu geringeren Grenzkosten führt, während Primärgüter im Normalfall steigende Grenzkosten bei der Ausweitung ihrer Produktion aufweisen. Während das ricardianische Modell bis heute als Legitimation für ökonomische Außenöffnung betrachtet wird, findet das Graham-Paradoxon im ökonomischen Mainstream keinerlei Beachtung. Dies geschieht, obwohl es verdeutlicht, dass selbst im neoklassischen Modell keine Garantie für die wohlfahrtssteigernde Wirkung internationaler Arbeitsteilung besteht (Raffer 2007: 110ff.; Schwank 2007: 97f.).

In der CEPAL hingegen wurde durch die Entwicklung des strukturalistischen Theoriegebäudes, eine ernstzunehmende Alternative zu dieser Sichtweise erarbeitet. In dem als Prebisch-Singer-These bekannten Theorem, kommen sowohl Raúl Prebisch (1950), als auch Hans Wolfgang Singer (1950) in zwei getrennt voneinander erarbeiteten Studien - ähnlich der Kritik Grahams, nur weitaus fundamentaler und in konkrete räumlich-zeitliche Kontexte eingebettet - zu dem Schluss, dass die Stellung Lateinamerikas, als Peripherie der Weltwirtschaft, nicht allein die Produktionsstruktur des Kontinents von außen bestimmte, sondern diese auf lange Sicht der Grund dafür ist, dass sich die Ungleichheit zwischen den lateinamerikanischen Staaten und den Industriestaaten zunehmend vergrößert. Die Ursache dafür sehen beide in der tendenziellen Verschlechterung der Austauschverhältnisse (*terms of trade*), also dem Verhältnis zwischen Exportpreisindex und Importpreisindex bzw. der Primärgüter gegenüber Industriegütern. Empirische Studien vorlegend, zeigen sie dabei, dass durch die höheren Produktivitätsfortschritte im industriellen Sektor gegenüber dem Primärsektor, es nicht zu einer relativen Preissenkung von Industriegütern im Vergleich zu Primärgütern kam.

Das genaue Gegenteil war der Fall, denn wie Prebisch (1950: 8f.) betont, konnten in den 1930er Jahren nur noch etwas mehr als 60% der Menge an Industriegütern für dieselbe Menge an Primärgütern wie noch in den 1860er Jahren importiert werden. Diese Daten legten den Schluss nahe, dass trotz hoher Produktivitätsfortschritte und sinkender Grenzkosten, die Preise für Industriegüter nicht relativ dazu gesunken sind, sondern auf einem weiterhin vergleichsweise hohen Niveau blieben. Im Vergleich dazu, waren die Preise für Primärgüter auf dem Weltmarkt permanent von der Gefahr größerer Preisschwankungen betroffen.

Die Gründe für diese Entwicklung sieht Prebisch (1950: 9ff.) in der hohen Einkommenselastizität von Industriegütern im Vergleich zu Primärgütern und Einkommenssteigerungen in den

Zentren, welche über dem Niveau der Produktivitätssteigerung liegen. Durch die daraus resultierende Dynamik einer Importabhängigkeit von Kapitalgütern, den Import von Luxusgütern, aufgrund westlicher Konsummuster und der immer stärkeren Marktmacht des Westens (sowohl in Bezug auf die Preisgestaltung des Gütermarktes, als auch des Faktormarktes), erklärt sich nun im strukturalistischen Denken die konstante Verschlechterung der Position der lateinamerikanischen Staaten in der internationalen Arbeitsteilung und die Vertiefung des Zustands der Abhängigkeit mit all seinen strukturellen Implikationen (Ocampo/Parra 2003: 8ff.; Raffer 2007: 115ff.).

3.1.3 Importsubstituierende Industrialisierung

Wie der Verlauf der Geschichte zeigte, konnte die strukturalistische Denkschule zwar keinen grundlegenden Einfluss auf die theoretische Ausrichtung des ökonomischen Mainstreams nehmen, eine Interpretation der Entwicklung Lateinamerikas im zwanzigsten Jahrhundert ist allerdings ohne Kenntnis des Einflusses der oben beschriebenen Thesen nicht vorstellbar. Die AutorInnen des Strukturalismus verblieben zwar in ihrem Verständnis von Entwicklung im Dualismus zwischen der Entwicklung der Zentren und der Unterentwicklung der Peripherien verhaftet - und damit eine Antwort darauf schuldig, wie eine Alternative Entwicklung zu jener der Zentren in peripheren Weltregionen konkret aussehen könnte (Leys 1996: 48; Kay 1989: 18) -, ihre theoretischen Abhandlungen und Politikempfehlungen übten allerdings erheblichen Einfluss auf die EntscheidungsträgerInnen der lateinamerikanischen Staaten aus bzw. wurden von diesen zur Legitimation der eigenen politischen Programme herangezogen. Dabei lieferte die CEPAL in ihren Schriften Rückenwind für den in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts unter den Eindrücken der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und dem damit einhergehenden Wegbrechen von Absatzmärkten für Exportprodukte, bereits in Gang gesetzten Protektionismus einzelner Industriezweige. Dieser als importsubstituierende Industrialisierung (ISI) bezeichnete Prozess, ergänzt um die Forderung nach internationalen Ausgleichsmaßnehmen (Prebisch 2008[1964]), sollte dafür sorgen, dass Produktivitätsfortschritte in allen Sektoren erzielt werden und die strukturelle Abhängigkeit, und damit die Heterogenität der lateinamerikanischen Ökonomien, beseitigt werden konnten (Kay 1989: 36).

Die Idee, wie durch Importsubstitution und kontinuierliche Industrialisierung ein Weg aus der Abhängigkeit gefunden werden sollte, bestand aus einem dreistufigen Prozess. Zunächst war das Ziel, durch „horizontale“ ISI, einfache, vormals importierte Konsumgüter zu erzeugen, bevor diese zu einer „vertikalen“ ISI, also der zusätzlichen Erzeugung von Halbfertigprodukt-

ten und Gebrauchsgütern, erweitert werden konnte. In einem dritten Schritt sollte schließlich auch die Erzeugung von Kapitalgütern innerhalb der nationalen Grenzen möglich werden (Love 2005: 104). Durch den Transfer von Arbeitskraft aus Sektoren mit geringer Produktivität in die sich vermehrenden Sektoren mit hoher Produktivität, sollte zudem das Lohnniveau angehoben- bzw. der Binnenmarkt ausgeweitet werden. Der Errichtung konkurrenzfähiger Industrien wurde dabei die übergeordnete Rolle eingeräumt. Dies bedeutete auch, dass in Kauf genommen werden musste, höhere Ausgaben für jene Güter zu tätigen, die zuvor billiger importiert werden konnten (Kay 1989: 36).

Die Fortentwicklung des lateinamerikanischen Kontinents während der ISI-Phase sollte allerdings zeigen, dass die jeweilige Umsetzung der von der CEPAL erarbeiteten Vorschläge, gerade an jenen Faktoren scheitern sollte, die zuvor von den StrukturalistInnen als Hauptgründe für die Entwicklungshemmnisse Lateinamerikas identifiziert wurden. Obwohl zu Beginn der ISI-Phase, in der Periode der Substitution einfacher Konsumgüter, noch hohe Wachstumsraten eingefahren werden konnten, kam diese Dynamik mit dem notwendigen Fortschreiten der Industrialisierung ins Stocken. Nachdem es in Lateinamerika nicht gelang, die noch immer sehr wichtigen Exporte von Primärgütern in ihrer Notwendigkeit zu reduzieren und gleichzeitig diese in Relation zu Industriegütern (wie nach der strukturalistischen Analyse auch zu erwarten) immer weniger nachgefragt wurden, offenbarten sich am Beginn der 1960er Jahre bereits erste Widersprüche der ISI-Strategie. Einerseits wurden zwar die typischen Charakteristika des „Entwicklungsstaates“ (zuweilen sehr selektive soziale Sicherungssysteme, Verstaatlichungen bzw. Aufbau staatlicher Betriebe und eine Ausweitung des Beschäftigung in diesen Bereichen, u.ä.) in dieser Phase etabliert, andererseits blieb die strukturelle Heterogenität bestehen und wurde zum Teil sogar weiter vertieft. (Boris 2007b: 251ff.).

Die CEPAL und die StrukturalistInnen spielten allerdings auch bei der Analyse dieser Probleme die tragende Rolle und übten bereits früh Kritik an den beobachtbaren Entwicklungen (z.B. Furtado 1965). Dabei wurden vor allem die bereits genannten Probleme identifiziert, es wurde allerdings (anders als zuvor) auch die Rolle ausländischen Kapitals kritisch betrachtet, welches vor allem in den dynamischsten und strategisch wichtigsten Industrien eine zentrale Rolle spielte (Kay 1989: 39ff.). Die dadurch immer stärker eingeschränkte Autonomie, nicht zuletzt in der eigenen Geld- und Währungspolitik, gipfelte zu Beginn der 1980er Jahre in der lateinamerikanischen Verschuldungskrise und der folgenden neoliberalen Umstrukturierung. Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine Beurteilung über den Erfolg bzw. Misserfolg der ISI beträchtlich vom jeweiligen Blickwinkel abhängt. Die beiden Extrempole bilden hier sicherlich einerseits Sichtweisen auf die ISI, welche darin eine verlorene Periode sehen, in der

die Vorteile der ersten Globalisierung nicht weiter genutzt wurden, und andererseits jene Standpunkte, die mit der ISI-Phase den Aufbau eines (relativ) umfassenden sozialen Sicherungssystems in Lateinamerika verbinden (Bértola 2007: 63f.). Sowohl von den neoklassischen Standpunkten, als auch von den strukturalistischen Standpunkten aus betrachtet, können allerdings (in unterschiedlichem Ausmaß) die grundlegenden gesellschaftlichen Widersprüche nur unzureichend erkannt werden, die für die spezifischen Entwicklungen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems verantwortlich sind. Während die Neoklassik eine Sichtweise außerhalb der positivistischen Prämissen generell ablehnt, verweist der Strukturalismus, trotz des Verharrens in reformistischen Konzepten, mit der Betonung der Interkonnektivität der Weltwirtschaft, ausgedrückt im Zentrum-Peripherie-Modell und der Abhängigkeit peripherer Regionen gegenüber den Zentren, bereits auf maßgebliche Problemstellungen, die in einer Auseinandersetzung mit den marxistischen Varianten der Dependenztheorie im Folgenden dargelegt werden sollen.

Die zentralen Aussagen dieses Abschnitts - die Notwendigkeit einer räumlich-zeitlichen Verortung ökonomischer Fragestellungen, die Interkonnektivität unterschiedlicher Räume in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft und die damit einhergehenden ungleichen Kräfteverhältnisse - bilden den Leitfaden, welcher in den folgenden Abschnitten über einen Prozess weiterer Konkretisierung, eine adäquate Analyse zur Beantwortung der Fragestellungen dieser Arbeit liefern soll.

3.2 Marxistische Varianten der Dependenztheorie

Kritik an der importsubstituierenden Industrialisierung wurde in den 1960er Jahren nicht nur von ihren strukturalistischen VordenkerInnen, oder den neoklassischen FreihandelsbefürworterInnen laut. Eine Reihe von AutorInnen in Lateinamerika, aber teilweise auch in den Industriestaaten, begannen in dieser Zeit die marxistische Theorie bzw. die Imperialismustheorien, in Anlehnung an die oben genannten Kritikpunkte des Strukturalismus an eurozentristischen Konzepten zur Erklärung von Entwicklung, weiterzuentwickeln und an die Spezifika peripherer Räume anzupassen. Wenn auch im Strukturalismus – vor allem von Celso Furtado (1964: 115ff.; 2011[1984]) - vereinzelt Anleihen an Marx´ Entwicklungsverständnis der kapitalistischen Produktionsweise genommen wurden, so war die Thematisierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und der Dynamik kapitalistischer Entwicklung als dialektischem Prozess, in diesem Theoriegebäude nicht vorgesehen. Einer polit-ökonomischen Argumentationslinie folgend, ist es allerdings naheliegend, dass eine weitere Konkretisierung zum Verständnis der von den StrukturalistInnen vorgebrachten Probleme bei der Entwicklung Lateinamerikas, nur

anhand theoretischer Konzepte erfolgen kann, die in der Tradition der marxistischen Theorieschule stehen bzw. aufbauend auf deren Grundlagen, nach gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen - und Möglichkeiten diese zu verändern – fragen.

Neben der prinzipiellen Fragestellung bei der Erforschung von Entwicklungsprozessen, besteht ein weiterer wesentlicher Unterschied zum strukturalistischen Forschungsprogramm, in der interdisziplinären Prägung der Dependenztheorie. Dies erklärt sich einerseits aus der Verwurzelung in der polit-ökonomischen Theorietradition und andererseits schlicht aus der akademischen Laufbahn der DependenztheoretikerInnen (Vgl. Becker/Schwank 2009: 134). Die wohl prägendsten Denker im lateinamerikanischen Kontext waren sowohl Ökonomen, als auch Soziologen. Als ihre bedeutendsten Vertreter können André Gunder Frank, Theotonio Dos Santos, Ruy Mauro Marini und Fernando Henrique Cardoso genannt werden.

Auch wenn ihre Ideen sich als marxistische Varianten der Dependenztheorie, zwar auf einen gemeinsamen Nenner beziehen, so sind die Erkenntnisse zu denen sie in Bezug auf die Möglichkeiten, welche der Peripherie der kapitalistischen Weltwirtschaft im Entwicklungsprozess gegeben sind, von großer Unterschiedlichkeit. Für ein Verständnis der Wurzeln dieser Unterschiede und weitere Konkretisierung durch die politökonomischen Kategorien der Regulationstheorie, ist es notwendig, grundsätzliche Standpunkte der politökonomischen Auseinandersetzung mit Fragen der peripheren kapitalistischen Entwicklung herauszuarbeiten.

Im Folgenden sollen daher die gemeinsamen Wurzeln der verschiedenen Ansätze innerhalb der Dependenztheorie in der marxistischen Theorietradition dargestellt werden, bevor mit der Theorie der „Entwicklung der Unterentwicklung“ André Gunder Franks ein dualistisches Abhängigkeitsverständnis dargestellt wird.

Dieses soll in der Folge der dialektischen Konzeption der „abhängigen Entwicklung“ von Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto gegenübergestellt werden. Da Letzteres, nicht zuletzt aufgrund des dialektischen Verständnisses von Entwicklungsprozessen, den wesentlichen Angelpunkt zwischen dependenztheoretischen Abstraktionen und den regulationstheoretischen Konkretisierungen auf mittlerer Ebene darstellt, wird hier der Schwerpunkt gesetzt.

3.2.1 Marx und periphere Entwicklung

Karl Marx prägte mit seinen Analysen der kapitalistischen Gesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts nicht nur entscheidend den Verlauf der Geschichte mit, sondern erarbeitete selbst auch eine spezifische Sichtweise auf die (strukturellen) Dynamiken, welche diesen Verlauf bestimmen. Das Modell von Basis und Überbau, welches ihn zur Unterscheidung verschiedener historischer Produktionsweisen befähigte, stellt dabei den zentralen Ausgangs-

punkt für die Analyse unterschiedlicher Etappen der gesellschaftlichen Entwicklung dar. Marx schreibt hierzu in seinem Vorwort von „*Zur Kritik der politischen Ökonomie*“:

> „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte notwendige von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.“ (Marx 1961[1859]: 8)

Bestimmend für das Sein, welches sich im politischen, sozialen, juristischen und kulturellen Überbau ausdrückt, ist also in der (orthodoxen) marxistischen Theorie einseitig die Dialektik von der Fortentwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, ausgedrückt in einer spezifischen Produktionsweise. Mit anderen Worten also auf der einen Seite der technische Fortschritt bzw. dessen Anwendung zur Produktion eines höheren Quantums an Gebrauchswert bei gleichzeitigem Sinken der dafür notwendigen gesellschaftlichen Arbeitszeit (ebd. 2008[1867]: 333). Auf der anderen Seite die Spaltung und das Verhältnis zwischen herrschender und unterdrückter Klasse und dem Klassenkampf als Ausdruck der immanenten Widersprüchlichkeit dieser beiden Sphären.

Diese Widersprüchlichkeit gründet in der Hauptsache in der gesellschaftlichen Produktion des Mehrwerts, welcher, vereinfacht gesagt, die Differenz zwischen dem In- bzw. Output an Kapital darstellt. Grundlegende Annahme der marxistischen Theorie ist dabei, dass allein Arbeitskraft Wert erzeugen kann und ihr Einsatz es daher möglich macht den Prozess der Kapitalakkumulation (G – W – G´) fortzuführen. Es ist die Erzeugung eines solchen Mehrwerts, gekoppelt mit dem Aufkommen der doppelt freien Lohnarbeit, welche die rasante Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise möglich machte und kennzeichnet (Marx 2008[1867]: 23, ebd.: 181ff.).

Hieraus ergibt sich auch die wesentliche Dynamik kapitalistischer Entwicklung, denn verkürzt ausgedrückt, führt die permanente Fortentwicklung der Produktivkräfte (und damit der Produktivität der Arbeit), zu einer Verschärfung der Widersprüche in den Produktionsverhältnissen und dabei auf lange Sicht zu permanenten Verwertungskrisen des Kapitals, sowie schließlich zum revolutionären Übergang von der kapitalistischen Produktionsweise in die kommunistische. Welche spezifischen Formen diese Konflikte bzw. Kämpfe annehmen und welche Resultate dabei erzielt werden, ist allerdings als ein grundsätzlich ergebnisoffener Prozess anzusehen. Marxistische bzw. polit-ökonomische Ansätze, versuchen daher immer Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse aufzuzeigen und somit nicht nur eine Analyse, sondern auch eine Kritik an der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung vorzubringen (Pirker/Stockhammer 2009: 55).

Da Marx seine diesbezüglichen Analysen vor allem über die Industrienationen bzw. die zunehmende Verelendung der ArbeiterInnenklasse in diesen Staaten durchgeführt hat, fehlt eine konkrete Abhandlung in Bezug auf Fragen der außereuropäischen Entwicklung. Dadurch ergeben sich entsprechend durchaus unterschiedliche Lesarten seiner diesbezüglichen Positionierung (Vgl. Menzel 2000; Vujačić 1988). So wird seine Theorie aufgrund der linearen und evolutionistischen Sichtweise von Geschichte oft als frühe (wenn auch kapitalismuskritische) Modernisierungstheorie interpretiert (Avineri 1969). Diese Interpretation basiert auf Marx´ Annahme, dass eine Gesellschaft auf dem Weg zur kommunistischen Produktionsweise erst eine Transformation der Produktionsstruktur zur kapitalistischen Produktionsweise durchmachen muss, bis die Herrschaft der Bourgeoisie den inneren Widersprüchen nicht mehr standhalten kann (Marx/Engels 1977[1848]: 473f.).

Dieser historische Universalismus bezieht sich entsprechend auf alle Teile der Welt. Wenngleich Marx in seinen späten Schriften, unter gegebenen Vorrausetzungen auch den revolutionären Übergang von (semi-)feudalen Gesellschaften zum Kommunismus für möglich hielt (dies war nach seinem Tod eines der Argumente für die Gründung der Sowjetunion) bzw. mit der „asiatischen Produktionsweise“ eine Idee von der Entwicklung in außereuropäischen Gesellschaften entwirft, so bleibt eine umfassende Kritik an expansiven Tätigkeiten der Industrienationen in nicht-industrialisierten Regionen dennoch aus (Marx 1962[1881]: 385; 1972[1858]: 375ff.).

Abgesehen davon, lassen sich aber auch einige seiner Schriften zu peripheren Weltregionen als dependenztheoretische Argumente lesen. So sieht er beispielsweise in der britischen Herrschaft in Indien bzw. in deren Umgang mit der indischen Baumwollindustrie einen wesentlichen Grund für deren Verfall. Denn

> „[h]atte man [die BritInnen] die einheimische indische Produktion von England ferngehalten oder nur unter den härtesten Bedingungen zugelassen, so wurde Indien nun selbst mit englischen Waren bei niedrigem, lediglich nominellem Zoll überschwemmt. Das bedeutete den Ruin der einst so berühmten einheimischen Baumwollindustrie." (ebd. 1972[1858]: 154)

Eine solche Sichtweise auf das Verhältnis zwischen der indischen und der britischen Industrie hatte schon zu Lebzeiten Marx´ eine große Tragweite, widerspricht es doch dem Glauben daran, dass Großbritannien durch die Liberalisierung seines Handels zur führenden Industrienation wurde. Vielmehr wird hier deutlich, dass erst nachdem Schutzzölle den Aufbau einer britischen Baumwollindustrie begünstigten, sich die Liberalisierung als Vorteil für Großbritannien und entsprechenden Nachteil für Indien erwies (Menzel 2000: 9f.).

Dennoch sind Marx´ Ausführungen zu dieser Thematik vergleichsweise wenig in seinen Schriften enthalten. Durch dieses Fehlen einer adäquaten marxistischen Analyse für die Situa-

tion der Kolonien bzw. der ehemaligen Kolonien, bildete sich die marxistisch inspirierte Dependenzschule, aufbauend auf ersten Konkretisierungen durch die ImperialismustheoretikerInnen, um diesem blinden Fleck der Entwicklungstheorie eine angemessene Konkretisierung zu liefern (Kay 1989: 139). Im Folgenden sollen daher die Imperialismustheorien, als Bindeglied zwischen der marxschen Analyse und der Dependenzschule, umrissen werden.

3.2.2 Die (Neo-)Imperialismustheorien

Innerhalb der marxistischen Denktradition fanden sich schon vor den dependenztheoretischen Auseinandersetzungen durchaus bereits einige Arbeiten, die die Lage der Peripherie mit einer genaueren Betrachtung bedacht hatten. Als wichtigste Strömung sind hier die Imperialismustheorien mit VertreterInnen wie Rosa Luxemburg, Nikolai Bukharin, oder Wladimir I. Lenin zu sehen. Fernando Henrique Cardoso (1974: 201) sah vor allem die Imperialismustheorie Lenins als die prägendste für die dependenztheoretische Auseinandersetzung an. Dieser veröffentlichte seine 1917 erschienene Hauptschrift „*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*“ unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges und der imperialistischen Aufteilung der Welt (vor allem Afrikas) in den letzten beiden Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts. Den Expansionsdrang der europäischen Mächte interpretierte er dabei folgendermaßen:

> „Würde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so müßte man sagen, daß der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist. Eine solche Definition enthielte die Hauptsache, denn auf der einen Seite ist das Finanzkapital das Bankkapital einiger weniger monopolistischer Großbanken, das mit dem Kapital monopolistischer Industriellenverbände verschmolzen ist, und auf der anderen Seite ist die Aufteilung der Welt der Übergang von einer Kolonialpolitik, die sich ungehindert auf noch von keiner kapitalistischen Macht eroberte Gebiete ausdehnt, zu einer Kolonialpolitik der monopolistischen Beherrschung des Territoriums der restlos aufgeteilten Erde.“ (Lenin 2001[1917]: 99)

Die hervorragende Leistung der leninistischen Imperialismustheorie besteht in der Weiterführung des marxschen Gedanken einer permanenten räumlich-zeitlichen Kontextualisierung der unterschiedlichen Ausprägung kapitalistischer Entwicklung. Für Lenin ist der Imperialismus nicht als neue Produktionsweise, welche auf den Kapitalismus folgt zu sehen, sondern als eine neue spezifische Form des Kapitalismus (Cardoso 1974: 202). Stößt die kapitalistische Entwicklung an einem Punkt, den Lenin als „Überreife“ bezeichnete, in dem sich also Kapital so sehr konzentriert hat, dass sich Monopole bilden und sich das Finanzkapital mit dem Industriekapital verbunden hat (Lenin 2001[1917]: 99f.), auf interne Schranken, so wird es nötig, Kapital (mehr noch als Waren) in andere Weltregionen auszuführen (ebd.: 70). Für Lenin ist diese Stufe endgültig erreicht, wenn die Aufteilung der Welt unter transnationalen Kapitalist-

Innenverbänden endgültig abgeschlossen ist (ebd.: 99f.). Rosa Luxemburg (1970)[1913] betont hier zusätzlich, dass es dem Kapitalismus immanent sei, ständig neue Räume zu suchen, in denen vorkapitalistische Produktionsweisen herrschen, und aus denen mittels ursprünglicher Akkumulation ein Mehrprodukt extrahiert werden kann.

„Der Imperialismus ist ebensosehr eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals wie das sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel [den Übergang zum Sozialismus] zu setzen." (ebd.: 361)

Die marxistische Theorie erfuhr also mit der Imperialismustheorie Lenins und Luxemburgs (aber auch der oben erwähnten TheoretikerInnen) zentrale Impulse für eine theoretische Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Peripherie, die Marx nicht lieferte bzw. nicht mehr liefern konnte.

Spätere Auseinandersetzung mit dem Monopolkapitalismus, stammen beispielsweise von Paul A. Baran und Paul M. Sweezy (1973) und verdeutlichen, dass das grundlegende Prinzip dieses Prozesses auch abseits von offenem Kolonialismus, in transnationalen Unternehmen anzutreffen ist und ein bestimmendes Charakteristikum der globalisierten Weltwirtschaft darstellt. Anders als in orthodoxen Auffassungen von einer positiven Wirkung ausländischen Kapitals auf die Entwicklung von peripheren Ökonomien, wird dessen Wirkung in der imperialismustheoretischen Auseinandersetzung prinzipiell kritisch betrachtet. Ernest Mandel (1972: 82f.) brachte die Bedeutung dieses Prozesses für die außereuropäische Welt folgendermaßen auf den Punkt:

> „Die Einbeziehung der Entwicklungsländer in den Weltmarkt geschah auf Initiative des westlichen Kapitals, das jedoch in den meisten Fällen weder die Möglichkeit – mangelnde Nachfrage innerhalb der Dritten Welt – noch ein Interesse hatte – Unlust, seiner eigenen Industrie Konkurrenz zu machen -, dort eine moderne Verarbeitungsindustrie aufzubauen. Der Absatzmarkt, für den es in den Entwicklungsländern Waren herstellen wollte, lag hauptsächlich außerhalb dieser Länder selbst. So kam es einzig und allein zu solchen Investitionen, die mit der kapitalistischen Industrie des Westens übereinstimmten oder sie ergänzten: Erzeugung von mineralen und vegetalen Rohstoffen und von Nahrungsmitteln. Dadurch entstand eine spezifische Arbeitsteilung auf dem Weltmarkt, die mit geographischen oder klimatologischen Bedingungen wenig zu tun hat und die im Grunde nur den westlichen Bedürfnissen der Kapitalverwertung auf einer bestimmten Stufe der historischen Entwicklung entsprach."

Die Betonung der exogenen Verursachung von Unterentwicklung, wird allerdings auch in der (neo-)imperialistischen Auseinandersetzung von Paul A. Baran (1971) schon im Ansatz um das Argument erweitert, Unterentwicklung sei eine spezifische Form kapitalistischer Entwicklung und nicht deren Vorläufer.

Es sind diese Feststellungen, die den Boden schufen, die bereits relativ stark ausgeprägten Ideen der lateinamerikanischen StrukturalistInnen, mit marxistischen Analysen von Herr-

schaftsverhältnissen und ungleicher Entwicklung in Verbindung zu bringen (Córdova 1973: 117ff.; Kay 1989: 140ff.).

Zwei ihrer am breitesten rezipierten Vertreter sollen im folgenden Abschnitt genauer diskutiert werden. Zunächst wird mit André Gunder Frank Konzept der „Entwicklung der Unterentwicklung“ die wohl radikalste Kritik am kapitalistischen Weltsystem nachgezeichnet, die innerhalb der *Dependecia*-Schule formuliert wurde. Weniger sein dualistisches Verständnis von Entwicklung und Unterentwicklung, als vielmehr sein Beitrag zur Einbettung der theoretischen Konzeption in reale Kämpfe und sein Bezug auf soziale Bewegungen, machen seinen Beitrag zu einem unverzichtbaren Bestandteil dieser Arbeit.

Mit dem Werk „Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika“ und dem darin enthaltenen Konzept der „abhängigen Entwicklung“ wird im Anschluss daran das theoretische Hauptwerk von Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto (1979), als wohl fruchtbarster Beitrag der Dependenztheorie für ein dialektisches- und damit den Ansprüchen dieser Arbeit entsprechendes – Verständnis von Entwicklung und Unterentwicklung, beleuchtet.

3.2.3 Die Entwicklung der Unterentwicklung

Mit seinen Werken „Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika“ und später „Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung“ (im Original 1967 bzw. 1978 erschienen), legte André Gunder Frank Meilensteine in der dependenztheoretischen bzw. weltsystemtheoretische Auseinandersetzung vor (Leys 2006: 8). Die Originalität seiner Thesen basiert auf seiner radikalen Kritik am kapitalistischen Weltsystem und ist eng mit seinen Erfahrungen bzw. Auseinandersetzungen mit der Situation Lateinamerikas geprägt, die in der Zeit der Entstehung seiner Hauptwerke, einerseits durch das Scheitern des *Cepalismo* gekennzeichnet war, aber andererseits auch durch den Rechtsruck vieler Länder des Kontinents in Form von Militärdiktaturen. Den zentralen weltpolitischen Kontext bildete allerdings der Kalte Krieg und im Speziellen die Kubanische Revolution (Frank 1975: 13).

Die zentralen Beiträge für die dependenztheoretische Auseinandersetzung stammen dabei aus „Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika“. Hier analysiert er anhand der Fallbeispiele Chile und Brasiliens deren Einbindung in die kapitalistische Weltwirtschaft. Wie aus folgendem Auszug zu erkennen ist, finden sich dabei einerseits die zentralen Ideen der StrukturalistInnen wieder, andererseits aber eine radikale Abkehr von deren Optimismus in eine mögliche Reform der kapitalistischen Entwicklung Lateinamerikas.

> „Die spanische Eroberung nahm Chile in das sich ausdehnende merkantile kapitalistische System des sechzehnten Jahrhunderts auf und integrierte es völlig. Die Widersprüche des Kapitalismus haben von diesem Zeitpunkt an die strukturelle Unterentwicklung in Chile hervorgebracht, sobald es nämlich an der Entwicklung dieses weltumfassenden Systems teilzunehmen begann. Entgegen der weitverbreiteten Meinung ist die Unterentwicklung in Chile und andernorts weder ein ursprünglicher oder traditioneller Zustand, noch ist die Unterentwicklung ein historisches Stadium des wirtschaftlichen Wachstums, das die bis heute entwickelten kapitalistischen Länder durchlaufen hätten. Ganz im Gegenteil, die Unterentwicklung in Chile und anderswo entstand, nicht weniger als die wirtschaftliche Entwicklung selbst, während der Jahrhunderte als notwendiges Produkt des widerspruchsbeherrschten Prozesses der kapitalistischen Entwicklung. Der gleiche Prozeß bringt die Unterentwicklung in Chile weiterhin hervor, und diese Unterentwicklung kann und wird auch nicht durch eine fortdauernde kapitalistische Entwicklung beseitigt werden. Folglich wird die strukturelle Unterentwicklung in Chile so lange weiterentwickelt und verschärft werden, bis sich die Chilenen vom Kapitalismus selbst befreien.“ (ebd.: 22)

Frank sieht folglich in der Ausbreitung des kapitalistischen Systems, auch eine Ausbreitung der kapitalistischen Widersprüche, welche „auf der einheimischen Ebene neu geschaffen [werden]“ (ebd. 29). Ein Entkommen aus dem Zustand der Unterentwicklung besteht einzig und allein in der Loslösung aus dem kapitalistischen System (ebd. 2008[1966]).
Diese Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems, wie er es sieht, bilden die zentralen Kategorien zur Analyse von Unterentwicklung und sollen im Folgenden dargestellt werden.

3.2.3.1 Die zentralen Widersprüche

Frank nahm die grundlegende These der StrukturalistInnen, die kapitalistische Weltwirtschaft sei im Verhältnis von Zentren und Peripherien zu interpretieren, auf, und formulierte sie vor dem Hintergrund marxistischer Analysen zu Ausbeutungsverhältnissen in der kapitalistischen Produktionsweise in radikal anderer Weise um. Wie oben beschrieben, erkannte auch Frank die Ursachen für die Unterentwicklung Lateinamerikas im europäischen Expansionsdrang. Bei seiner Konzeption von Zentrum und Peripherie geht er allerdings einen wesentlichen Schritt weiter als die StrukturalistInnen.
Als Metropolen bzw. Satelliten sind in seiner Analyse nämlich nicht nur Ungleichheiten zwischen einzelnen Staaten beschrieben, sondern vor allen Dingen auch Ungleichheiten innerhalb einer Region. In seinen Worten ausgedrückt:

> „The capitalist system has a colonial structure through which the imperialist metropolis exploits its Latin American and other colonies (and its Afro-American internal colonies at home) and through which – through ´internal colonialism´ - the national metropolises of Latin America exploit their provincial centers, and these in turn their respective hinterlands, in a colonial chain that extends without a break from the imperialist centre out to the most isolated rural region of Latin American and other underdeveloped countries.“ (ebd. 2009[1969]: 373)

Entwicklung und Unterentwicklung sind daher „zwei Seiten einer Medaille“ (ebd. 1975: 27). Sobald eine Region als Satellit in das kapitalistische System integriert wurde, wird

diese ebenfalls von den kapitalistischen Widersprüchen durchdrungen. Der Dualismus aus kapitalistischer Produktionsweise und einer feudalen bzw. vorkapitalistischen Produktionsweise (welcher im Kern auch dem strukturalistischen Konzept der strukturellen Heterogenität zugrunde liegt), ist daher Franks Ansicht nach zu verwerfen. Was in Lateinamerika als feudale Strukturen identifiziert wurde, ist in seinem Theoriegebäude ebenfalls integraler Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise, oder wie es Rosa Luxemburg (1970[1913]: 286) ähnlich beschrieben hat, „der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist."

Es bilden sich also regional ebenfalls Metropolen-Satelliten-Strukturen aus, die allerdings mit der Einschränkung behaftet sind, dass die regionalen Metropolen ebenfalls Satelliten sind und daher strukturelle Einschränkungen hinnehmen müssen, die ihnen eine Entwicklung wie jene der Metropolen der Kolonialmächte bzw. Industriestaaten verwehren.

Dieser erste Widerspruch wird um den Widerspruch zwischen Enteignung und Aneignung ergänzt. Hier geht Frank (1975: 24ff.) davon aus, dass wirtschaftlicher Surplus aus den Satelliten in die Metropolen abfließt und dieser so zu einem permanenten Entwicklungshindernis für die Satelliten wird, wohingegen er Entwicklung in den Metropolen erst ermöglicht. Diesen Widerspruch gründet er auf Paul A. Barans Konzept des „potentiellen Surplus", einer Re-Interpretation bzw. Weiterentwicklung der marxschen Analyse, bei der der reinvestierte Mehrwert in einer kapitalistischen Gesellschaft nie dem tatsächlich generierten Mehrwert entspricht, sondern erst der Verlust durch die Bildung von Monopolen berücksichtigt werden muss. Frank integriert dieses Konzept in seine Theorie der „Entwicklung der Unterentwicklung" und sieht in den lateinamerikanischen Staaten eine wesentlich stärkere Tendenz zur Monopolbildung, als in den Industriestaaten. Durch diese strukturelle Andersartigkeit, entgeht den lateinamerikanischen Ökonomien beispielsweise erzeugter Mehrwert in den Exportindustrien, es kommt zu Einbußen in den *terms of trade*, usw. Dieser Verlust stellt sich allerdings auf der Seite der Metropolenländer als Vergrößerung des zur Verfügung stehenden Surplus dar. Es kommt also zu einem permanenten Transfer von wirtschaftlichem Surplus von den Satelliten in die Metropolen (Córdova 1973: 125).

Neben diesen beiden Hauptwidersprüchen, beschreibt Frank (1975: 30f.) zudem einen dritten Widerspruch, den Widerspruch der Kontinuität im Wandel. Kontinuität wird dabei im Sinne der über die Zeit immer gleich bleibenden Grundprinzipien der kapitalisti-

schen Produktionsweise und ihrer Widersprüche, trotz unterschiedlicher raum-zeitlicher Ausprägungen ebendieser, verstanden .

3.2.3.2 Klassenanalyse und Ausbruch aus der Abhängigkeit

Franks Auseinandersetzung mit Klassenstrukturen in den Satelliten des kapitalistischen Weltsystems ist eng an seine Sichtweise auf die Möglichkeiten zur eigenständigen Entwicklung dieser Regionen geknüpft. Mit dem Begriff der „Lumpenbourgeoisie" trug er zu der Auseinandersetzung um die Rolle des Bürgertums für ebendiesen Prozess bei. In seinem theoretischen Konzept wird die Bourgeoisie in den Satelliten als ebenso abhängig gegenüber den Metropolen gesehen, wie diese selbst. Sie war es, die mit der Durchsetzung ihrer Interessen als Rohstoffproduzentin, Handelsliberalisierung beförderte und als „Juniorpartner" (Frank 1972: 15) des ausländischen (Metropolen-)Kapitals, die Abhängigkeit noch vertiefte. Frank (1972: 5, Hervorhebungen im Original) sah diesen Prozess als integralen Bestandteil der Entwicklung der Unterentwicklung an:

> „[W]e may characterize as LUMPENBOURGEOISIE the class which was no more than ‚the passive (though I would prefer to call it ‚active') tool of foreign industry and commerce and its interests were therefore identical' with theirs. The members of this class ‚are deeply interested in keeping us in a state (or, rather, a process) of wretched backwardness from which foreign commerce deprives all the advantages' - a state we may characterize as LUMPENDEVELOPMENT."

Die Interessen der Bourgeoisie in Lateinamerika sind für ihn also genauso wie der (Unter-) Entwicklungsprozess an sich, nur ein Spiegelbild der imperialistischen Interessen der Bourgeoisie in den Metropolen. Ein Ausbrechen aus diesem Prozess daher nur durch eine revolutionäre Strategie und Sozialismus möglich (ebd.: 16).

Frank sah also den Staat bzw. die politische Sphäre ähnlich wie Marx nicht als eigenständiges gesellschaftliches Handlungsfeld, sondern vor allem als einseitigen Ausdruck der ökonomischen Sphäre. Die Herrschaft des Kapitals spiegelt sich daher auch in peripherer Staatlichkeit wider. Ob damit allerdings eine wirklich differenzierte Analyse der lateinamerikanischen Gesellschaften durchgeführt werden kann, ist eine Frage, die besonders im Hinblick auf die einleitend erwähnten Entwicklungen der letzten Jahre in Lateinamerika bezweifelt werden muss (Aguila/Bortz 2006: 92f.).

3.2.3.3 Kritische Bemerkungen zu Franks Thesen

Franks Thesen stellten zwar einerseits einen der wichtigsten Beiträge zum dependenztheoretischen Denken dar, waren aber auf der anderen Seite allerdings ebenso umstritten. Armando Córdova (1973: 108ff.) setzt sich beispielsweise aus marxistischer Perspektive kritisch mit

den oben beschriebenen Kategorien in Franks Konzeption zur Entwicklung der Unterentwicklung auseinander und plädiert für eine stärkere Orientierung an Marx´ Begrifflichkeiten und Methodik, als Frank diese vorgenommen hat.

Tatsächlich stellt Franks Analyse von Abhängigkeitsbeziehungen auch für die vorliegende Arbeit kein brauchbares Instrumentarium zur weiteren Konkretisierung dar, da sich aus seiner dependenztheoretischen Analyse eine dualistische Sichtweise auf Entwicklung und Unterentwicklung ergibt, die einerseits – wie von Córdova kritisiert – die dialektische Methode Marx´ nur unzureichend anwendet, und andererseits ein deterministisches Bild bei der Frage nach möglichen Emanzipationsstrategien vertritt.

Während Frank (1973) sich anfangs noch scharf gegen Vorwürfe wehrte, seine Abhängigkeitsanalysen wären unzureichend empirisch belegbar, distanziert er sich in seinen späteren Werken (Frank 1980, 2005) selbst zunehmend von seinen dependenztheoretischen Analysen und ging dazu über, diese zu einem Weltsystemansatz weiterzuentwickeln.

Auf hoher Abstraktionsebene sind es jedoch die Deutlichkeit seiner Worte bei der Benennung von Asymmetrien in der Welt, hervorgerufen durch das kapitalistische Weltsystem, sowie seine Betonung der Zentralität von sozialen Bewegungen und realen politischen Kämpfen, für den Ausbruch aus dieser Ungleichheit (Dos Santos 2005: 90), die seine Arbeit dennoch zu einem der wesentlichsten Beiträge in der Untersuchung von Entwicklung und Unterentwicklung- und daher zu einem unerlässlichen Bestandteil der vorliegenden Arbeit machen. Denn auch wenn seine Konzepte auf lange Sicht keinen Bestand hatten, so waren sie trotzdem richtungsweisend für ein kritisches Denken über Entwicklung und Unterentwicklung, welches über den Eurozentrismus des orthodoxen Marxismus bzw. der klassischen Entwicklungstheorien hinausgeht.

Um eine weitere Konkretisierung der bisher erarbeiteten Abstraktionen auf hoher Ebene möglich zu machen, soll nun im folgenden Abschnitt der Ansatz von Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto dargestellt werden. Ihre Arbeit wird oftmals dem reformistischen Teil der Dependenztheorie zugeordnet. Im Vergleich zur Radikalität von Franks Werk hat diese Kategorisierung sicherlich ihre Berechtigung. In der vorliegenden Arbeit soll ihre Theorie allerdings dennoch der marxistischen Auseinandersetzung innerhalb der Dependenztheorie zugeordnet werden, nicht nur weil Cardoso (1979: ix) selbst sich zur marxschen Methode bekannte, sondern weil – wie gezeigt werden wird – sein dialektisches Verständnis von Entwicklung mit der kritisch-realistischen politökonomischen Denkweise vereinbar ist.

3.2.4 Abhängige Entwicklung

Wie auch bei André Gunder Frank, war es bei Fernando Henrique Cardoso die politische und ökonomische Situation Lateinamerikas Ende der 1950er bzw. Anfang der 1960er Jahre, welche seinen Beitrag zur dependenztheoretischen Debatte maßgeblich mitprägte.

In Brasilien, der Heimat Cardosos, wurden 1964 mit dem Militärputsch, die Hoffnungen der ISI-BefürworterInnen zerschlagen, der Ausbau des Entwicklungsstaates würde mit einer Demokratisierung Brasiliens und einem eigenständigen Entwicklungsweg einhergehen. Im Gegenteil, denn die oben beschriebenen Probleme bei der Umsetzung der ISI-Strategien gingen Hand in Hand mit dem Aufstieg von autoritären Staaten (Kay 1989: 134).

Vor diesem Hintergrund wurde deutlich, dass der strukturalistischen Theorie eine adäquate Analyse der lateinamerikanischen Gesellschaften nicht möglich war, konnten sie doch mit ihrem rein auf ökonomische Aspekte von Entwicklung abstellenden Zugang, keine Aussagen über die politischen Entwicklungen auf dem Kontinent treffen. Der Grund dafür bestand darin, dass die StrukturalistInnen den Staat bzw. politische Prozesse im Allgemeinen, nicht als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse sahen und seine Rolle daher auch nicht hinterfragten. Vielmehr übernahmen sie jene Vorstellung von Staat und Politik, die auch den Modernisierungstheorien bzw. anderen ökonomischen Strömungen zugrunde lag (Love 1990: 147). Diese Lücke in der dependenztheoretischen Auseinandersetzung wurde durch die Arbeit von Cardoso und Faletto geschlossen, erarbeiteten die beiden doch ein Konzept zur Analyse von Abhängigkeiten, welches den Prozess von Entwicklung und Abhängigkeit in eine dialektische Beziehung setzte und diesen dadurch dynamisierte.

Im Folgenden sollen zunächst das Verständnis von Entwicklung, welches in „Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika“ beschrieben wurde, dargestellt werden, bevor die methodischen Aspekte zur Analyse von Abhängigkeit, die von Cardoso und Faletto im Vorwort zur englischen Ausgabe desselben Werks expliziert wurden, herangezogen werden.

3.2.4.1 Eine dialektische Sicht auf Entwicklung

Cardoso und Faletto stellten sich mit ihrer Auffassung von Entwicklung nicht nur gegen das verbreitete lineare Entwicklungsdenken der Modernisierungstheorien, sondern auch gegen dessen spiegelbildliche Umkehrung in Form der Theorie der „Entwicklung der Unterentwicklung“ von André Gunder Frank.

In den Modernisierungstheorien, aber auch im Strukturalismus und dualistischen marxistischen Varianten, wie jener Franks, wird davon ausgegangen, dass sowohl Entwicklung als auch Unterentwicklung der gleichen allumfassenden Logik folgen. In der Modernisierungs-

theorie wird von der Dichotomie aus Tradition und Moderne ausgegangen, Entwicklung findet dabei linear in Form eines Stufenmodells statt (Vgl. Rostow 2008[1960]). Bei Frank dagegen, in Anlehnung an Marx Entwicklungsverständnis, stellen die kapitalistischen Widersprüche bzw. deren Expansion, einen Mechanismus dar, der überall dieselben strukturellen Limitationen hervorruft, sie vertieft und schlussendlich in eine Abhängigkeitssituation führt, in der Veränderungen einzig und allein auf Veränderungen in den Zentrumsstaaten zurückzuführen sind. Sein Verständnis von Entwicklung kehrt zwar die Thesen der ModernisierungstheoretikerInnen um, bleibt allerdings dennoch in einer Linearität verhaftet, die keinen Platz die Vorstellungen emanzipatorischer Handlungen innerhalb des kapitalistischen Systems bzw. dem abhängigen Zustand der Unterentwicklung lässt, wenn dieses nicht komplett verlassen wird.

Im Gegensatz dazu, betonen Cardoso und Faletto (1979: xff.), dass, wird eine dialektische Beziehung der politischen und ökonomischen Sphäre gedacht, keine deterministische Sicht auf Entwicklung und Unterentwicklung zustande kommen kann, sondern Abhängigkeitssituationen vielmehr als veränderbar angesehen werden müssen. Dabei stellen die Entwicklungen in den (hegemonialen) Zentrumsstaaten zwar einen wesentlichen Indikator für die Möglichkeiten autonomer Entwicklungsprozesse in den Peripherien dar, sind allerdings immer in Relation zu internen Klassen, sozialen Bewegungen, u.ä. zu sehen (ebd.: 173).

> „Development results therefore from the interaction and struggles of social groups and classes that have specific ways of relating to each other. The social and political structure is modified insofar as new social classes and groups succeed in imposing their interest on or accommodating them to previous dominant classes in society.“ (ebd.: 14)

Im Gegensatz zu Franks Auffassung der lateinamerikanischen Klassenverhältnisse, welche der „Lumpenbourgeoisie“ prinzipiell die Fähigkeit abspricht, nationale Entwicklung voranzutreiben, geschweige denn, dies in autonomer Weise zu tun und für die ArbeiterInnenschaft nur die Revolution bzw. den Ausstieg aus dem kapitalistischen System als Möglichkeit zur Reduktion von Ungleichheit sieht, vertreten Cardoso und Faletto eine wesentlich optimistischere Sichtweise, welche auch ein stärkeres Erklärungspotential für die jüngeren politischen Entwicklungen auf dem lateinamerikanischen Kontinent aufweisen. Entwicklungen, die sich wie bereits erwähnt, nur schwer aus der Argumentation Franks, oder der StrukturalistInnen heraus verstehen lassen.

Im von Cardoso und Faletto geprägten Begriff der „abhängigen Entwicklung“ spiegelt sich dabei schon der Kern ihrer Argumentation wieder. Entwicklung kann nämlich in ihrer Auffassung auch unter abhängigen Verhältnissen stattfinden. Dies bedeutet, dass Abhängigkeit nicht einseitig als Resultat des sozialen Wandels in Zentrums- bzw. Metropolenstaaten gesehen

wird, sondern immer eine dialektische Beziehung zwischen diesen und den abhängigen Peripherien bzw. Satelliten besteht (ebd.: 174). Die Widersprüche des Kapitalismus wurden zwar auch in ihrer Auffassung (ähnlich wie bei Frank), mit der imperialistischen Ausbreitung des Kapitalismus in Lateinamerika implementiert und reproduzieren sich hier permanent, sie haben allerdings auch, so Cardoso und Faletto, immer ihre raum-zeitlich eigenen Spezifika, die sich nicht einfach aus den Entwicklungen in den dominanten Regionen ableiten lassen. Daraus ergibt sich auch, dass keine geschlossene Theorie von der Funktionsweise kapitalistischer Entwicklung erdacht werden kann, die in allen Teilen der Welt und zu jeder Zeit Gültigkeit beanspruchen könnte. Vielmehr verlangt die Erforschung von Entwicklung eine Auseinandersetzung mit konkreten Fällen und daher ein Ausloten von Dynamiken der Abhängigkeit und Emanzipation, um Aussagen über das Potential zur Veränderung treffen zu können. Dieses Verständnis von Entwicklung erfordert auch eine geeignete Methode um eine adäquate Forschung möglich zu machen. Diese wurde von Cardoso und Faletto selbst umrissen und im Vorwort zur englischen Ausgabe von „Abhängigkeit und Entwicklung“ aus dem Jahr 1979 vorgestellt. Im Folgenden sollen die zentralen Elemente dieser Methode dargestellt werden, die einen wesentlichen Anknüpfungspunkt für eine politökonomische Konkretisierung durch die Regulationstheorie darstellt.

3.2.4.2 Eine dialektische Analyse von Abhängigkeit

Cardosos und Faletto (1979: ix) verstehen ihre Analyse als Fortführung der von Marx bzw. der politischen Ökonomie erarbeiteten dialektischen Methode zur Betrachtung der sozio-politischen Vermittlung von ökonomischen Beziehungen. Wie erwähnt, zielt ihr grundsätzliches Erkenntnisinteresse daher auf die Analyse von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen- und den ungleichen Macht- und Herrschaftsstrukturen, welche diese hervorbringen, ab. Während in diesem Ziel noch kein wesentlicher Unterschied zu der Forschungsprogrammatik André Gunder Franks zu erkennen ist, betonen Cardoso und Faletto dennoch eine entscheidende Komponente ihrer Analyse, welche sich grundlegend von Franks (aber in Bezug auf diesen Punkt auch Marx´) Arbeit unterscheidet: Die dialektische Beziehung von ökonomischer Basis und politisch-sozialem Überbau.

Durch die Betonung der wechselseitigen Beziehung dieser beiden Sphären und ihrer dialektischen Beziehung als treibende Kraft für Entwicklung, eröffnen sich wesentliche neue Dimensionen, die in den bisher dargestellten Auseinandersetzungen gefehlt hatten und erst die oben beschriebene ergebnisoffene Sichtweise auf Entwicklung möglich machen.

Um die Dynamik dieser Prozesse analysieren zu können ist es notwendig, ihre treibenden so-

zialen Kräfte- und gleichzeitig die (globalen) strukturellen Limitationen zu deren Handlungen herauszuarbeiten.

> „It is though the elaboration of key concepts of that type that dialectical analysis explain historical movement in its ´totality.´ That is to say: history becomes understandable when interpretations propose categories strong enough to render clear the fundamental relations that sustain and those that oppose a given structural situation in its globality. The accuracy of historical-structural interpretation has to be checked by confronting its delineation of structural conditions and trends of change with actual socio-political process." (ebd.: xiiif.)

Cardoso und Faletto, betonen also im Kern ihrer methodischen Forderung, die Kenntlichmachung der Strukturen, welche unterschiedlichen Abhängigkeitssituationen zugrunde liegen, bei gleichzeitiger Einbeziehung der jeweils konkreten historischen Situationen, mit denen diese in einer dialektischen Wechselbeziehung stehen.

Sie gehen daher also bei der Forderung nach einer historischen Einbettung von Entwicklung und Unterentwicklung einen wesentlichen Schritt weiter als andere VertreterInnen der *Dependencia*-Schule und lehnen die Erarbeitung einer Theorie von Entwicklung und Unterentwicklung ab, um stattdessen den Ort ihrer Analyse in der Dynamik des Wandels, hervorgehend aus der Dialektik von politischen Kämpfen und strukturellen Limitationen, anzusiedeln. Hier findet sich ein wesentlicher Anknüpfungspunkt an die Methodik des kritischen Realismus und der polit-ökonomischen Theorietradition, in der auch die Regulationstheorie steht. Die von Cardoso und Faletto vorgebrachte methodische Richtlinie, soll daher unter Einbeziehung der grundlegenden Abstraktionen auf hohem Level, welche bisher erarbeitet wurden, anhand der Regulationstheorie konkretisiert werden, um durch eine abschließende Synthese, eine adäquate Analyse der politischen Ökonomie Venezuelas möglich zu machen.

4 Die Regulationstheorie

Bisher konnte gezeigt werden, dass kapitalistische Entwicklung und die ihr immanenten Widersprüche, die globalen, regionalen und lokalen Asymmetrien hervorbringen und beständig reproduzieren, welche eine gleichmäßige Entwicklung der gesamten Welt verhindern. Wenn auch der Ansatz von Cardoso und Faletto schon eine wesentliche Weichenstellung in Richtung einer adäquaten politökonomischen Analyse dieser Prozesse darstellt, so wurde gleichzeitig allerdings auch hervorgehoben, dass allein durch das Instrumentarium der Dependenztheorie noch keine Konkretisierung für die Analyse einzelner Phänomene möglich wird.
Aufbauend auf dem Ansatz, der Abstraktion in die Konkretion zu folgen, ist es in einem nächsten Schritt also notwendig, die dependenztheoretischen Abstraktionen um ein konkretes analytisches Vorgehen zu erweitern, welches es erlaubt, spezifische beobachtbare Phänomene hinsichtlich der ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu untersuchen. Dies ist nötig, da die Dependenztheorie erst in einer solchen Betrachtung und der historisch-geographischen Konkretisierung ihre volle Erklärungskraft entfaltet (Novy 2007: 85). Eine solche Theorie auf mittlerem Abstraktionsniveau, wurde im Rahmen der Regulationstheorie bereits entwickelt und bietet einen der fruchtbarsten Ansätze zur Untersuchung der Dynamik kapitalistischer Entwicklung.
Der folgende Abschnitt widmet sich daher, nach einer knappen Einleitung zum Kontext der Regulationstheorie, der Darstellung des Ansatzes von Joachim Becker (2007), welcher vermittels einer kritischen Rekonstruktion dieses relativ breit gefächerten Theoriegebäudes, ein konsistentes Instrumentarium erarbeitet hat. Im abschließenden Abschnitt der theoretischen Auseinandersetzung dieser Arbeit, soll in der Folge eine Synthese der dependenztheoretischen Argumente auf hoher Abstraktionsebene, mit den regulationstheoretischen Konkretisierungen auf mittlerer Abstraktionsebene erfolgen.

4.1 Ursprünge der Regulationstheorie

Die Regulationstheorie entstand im Kontext der 68er-Bewegung und der marxistischen Debatte Westeuropas, während der 1970er Jahre in Frankreich. Ausgehend von der bahnbrechenden Arbeit Michel Agliettas (2000)[1976] hat der Ansatz mittlerweile eine Breite erreicht, durch welche nicht mehr von einem kohärenten Theoriegebäude gesprochen werden kann. Während sich Vertreter wie Michel Aglietta, aber auch Alain Lipietz, oder Gérard de

Bernis, an den marxistischen Wurzeln der Regulationstheorie orientierten und diese dahingehend weiterentwickelten, arbeitete beispielsweise Robert Boyer verstärkt in eine institutionalistische bzw. post-keynesianische Richtung und lies das marxistische Erbe weitgehend außen vor. Diese beiden Strömungen markieren im Wesentlichen den Hauptunterschied zwischen den unterschiedlichen Interpretationen regulationistischen Denkens (Becker 2007: 11ff.). Die Grundfragen der Regulationstheorie beziehen sich dabei allerdings immer auf die bereits erwähnte immanente Widersprüchlichkeit bzw. Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Ausgehend von Marx´ Analyse, dass kapitalistische Entwicklung mit ihrem Fortschreiten, durch die Widersprüchlichkeit der Entwicklung der Produktivkräfte und den Zwang zur Akkumulation, verstärkt Krisen produziert, stellt die Regulationstheorie vor dem Hintergrund konkreter historischer Erfahrungen, die Frage, warum trotz dieser Widersprüche, Phasen der Stabilität und des Wachstums über längere Zeit möglich sind. Dies beinhaltet aber auch die Frage danach, wieso solche Wachstumsperioden, aber auch Krisen, in unterschiedlichen raum-zeitlichen Kontexten, unterschiedliche Formen annehmen und sich ihr Charakter ändert. Damit verbunden stellt eine regulationstheoretische Analyse auch die Untersuchung von sozialen Kräfteverhältnissen und Kämpfen bzw. deren unterschiedliche Ausgestaltung in Raum und Zeit, in den Vordergrund (Candeias 2004: 43).

Konkret wurde die Regulationstheorie dabei zunächst als Theorie zur Erklärung der stabilen Entwicklung Westeuropas bzw. der USA nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt. Diese, als Fordismus bezeichnete Periode, war vor allem durch gleichzeitige Produktivitätsfortschritte, Reallohnsteigerungen und einer stabilen Verteilung ebendieser gekennzeichnet. Dies bedeutete auch, dass die ökonomische Position der Lohnabhängigen bzw. der Lebensstandard verbessert wurden, während gleichzeitig kein Sinken der Profitraten zu verzeichnen war. Die Wechselwirkung der gesellschaftlichen Nachfrage und der Produktivitätsfortschritte wurde daher als Hauptgrund für die Stabilität des Fordismus identifiziert (Aglietta 2000: 32ff.). Im Wesentlichen werden hier also die Veränderung des Lohnverhältnisses und damit auch der Ausbau der Sozialpolitik bzw. des Wohlfahrtstaates in den Zentrumsländern als Charakteristikum dieser Periode angesehen.

Im Gegensatz zur marxschen Analyse wird dieser Schluss dadurch erzielt, das Spannungsverhältnis von ökonomischer Basis und gesellschaftlichem Überbau nicht einseitig zugunsten von Ersterem aufzulösen. Im Gegenteil, denn mit der Dialektik von Akkumulation und Regulation (beide Begriffe werden im folgenden Abschnitt genauer dargestellt) stellt die Regulationstheorie zwei Kategorien in den Vordergrund ihrer Analyse, durch die einerseits raum-zeitlich konkrete Momente kapitalistischer Entwicklung beschrieben werden können, und an-

dererseits die „Kontinuität im Wandel“ (Frank) nicht aus dem Blick gerät (Jäger/Springler 2012: 199).

Akkumulation ist daher nicht alleiniger Antrieb von Entwicklung, sondern nur in Kombination mit gesellschaftlicher Regulation, lassen sich die Dynamiken von (kapitalistischen) Entwicklungsprozessen verstehen. Als eine solche Regulationsweise, d.h. als Konstellation in der Akkumulation und Regulation harmonisch zusammenspielen, wurde der Fordismus identifiziert (Becker et al. 2007: 16).

Seit dem Ende der fordistischen Ära, wurde es allerdings zunehmend schwierig, mit klassischen regulationstheoretischen Kategorien, eine Erklärung für die auftretenden Dynamiken zu finden. Die permanente Instabilität des vorwiegend finanzbasierten Akkumulationsmusters der neoliberalen Regulation und die damit einhergehende Verschiebung von relevanten Dynamiken auf die internationale Ebene, stellte die letztlich stark auf nationalstaatliche Arrangements abstellende Regulationstheorie vor eine analytische Herausforderung (Becker 2007: 122ff.).

Durch die in den späten 1960er Jahren, von der dominanten Wirtschaftsmacht USA ausgehenden Rückgänge der Kapitalrentabilität bzw. den Fall der Profitrate und der daraus folgenden Überakkumulationskrise, wurden neue Anlagemöglichkeiten seitens der KapitaleignerInnen benötigt, welche die Investitionsschwierigkeiten in produktiven Sektoren ausgleichen konnten. Dabei waren vor allem die Finanzmärkte das vorrangige Ziel dieser Anlagen.

Durch diesen Prozess waren allerdings auch neue institutionelle Arrangements nötig, die vor allem auf den möglichst freien Kapitalverkehr auf diesen Märkten abzielte. Vor allem durch das Zusammenbrechen des Bretton-Woods-Systems und der Einführung flexibler Wechselkurse, wurde der Weg frei für eine neue gesellschaftliche Regulationsweise, basierend auf Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung und Kommodifizierung (Brand 2011: 78). Diese, als post-fordistische Regulationsweise bezeichnete Periode, kennzeichnet seither den Prozess, der gemeinhin als „Globalisierung“ bekannt ist (Vgl. Aglietta 2000).

Spätestens seit der 2008 beginnenden globalen Krise des Kapitalismus, ist klar, dass die bereits in der Asienkrise, oder der Dotcom-Blase auftretenden Krisenerscheinungen, einmalige Ereignisse darstellen, sondern Ausdruck der sich verschärfenden Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Produktionsweise, unter dem Eindruck aufgeblähter Finanzmärkte, darstellen (Bischoff 2000). Gerechtfertigt werden diese Entwicklungen vor allem mit den Idealvorstellungen neoliberaler TheoretikerInnen, für die Ungleichheit einen erstrebenswerten Zustand auf dem Weg zur individuellen Freiheit aller darstellt (Candeias 2004: 116; Ptak 2008: 58ff.). Diese Ungleichheit drückt sich einerseits in einer immer größer werdenden Kluft zwischen

„arm“ und „reich“ innerhalb von Staaten aus, sie vertieft allerdings auch die Ungleichheit zwischen den einzelnen Weltregionen, von denen vor allem periphere Räume in noch stärkerem Ausmaß als zuvor, prekär in die internationale Arbeitsteilung eingebunden werden (Vgl. Huffschmid 2000; Novy/Parnreiter/Fischer 1999). Der Verlust an staatlichem Handlungsspielraum und der Bedeutungsgewinn internationaler Regimes und entsprechender Interessenkonstellationen und Kräfteverhältnisse, ist dabei ein immanentes Charakteristikum neoliberaler Staatlichkeit (Vgl. Harvey 2007: 83ff.).

Diese Entwicklungen lassen sich mit dem rein auf nationalstaatliche Entwicklungen abstellenden Instrumentarium der Regulationstheorie nicht ausreichend untersuchen. Während so auf der einen Seite die neoliberale Umstrukturierung der Weltwirtschaft, die Regulationstheorie vor ihre eigenen Grenzen stellte, waren diese in Bezug auf die Analyse peripherer Ökonomien schon zuvor erreicht (Becker 2007: 175ff.; Brand/Raza 2003: 7).

Ökonomien wie etwa jene Lateinamerikas sind während des zwanzigsten Jahrhunderts durch eine permanente (in ihrer Intensität schwankenden) Krisenhaftigkeit charakterisiert (Becker et al. 2007: 17f.). Während also für die fordistische Periode in den Zentrumsstaaten von einer stabilen Periode gesprochen werden kann, stellt diese in Lateinamerika gewissermaßen einen „unvollständigen“ Fordismus dar, der zwar, wie bereits oben beschrieben, einige wohlfahrtstaatliche Konstellationen etablieren konnte, in seiner Gesamtheit aber in einem permanenten Krisen- bzw. Abhängigkeitsverhältnis verblieb (Becker 2007: 175ff.). Besonderen Ausdruck fanden diese bereits während der Schuldenkrise der frühen 1980er Jahre, als die für den Import von Kapitalgütern aufgenommenen Fremdwährungskrediten, von den meisten Ökonomien Lateinamerikas nicht mehr zurückgezahlt werden konnten. Die daraus resultierende Abhängigkeit von GläubigerInnenstaaten bzw. internationalen Finanzinstitutionen, fand in Strukturanpassungen ihren Ausdruck, welche vorrangig die Autonomie dieser Staaten in wirtschaftspolitischen Fragen untergrub und die in der ISI-Phase eingeleiteten Bestrebungen einer eigenständigen Entwicklung, in Richtung einer verstärkten Außenorientierung umkehrte (Vgl. Becker/Fischer/Jäger 2003).

Vor dem Eindruck dieser Entwicklungen erscheint es notwendig, die Regulationstheorie über ihr primär nationalstaatliches Verständnis hinaus zu denken. Einen zentralen Schritt zur Abstraktion unternahm in dieser Hinsicht bereits Joachim Becker (2007). Seine Ausführungen sollen daher auch als Grundlage für die regulationstheoretischen Konkretisierungen der dependenztheoretischen Abstraktionen herangezogen werden, weisen diese doch bereits in eine ähnliche Richtung.

Um die genannten regulationstheoretischen Begrifflichkeiten einer näheren Bestimmung zu-

zuführen, sollen diese im folgenden Abschnitt genauer betrachtet werden. Ausgehend von Joachim Beckers Konzeption des Regulationsdispositivs, werden daher zuerst die grundlegenden sozialen Formen der Regulationstheorie dargestellt, bevor diese um die strukturellen Formen von Akkumulation und Regulation konkretisiert werden.

4.2 Das Regulationsdispositiv

Wie bereits angesprochen, war es die anfängliche Intention der RegulationistInnen, Phasen der Stabilität des kapitalistischen Systems in bestimmten raum-zeitlichen Konstellationen zu erklären. Ein kohärentes Zusammenspiel des Akkumulationsprozesses und der gesellschaftlichen Regulation wurde in diesem Zusammenhang als Regulationsweise bezeichnet. Da es allerdings unter dieser Prämisse an Erklärungskraft für die persistente Krisenhaftigkeit der peripheren Ökonomien des kapitalistischen Weltsystems fehlt, schlägt Joachim Becker (2007: 278) eine Rekonzeptionalisierung vor, die sich an Michel Foucaults Dispositiv-Begriff bedient und als Regulationsdispositiv fortan auch jene Konstellationen in den Fokus der Analyse rückt, die von der Regulationstheorie anfänglich nur wenig in den Blick genommen wurden. Im Folgenden sollen daher die konzeptionellen Bestandteile zur Analyse eines solchen Regulationsdispositivs dargestellt werden.

4.2.1 Die Grundformen sozialer Beziehungen

Als sogenannte Grundformen der sozialen Beziehungen, nehmen die Warenform und die Staatsform eine zentrale Rolle bei der regulationistischen Analyse von gesellschaftlichen Dynamiken ein. Während die Warenform sozialer Beziehungen auch schon bei Marx die Grundlage seiner Analyse darstellt, bietet vor allem die Staatsform eine Dynamisierung der marxistischen Theorie, welche über einseitige Auflösungen der Dichotomie von Struktur und Handlung hinausgeht und eine dialektische Sichtweise ermöglicht (ebd. 2009: 102).
Beginnend mit der Warenform sozialer Beziehungen soll daher eine erste Konkretisierung des Konzepts des Regulationsdispositivs dargestellt werden.

4.2.1.1 Die Warenform sozialer Beziehungen

Mit dem Konzept der Warenförmigkeit sozialer Beziehungen wird in der regulationstheoretischen Theoriebildung eine der grundlegendsten Ideen der marxistischen Theorietradition aufgegriffen. Wie bereits oben erwähnt, geht der Übergang von einer Produktionsweise zu einer anderen Produktionsweise, mit einer Transformation der sozialen Beziehungen einher. Diese sind im Kapitalismus warenförmig vermittelt, basiert dessen Entwicklung doch auf der Frei-

setzung ehemals in feudale Strukturen eingebundener ArbeiterInnen. Da sich diese Arbeitskräfte nun ihr Auskommen vermittels Lohnarbeit verschaffen müssen, wird Arbeitskraft fortan zur Ware. Marx (2008[1867]: 49ff.) versteht dabei unter dem Begriff der Ware ein Ganzes einer Vielzahl von Eigenschaften, welches auf unterschiedliche Art nützlich sein kann. Dieser Nutzen wird als Gebrauchswert bezeichnet. Eine Besonderheit der marxschen Analyse ist es allerdings, in der Ware eine Doppelform des Werts zu erkennen. Neben einem Gebrauchswert besitzt jegliche Ware demnach auch einen Tauschwert. Während der Gebrauchswert auf qualitative Unterschiede abstellt, wird mit dem Tauschwert ein quantitativer Unterschied ausgedrückt. Dieser wiederum, drückt sich in unterschiedlich großen Mengen abstrakter Arbeit aus. Mit abstrakter Arbeit ist gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit gemeint. Im Tauschwert spiegelt sich daher für Marx nur die äußere Form der gesellschaftlichen Beziehungen wider. Durch die Ware erscheinen diese in verdinglichter Form.

> „Abstrahieren wir von seinem Gebrauchswert, so abstrahieren wir auch von den körperlichen Formen, die es zum Gebrauchswert machen. Es ist nicht länger Tisch oder Haus oder Garn oder sonst ein nützliches Ding. Es ist auch nicht länger das Produkt der Tischlerarbeit oder der Bauarbeit oder der Spinnarbeit oder sonst einer bestimmten produktiven Arbeit. Mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten, es verschwinden also auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten, sie unterscheiden sich nicht länger, sondern sind allzusamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit.“ (ebd.: 52)

Wie Becker (2007: 125) dazu ausführt, gibt es unter allen möglichen Waren, vor allem drei, die in ihrer Besonderheit hervorzuheben sind. Die wohl hervorragendste und auch zentralste dieser Waren ist die Lohnarbeit. Erst durch sie bekommt der Kapitalismus die ihm eigene Dynamik. Der Grund dafür besteht darin, dass ihr einerseits ein Tauschwert zufällt, andererseits ihr Gebrauchswert darin besteht, Mehrwert zu generieren und damit den Prozess der Kapitalakkumulation in Gang zu halten.

Neben der Lohnarbeit sind allerdings auch noch Boden und Geld als besondere Waren zu nennen. Obwohl der Boden an sich keine vergegenständlichte Arbeit darstellt, fällt seinem Besitzer bzw. seiner Besitzerin dennoch ein Mehrwert zu. Dem Geld kommt schließlich die zentrale Rolle des allgemeinen Äquivalents zu. Es hat dabei einen doppelten Gebrauchswert, ist es doch sowohl Zahlungsmittel, als auch potentielles Kapital.

Die Besonderheit all dieser Waren liegt also darin, dass ihr Gebrauchswert mit der Produktion von Mehrwert, also der Triebfeder kapitalistischer Dynamiken verbunden ist.

Die Warenform stellt nun zwar die Grundform sozialer Beziehungen dar, ihre konkrete Ausgestaltung ist allerdings historisch und räumlich unterschiedlich. Dies ist dadurch bedingt, dass die jeweilige Form als Ausdruck gesellschaftlicher Kämpfe bzw. gesellschaftlicher Kräf-

teverhältnisse zu deuten ist. In einer Auseinandersetzung mit den bisher vorgebrachten Argumenten der Dependenztheorie konnte zudem gezeigt werden, welchen zentralen Stellenwert diese Unterschiede bei der Analyse kapitalistischer Peripherien spielen und inwiefern soziale Kämpfe die jeweilige Ausgestaltung der kapitalistischen Widersprüche beeinflussen. Es konnte allerdings auch gezeigt werden, dass durch die Argumente von Cardoso und Faletto eine einseitige Betrachtung der ökonomischen Basis gesellschaftlicher Beziehungen nicht ausreichend ist. Um dieser Dynamik gerecht zu werden, findet sich im regulationistischen Ansatz eine Konkretisierung, die die marxistische Theoriebildung um den Begriff der Staatsform als zweite zentrale Grundform sozialer Beziehungen erweitert.

4.2.1.2 Die Staatsform sozialer Beziehungen

Während orthodoxe marxistische Ansätze die Dynamik gesellschaftlichen Wandels einseitig in der ökonomischen Basis ansiedeln, wird im Rahmen der regulationistischen Theoriebildung eine Dimension weiterentwickelt, die eine solche, nur auf die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen abstellende Sichtweise, dynamisiert und in der Lage ist raumzeitlich konkrete Schlüsse zu ziehen. Es handelt sich dabei um eine Sichtweise auf den Staat, als den von Marx so genannten Überbau, die diesen in ein dialektisches Verhältnis zur ökonomischen Basis setzt (ebd.: 129). Ähnlich wie dies auch Cardoso und Faletto andeuteten, wird hier mit den Erkenntnissen von Theoretikern wie Nikos Poulantzas, oder Antonio Gramsci, nach einer differenzierten Analyse der politischen Sphäre gesellschaftlicher Entwicklung verlangt (ebd. 2009: 95). Im Folgenden sollen daher die Grundzüge dieser theoretischen Erweiterungen erläutert werden, um die Abstraktion die von Cardoso und Faletto herangezogen wurde, weiter zu konkretisieren.

4.2.1.2.1 Die relative Autonomie des Staates

Die wahrscheinlich wesentlichste (aber über weite Strecken kaum beachtete) Theorie zum kapitalistischen Staat stammt vom griechisch-französischen Marxisten Nikos Poulantzas. Seine Erweiterung der marxschen Analyse hinsichtlich der Frage des Staates, entstand bereits in den 1970er Jahren, wurde allerdings erst später, vor allem in politikwissenschaftlichen Debatten aufgegriffen (z.B.: Jessop 2007).

Sein Beitrag zur marxistischen Staatstheorie besteht darin, dem kapitalistischen Staat eine „realtive Autonomie“ von der ökonomischen Sphäre zuzusprechen und damit die einseitige Sichtweise von Basis und Überbau zu dynamisieren. Der Staat gilt in Poulantzas´ (2002: 154ff.) Verständnis nicht mehr als reines Spiegelbild der ökonomischen Verhältnisse, sondern

wird als eigenes Feld der Auseinandersetzung beschrieben. Dabei kann allerdings nicht von einer vollständigen Loslösung des Staates von der ökonomischen Basis gesprochen werden. Vielmehr ist ihr Verhältnis als dialektisch zu betrachten.

„Ökonomie und Staat trennen sich *ständig von neuem*, aber doch nicht in einem substantiellen Sinn und ein für allemal. Vielmehr gibt es Kämpfe darum." (Demirović 2007: 67, Hervorhebung im Original) Der Staat ist also keineswegs unabhängig von der ökonomischen Sphäre zu betrachten, stellt allerdings dennoch ein Feld der Auseinandersetzung dar, in welchem Kräfteverhältnisse gesellschaftlich verhandelt werden und darin auch bis zu einem gewissen Grad Veränderungen in der ökonomischen Sphäre überdauern können. Mit der relativen Autonomie des Staates ist also eine Dynamisierung der marxistischen Theorie angesprochen, die es vermag, einerseits die Beharrlichkeit von bestimmten Machtstrukturen zu erklären und andererseits bestimmte Bruchstellen anzuzeigen, die auch subalternen Klassen Möglichkeiten bieten, auf der Handlungsebene Einfluss auf die ökonomische Basis zu nehmen. In dieser Sichtweise ist auch ein Blickwinkel auf den Staat angesprochen, der diesen im Gegensatz zu funktionalistischen, oder instrumentalistischen politökonomischen Sichtweisen, als ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis begreift (Jäger/Springler 2012: 139).

Damit stellt auch nicht nur die dominante Klasse die einzig wesentliche analytische Kategorie bei der Betrachtung des Staates dar, sondern auch subalterne Klassen rücken in den Blickpunkt. In der gesamten kapitalistischen Produktionsweise stellt die Bourgeoisie die dominante Klasse dar. Hinsichtlich des Grades der Durchsetzung ihrer Interessen bestehen allerdings durchaus raum-zeitliche Unterschiede. Besonders im Fordismus wurden in den Industriestaaten die Interessen von subalternen Klassen miteinbezogen und es entstand eine relativ breite Mittelschicht. In (semi-)peripheren Räumen fand dieser Prozess allerdings nur in geringem Maße statt. Hier stellt sich die Verteilung gesellschaftlicher Macht weiterhin unter den Gesichtspunkten einer massiven gesellschaftlichen Ungleichheit dar. Als dominierte Klassen können hier im Wesentlichen Lohnabhängige, KleinbäuerInnen und marginalisierte urbane Bevölkerungsschichten bezeichnet werden. Besonders im Hinblick auf ihre Möglichkeit zur Mitbestimmung unterscheiden sich diese drei Gruppen dabei enorm (Becker 2011: 157ff.). Um nun ein konkreteres Verständnis für die gesellschaftlichen Prozesse zu erlangen, die die Kräfteverhältnisse im kapitalistischen Staat bestimmen und die Möglichkeiten zur Mitbestimmung bzw. der Durchsetzung der eigenen Interessen vorgeben, soll nun das analytische Instrumentarium der Hegemonie-Theorie Antonio Gramscis dargestellt werden.

4.2.1.2.2 Hegemonie, Zivilgesellschaft und der historische Block

Der italienische marxistische Theoretiker Antonio Gramsci, unternahm schon früh, genauer gesagt in der Zwischenkriegszeit, den Versuch die marxistische Theorie zu dynamisieren und die Möglichkeiten und Hindernisse für revolutionäre Handlungen auszuloten (Vgl. Neubert 2001). Sein Hegemoniebegriff, welcher im Wesentlichen die Durchsetzung der Interessen herrschender Klassen bzw. anderer sozialer Kräfte, in einer Art und Weise bezeichnet, in der die gesamte Gesellschaft diese Interessen als Allgemeininteressen wahrnimmt und somit auch subalterne Klassen ihre Vorstellungen über Entwicklung teilen (Brand 2011: 145), steht im Zentrum seines Beitrags zur marxistischen Theoriebildung.

Um hegemoniale Verhältnisse in konkreten Situationen angemessen zu analysieren, erscheint es sinnvoll, die von Brand (2011: 144) vorgenommene Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Hegemonie vorzunehmen. Während im ersten Fall aktive Zustimmung zu den herrschenden Verhältnissen besteht, bezeichnet die zweite Variante Zustimmung in Form von mangelnden Alternativen. Eine Differenzierung also, dessen Verhältnis besonders im Hinblick auf emanzipatorische Strategien von höchster Wichtigkeit scheint.

Damit der Begriff der Hegemonie als analytische Kategorie allerdings zur vollen Entfaltung gelangt, ist es notwendig mit der Zivilgesellschaft eine weitere gesellschaftliche Ebene miteinzubeziehen, die es vermag, die bereits bei Poulantzas vorgenommene Dynamisierung weiter voranzutreiben. Denn „[z]wischen der ökonomischen Struktur und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwang steht die Zivilgesellschaft“ (Gramsci 2012[1975]: 1267), welche als Ort des Kampfes um Hegemonie einen herrschaftsförmig organisierten Bereich darstellt, in welchem vermittels gesellschaftlicher Kämpfe, um die Ausgestaltung von Zwangs- und Konsenselementen gesellschaftlicher Normen bzw. staatlicher Politik gerungen wird (Candeias 2004: 72ff., 2007: 23).

Der Staat bei Gramsci ist also als „erweiterter Staat“ zu bezeichnen, als „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 2012[1975]: 783). Alain Lipietz (1985: 112) begreift die Bedeutung des gramscianischen Staatsverständnises für die regulationistische Theoriebildung bzw. die Staatsform, als Grundform sozialer Beziehungen folgendermaßen:

> „[D]ie Staatsform ist weder Garant noch Ausdruck einer Harmonie in dem Sinne, daß die Mitglieder der Gemeinschaft dort keinen Grund mehr hätten, zu kämpfen. Sie ist Ausdruck einer Hegemonie, die sich im allgemeinen durch die Herrschaft bestimmter sozialer Gruppen darstellt. Gewalt ist also das letzte Mittel der Staatsform, doch wenn Gewalt jedesmal zur Reproduktion sozialer Verhältnisse notwendig wäre, dann spräche man nicht mehr vom Staat. Im allgemeinen reproduziert der Staat eine Hegemonie, die sich in ihm und die er ausdrückt. Er ist eine Hegemonie, die durch Zwang gepanzert ist: die Normen, die der Staat symbolisiert, sind aus freien Stücken oder mit Hilfe von Zwang verin-

> nerlicht und akzeptiert, und in Fällen des Konflikts zwischen dem Alten und dem Neuen und zwischen widersprüchlichen Interessen entspricht die Anerkennung der gesellschaftlichen Ordnung einer Anerkennung der Schiedsrichterrolle des Staates: er hat das `Monopol der legitimen Gewalt´."

Setzt sich ein hegemoniales Projekt erfolgreich durch und entschärft die widersprüchliche Beziehung der sozialen Klassen zumindest temporär, so spricht Gramsci (2012[1975]: 1228) von einem „historischen Block". Während dieses Konzept wie gezeigt, mit einer Analyse des Fordismus noch relativ gut in Einklang gebracht werden kann, bedürfen diese stark auf nationalstaatliche Entwicklungen abstellenden Prozesse, allerdings eines breiteren Ansatzes, sollen auch die Entwicklung der post-fordistischen Ära greifbar gemacht werden. Zu diesem Zweck bietet vor allem die Internationale Politische Ökonomie einige wesentliche Ideen an, um die Staatsform sozialer Beziehungen auch auf inter- bzw. transnationaler Ebene zu denken und damit die Regulationstheorie vor allem für die Analyse post-fordistischer Konstellationen zu konkretisieren.

Robert W. Cox (1993) etwa, erweitert das gramscianische Hegemonieverständnis, indem er es auf globaler Ebene umdeutet. Hegemonie wird so zur Welt-Hegemonie, das heißt, dass sich Prozeduren von Konsens und Zwang nicht nur im nationalstaatlichen Rahmen und durch dessen AkteurInnen entfalten, sondern Hegemonie auch über international agierende AkteurInnengruppen bzw. Institutionen vermittelt ist. Besonders in Bezug auf Globalisierungsprozesse geraten so transnational agierende Konzerne, internationale Finanzinstitutionen und andere Internationalismen in den Fokus der Analyse. Wird hier Hegemonie erfolgreich umgesetzt, so kann von einem internationalen historischen Block gesprochen werden. Vor diesem Hintergrund ist es unumgänglich, die räumliche Komponente der Staatsform über nationalstaatliche Grenzen hinaus zu denken und im Rahmen der Regulationstheorie auch dominante Herrschaftsverhältnisse auf globaler Ebene aufzuzeigen bzw. sie in eine dialektische Beziehung zu endogenen Entwicklungen zu setzen.

Um nun eine weitere Konkretisierung für eine solche Analyse vorzunehmen, sollen im folgenden Abschnitt die grundlegenden Kategorien Akkumulation und Regulation bzw. ihre jeweiligen Typisierungsachsen vorgestellt werden.

4.2.2 Die regulationstheoretischen Typisierungsachsen

Die Grundformen sozialer Beziehungen allein, bieten noch kein analytisches Instrumentarium, um konkrete kapitalistische Entwicklungsprozesse zu analysieren. Erst in Verbindung mit den Typisierungsachsen von Akkumulation und Regulation erhält dieser konzeptionelle Rahmen, eine konkrete Differenzierung. Im Folgenden werden daher die Begriffe Akkumulation

und Regulation genauer dargestellt bzw. ihre jeweiligen Typisierungsachsen charakterisiert und für eine konkrete Analyse aufbereitet. Die Grundformen sozialer Beziehungen durchziehen diese strukturellen Formen und bilden stets die grundlegende Sicht auf die Dynamik kapitalistischer Entwicklung (Becker 2007: 124).

4.2.2.1 Akkumulation

Wie schon bei Marx, kommt dem Akkumulationsprozess eine wesentliche Rolle in der regulationistischen Theoriebildung bei. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, wird nach Marx die Dynamik des Akkumulationsprozesses in der kapitalistischen Produktionsweise erst durch den Einsatz von (doppelt freier) Lohnarbeit möglich (Marx 2008[1867]: 181ff.). Die von ihm erdachte Arbeitswerttheorie, die aufbauend auf der Prämisse, dass Wert nur durch (abstrakte) Arbeit geschaffen werden kann, sieht im Akkumulationsprozess nicht nur die bloße Vermehrung von Wert, sondern auch ein grundsätzliches gesellschaftliches Verhältnis. Die jeweilige Art der Akkumulation drückt also auch entsprechend immer ein bestimmtes gesellschaftliches Kräfteverhältnis aus. Im Folgenden sollen daher die verschiedenen Typen von Akkumulation, die im Regulationsdispositiv abstrahiert sind, dargestellt werden. Ihre kategorische Darstellung soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie in Reinform in der Realität nie existieren und vor allem zur Unterscheidung dominanter Akkumulationstrategien dienen sollen.

4.2.2.1.1 Die Verbindung der kapitalistischen mit anderen Produktionsweisen

Eine der zentralsten Diagnosen des Strukturalismus und der Dependenztheorie, wird auch im Rahmen des Regulationsdispositivs aufgegriffen. Wie bereits oben erwähnt, stellen die StrukturalistInnen mit dem Konzept der strukturellen Heterogenität, bereits die Problematik unterschiedlich produktiver bzw. vorkapitalistischer Sektoren in peripheren Regionen, in den Vordergrund ihrer Analyse. Diese essenzielle Diagnose für das Verständnis peripherer Regionen, wird allerdings erst durch die marxistischen Interpretationen in ihrer grundlegenden Dynamik erklärt. Rosa Luxemburg (1970[1913]: 286) brachte erstmals auf den Punkt, dass die kapitalistische Produktionsweise vorkapitalistische Strukturen braucht, um das eigene Überleben abzusichern. Mit dem Metropolen-Satelliten-Konzept von André Gunder Frank, lässt sich in der Folge verstehen, dass hier nicht einfach ein Dualismus herrscht, sondern diese, als vorkapitalistisch bezeichneten Sektoren, ebenfalls von der kapitalistischen Produktionsweise durchdrungen sind und in einem dialektischen Verhältnis zu ebendieser stehen.

Die Regulationstheorie bzw. die Konzeption des Regulationsdispositivs nach Joachim Becker, erkennt in diesem Punkt ebenfalls ein wesentliches Merkmal, vor allem (semi-)peripherer

Räume. Zur Analyse einer bestimmten Akkumulationsstrategie ist es unabdingbar, den Grad der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in Betracht zu ziehen. Vor allem auf gesellschaftlicher Ebene finden sich hier häufig Konfliktsituationen, die etwa in Form eines „inneren Kolonialismus“, auf die spezifische Arbeitsteilung, entstanden aus dem Ineinanderwirken unterschiedlicher Produktionsweisen, zurückzuführen sind (Becker et al. 2007: 35).

4.2.2.1.2 Produktive vs. finanzbasierte Akkumulation

Eines der wesentlichen Kennzeichen der fordistischen Periode der Zentrumsstaaten, war die Dominanz produktiver Akkumulation, als Basis für stabile nationale Entwicklung. Das heißt es wurde primär auf die Ausweitung der (realen) Produktion zur Mehrwertgewinnung abgestellt. Vor allem die Ankurbelung des Massenkonsums und dem entsprechenden Absatz für Industrieprodukte, war es zu verdanken, dass es hier über einige Jahre hinweg zu keinen größeren kapitalistischen Krisen kam. Im Zuge Überakkumulationskrise der frühen 1980er Jahre, wurde allerdings deutlich, dass die Grenzen dieser Regulationsweise erreicht waren. Das Ausweichen der KapitaleignerInnen in die Finanzmärkte als Anlageplatz für Kapital und die daraus resultierende gesellschaftliche Neuverhandlung der institutionellen Rahmenbedingungen für diesen Vorgang, sind, wie bereits oben erwähnt, wesentliche Merkmale der postfordistischen Ära (Aglietta 2000: 141f.).

Mit dieser gehen folglich auch Tendenzen einher, die sich stark von einer dominant produktiven Akkumulation unterscheiden. So nimmt mit der Relevanz finanzialisierter Akkumulation, auch die Tendenz zur Krisenbildung zu. Dieser Vorgang wurde bereits von Marx (2010: 413ff.) mit der Analyse des zinstragenden- bzw. „fiktiven Kapitals“ problematisiert. Da die Anlage von Kapital in den Finanzsektor zwar zum Teil hohe Gewinne verspricht bzw. auch abwirft und so zu hohen Wachstumszahlen führen kann, diese aber gleichzeitig nur auf Erwartungen in die reale Produktion basieren, stellen sich mit der relativen Zunahme der Bedeutung von Finanzialisierungsprozessen in einer Ökonomie, auch stärkere Risiken der Blasenbildung ein (Becker et al. 2007: 36). Vor allem mit der Krise 2008 wurde deutlich, wie eine weitestgehend deregulierte Handhabe dieses Prozesses, zu Krisen im globalen Maßstab führen kann.

Mit Blick auf die lateinamerikanischen Ökonomien, stellt sich diese Art der Akkumulation, vor allem seit der neoliberalen Umstrukturierung, als wesentliches Kennzeichen der Ökonomien dar. Gleichzeitig verdeutlicht allerdings schon die dependenztheoretische Analyse, dass das Wachstum der lateinamerikanischen Ökonomien seit der Kolonialisierung hochgradig von der Produktion von Primärgütern abhängig ist. Wie aus der obigen Darstellung deutlich wird,

ist diese Abhängigkeit mit einer Vielzahl spezifischer Probleme verbunden. Es ist daher unerlässlich, produktive Akkumulation als Charakteristikum lateinamerikanischer Ökonomien zu sehen. Gleichzeitig braucht es hier allerdings eine Differenzierung der regulationstheoretischen Abstraktion. Jäger und Leubolt (2011: 60f.) betonen in diesem Zusammenhang, dass besonders für die Analyse (semi-)peripherer Ökonomien, die Einführung einer Achse der rohstoffbasierten produktiven Akkumulation Sinn macht, um die Besonderheiten dieser Ökonomien, gegenüber jenen zu spezifizieren, die ebenfalls wichtige produktive Sektoren aufweisen, allerdings durch die Produktion von Industriegütern charakterisiert sind.

4.2.2.1.3 Intensive vs. extensive Akkumulation

Mit der Unterscheidung von dominant intensiven bzw. extensiven Akkumulationsstrategien, wird durch die Regulationstheorie ein weiterer Schritt zur Konkretisierung der politökonomischen Analyse von (semi-)peripheren Gesellschaften gesetzt.

Bei intensivem Wachstum handelt es sich um Steigerungen der Mehrwertproduktion, die primär auf einer Intensivierung der Produktion, also der Steigerung der Produktivität in den einzelnen Sektoren. Hier sind Produktivitätsfortschritte auch zumeist mit einer Orientierung der Löhne an ebendiesen verbunden. Dies wird vor allem durch einen hohen Grad an gewerkschaftlicher Organisation und einer starken Verschränkung der einzelnen Branchen gewährleistet. Durch die Möglichkeit der Arbeiterschaft, einen größeren Teil ihres Lohns für Konsum aufzuwenden, welcher nicht primär der Lebenserhaltung dient, sind dominant intensive Akkumulationsstrategien auch zumeist mit einer Ausweitung des Binnenmarkts verbunden (Becker et al. 2007: 37f.). In dominant extensiven Ökonomien, bleiben solche Multiplikatoreneffekte allerdings in aller Regel aus, basiert wirtschaftliches Wachstum hier doch vornehmlich aus einer Ausweitung der eingesetzten Arbeitskraft bzw. der eingesetzten Ressourcen (Becker 2009: 98). Bei extensiven Akkumulationsstrategien besteht eine permanente Importabhängigkeit gegenüber Kapitalgütern. Produktivitätssteigerungen sind daher nur um den Preis stärkerer Abhängigkeiten vom Außenhandel zu erzielen. Hierbei handelt es sich vor allem um eine Akkumulationsstrategie, die in (semi-)peripheren Räumen anzutreffen ist. Die nachteiligen Wirkungen für den Binnenmarkt und die nicht vorhandene wirtschaftliche Dynamik, welche eine intensive Akkumulationsstrategie auszeichnet, waren etwa auch die Ansatzpunkte, die die StrukturalistInnen veranlassten, vermittels der ISI-Strategie für eine Homogenisierung der Ökonomie einzutreten und intensives Wachstum voranzutreiben (Becker et al. 2007: 37f.).

4.2.2.1.4 Intra- vs. Extraversion

Eine ebenfalls im Zentrum der Analyse dependenztheoretischer DenkerInnen stehende Problematik peripherer Ökonomien, ergibt sich aus der Art und Weise, wie die heimische Produktion in den weltweiten Handel eingebunden ist.

Mit der Abstraktion der Intra- bzw. Extraversion von Akkumulation, lässt sich hier aus regulationistischer Sicht, eine genauere Differenzierung für konkrete raum-zeitliche Situationen bewerkstelligen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um eine Unterscheidung zwischen Binnen- bzw. Außenorientierung einer Ökonomie (ebd. 2007: 38f.).

Da es sich hierbei um eine sehr grobe Trennung handelt, ist es notwendig bei einer konkreten Analyse auch eine Unterscheidung zwischen der jeweils dominanten Ausprägung bei Waren bzw. Geld- und Produktionskapital zu unterscheiden. Intraversionen von Akkumulation würden hier auf eine primär auf den Binnenmarkt ausgerichtete Akkumulation hinweisen, wobei bei der Extraversion das Gegenteil der Fall wäre. Eine Intraversion der Akkumulation fand vor allem in der fordistischen Periode der Zentrumsstaaten eine erfolgreiche Wachstumsstrategie. In lateinamerikanischen Ökonomien, war dieser Versuch allerdings, wie bereits im Abschnitt zur Problematik der ISI-Strategie erwähnt, von wesentlichen Unterschieden gekennzeichnet. Hier kommt mit der Extraversion von Akkumulation aus regulationstheoretischer eine weitere Abstraktion zur Analyse, die es ermöglicht zwischen unterschiedlichen Formen der Außenorientierung zu unterscheiden. Während vor allem in Zentrumsstaaten eine Außenorientierung im Kapitalsektor – also dem Export von Kapital – zu verzeichnen war, sind lateinamerikanische Ökonomien aus dieser Sicht vor allem vor dem Hintergrund des Exports von Rohstoffen zu interpretieren. Während erstere Form also eher ein Kennzeichen dominanter Ökonomie darstellt und als aktive Extraversion bezeichnet wird, stellt die zweite Form ein Kennzeichen abhängiger Ökonomien dar und wird als passive Extraversion bezeichnet. In beiden Fällen lässt sich jedenfalls in der Regel von einer Importabhängigkeit (zumindest bestimmter Güter) sprechen (Becker 2009: 98f.).

4.2.2.2 Regulation

Der Akkumulationsprozess stellt im Theoriegebäude der Regulationstheorie nur einen Teil der Dynamik kapitalistischer Entwicklung dar. Wie bereits einleitend angedeutet, bedarf es für ein adäquates Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer beständigen Reproduktion, einer dialektischen Analyse der Akkumulationsprozesse und gesellschaftlicher Regulation als Stabilisator der kapitalistischen Widersprüche (Becker et al. 2007: 40f.). Im Gegensatz zum Begriff der Regulierung, welcher intentionale Handlungen beschreibt, ist mit

Regulation vielmehr eine Gesamtheit von Vermittlungen gemeint, die im Spannungsfeld von Struktur und Handlung auf der einen Seite gesellschaftliche Strukturen, wie etwa die Klassengesellschaft, beständig reproduziert, auf der anderen Seite aber auch durch die Konflikthaftigkeit dieser Prozesse, kontinuierlichen Wandel ermöglicht, dessen Ausgang prinzipiell ergebnisoffen und sich daher vor dem Hintergrund struktureller Limitationen, als veränderbar darstellt (Jäger/Springler 2012: 200).

Regulation ist dabei aufs engste mit den oben erwähnten Charakteristika der Staatsform, als Grundform sozialer Beziehungen, verschränkt, und als Konkretisierung der Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu sehen (Becker 2007: 271). Mittels der folgenden Typisierungsachsen der spezifischen Vermittlungen bzw. strukturellen Formen der Regulation, wird eine solche Analyse ermöglicht.

4.2.2.2.1 Das Lohnverhältnis

Wie bereits zuvor ausführlich dargestellt, basiert die Dynamik kapitalistischer Entwicklung in der marxistischen Theorie, auf der Spaltung der Gesellschaft in KapitaleignerInnen und Lohnabhängige, welche ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen.

Mit dem Lohnverhältnis wird nun jener Prozess gesellschaftlicher Regulation beschrieben, welcher das Verhältnis zwischen Mehrwertaneignung und Reproduktion der Arbeitskraft bestimmt. Die zentralen Elemente des Lohnverhältnissen, wie etwa die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, oder der Arbeitszeit bzw. der Lohnfindung und die soziale Absicherung, drücken vor allem die Resultate des sozialen Konfliktes aus, der aus dem Spannungsfeld des Klassenwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise resultiert. Im Gegensatz zu neoklassischen Sichtweisen, wird aus der politökonomischen Perspektive der Regulationstheorie davon ausgegangen, dass diese Prozesse sich nicht aus einer allgemeinen Gleichgewichtstheorie ableiten lassen, sondern immer vor dem Hintergrund historisch konkreter Ausprägungen der kapitalistischen Produktionsweise zu sehen sind (ebd. 2007: 150).

So haben die wohlfahrtsstaatlichen Ensembles der Industriestaaten, die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung zu einem gewissen Grad verfestigt und für eine breite Bevölkerungsschicht zugänglich gemacht, wohingegen (semi-)periphere Räume gänzlich anders charakterisiert sind. Wie bereits von den DependenztheoretikerInnen thematisiert, findet sich hier ein großer Teil der Bevölkerungen in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen wieder, die man als „informell“ bezeichnen könnte (Becker et al. 2007: 43ff.). Die Auswirkungen dieser strukturellen Heterogenität wurden bereits an anderer Stelle beschrieben. Für die Analyse des Lohnverhältnisses, ist daher unbedingt die Rolle von Sektoren einer Ökonomie einzubezie-

hen, die der Formalisierung entzogen ist und daher den marginalisiertesten Teil der kapitalistischen Produktionsweise darstellt. Gerade das Vorhandensein hoher sozialer Ungleichheit kann ein Indiz dafür darstellen, dass ein bestimmtes Wachstumsmodell durch eine solche Spaltung der Gesellschaft stabilisiert wird (Jäger/Springler 2012: 259). Um Veränderungen für marginalisierte Bevölkerungsgruppen herbeizuführen, ist es daher notwendig, die Interessen, welche einem bestimmten Lohnverhältnis eingeschrieben sind, aufzudecken.

4.2.2.2.2 Das Konkurrenzverhältnis

Mit dem Lohnverhältnis wird vor allen Dingen die vertikale Konfliktlinie der sozialen Beziehungen im Kapitalismus beschrieben. Im Gegensatz dazu bezeichnet das Konkurrenzverhältnis die Spannung innerhalb einzelner Klassen.

Je nach Ausgestaltung der Regulation des Konkurrenzverhältnisses, lassen sich Aussagen über die dominanten Interessen einzelner Klassenfraktionen treffen. Der Akkumulationsprozess lässt unterschiedliche Kapitalsorten entstehen und jede von ihnen bedarf einer bestimmten Form der Regulation, um die eigenen Interessen bestmöglich verwirklicht zu sehen. So sind beispielsweise KapitalistInnen, die ihren Mehrwert weitgehend aus dem Exportgeschäft schöpfen, tendenziell daran interessiert, die eigene Währung vergleichsweise schwach zu halten und Handelsbarrieren fallen zu lassen. Grundsätzliche politische Entscheidungen in diesen und ähnlichen Punkten sind also vor dem Hintergrund dieser Interessen bzw. dem Kompromiss aus unterschiedlichen Interessenslagen zu interpretieren (Becker et al. 2007: 45f.). Wie bereits bei Cardoso und Faletto angedeutet und mit Gramsci und Poulantzas weiter konkretisiert, entsteht in diesem Spannungsverhältnis ein wesentliches dynamisches Element gesellschaftlicher Entwicklung.

Dabei ist dieser Prozess allerdings nicht nur auf die Kapitalseite beschränkt. Auch innerhalb der Lohnabhängigen Klasse kommt es mithin zu Spannungen entlang ethnifizierter, sexualisierter, oder rassialisierter Konfliktlinien. Gerade in Ökonomien mit starker struktureller Heterogenität, gestalten sich hier bedeutende Spannungsfelder (Becker 2007: 159f.).

4.2.2.2.3 Die monetäre Restriktion

Wie bereits erwähnt, kommt dem Geld als allgemeinem Äquivalent, in der marxistischen Theorie, die Rolle einer besonderen Ware zu. Geld steht sowohl am Anfang wie auch am Ende des kapitalistischen Produktionsprozesses. Erst durch die Realisierung der Produktion in Form von Geld, wird dieser gesellschaftliche Anerkennung bzw. Wert zugesprochen. Geld ist also in dieser Sichtweise eine zentrale Vermittlung sozialer Beziehung in der kapitalistischen

Produktionsweise (Aglietta 2000: 14ff.). Durch seinen mehrwertproduzierenden Charakter, bekommt es aus der politökonomischen Sicht (anders als in der neoklassischen Theorie), den Gehalt eines gesellschaftlich umkämpften Feldes. In der regulationistischen Theoriebildung wird daher von einer monetären Restriktion als zentrale gesellschaftliche Vermittlung gesprochen (ebd. 2000[1976]: 42ff.).

Dies beinhaltet folglich, dass es sich bei der jeweiligen Ausgestaltung von Geld- und Währungspolitik implizit um einen Ausdruck gesellschaftlicher Kämpfe handelt. Der Geldwert an sich auf der einen Seite, aber auch Institutionen und Regelungen, welche ein bestimmtes Geld- bzw. Währungsregime darstellen, auf der anderen Seite, sind somit ein komplexes Ganzes aus Machtbeziehungen, Interessenskonstellationen und gesellschaftlichen hegemonialen Kompromissen (Jäger/Springler 2012: 311).

In der Realität bedeutet dies, dass wesentliche Dimensionen der monetären Restriktion, einerseits in Form von Inflation und Deflation zu sehen sind, aber andererseits auch in den Wechselkursen zwischen den Währungen und institutionellen Rahmenbedingungen, welche diese umgeben, ihren Ausdruck finden.

Besonders deutlich wird die Relevanz monetärer Restriktion anhand der historischen Entwicklung internationaler Wechselkursbeziehungen. Mit dem Bretton-Woods-System wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein Währungsregime etabliert, welches als System fixer, aber anpassbarer Wechselkurse, einen Ausdruck der stark nationalstaatlich fokussierten politischen Regulationsstrategien für binnenmarktorientierte Akkumulation, darstellte. Dies ging einher mit einer Zurückdrängung des Finanzkapitals, welche bis zur Krise der 1980er Jahre anhielt (Imhof/Jäger 2007: 151). Mit dem folgenden Übergang zur post-fordistischen Ära, deren Charakteristika, wie bereits erwähnt, vor allem auf Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung, sowie einer zunehmenden Kommodifizierung und Spekulation auf bis dahin gemeinschaftliche Güter, basierten, verschoben sich diese Kräfteverhältnisse allerdings erneut. Unter den Vorzeichen der neoliberalen Hegemonie, verschoben sich innerhalb der monetären Restriktion die Kräfteverhältnisse verstärkt in Richtung Finanzkapital. Eine Entwicklung, die mit der Einflussnahme der internationalen Finanzinstitutionen und autoritärer politischer Projekte, vor allem auch in Lateinamerika zu einem markanten Umbau des institutionellen Gefüges führte (Thwaites Rey 2010).

4.2.2.2.4 Die ökologische Restriktion

Die kapitalistische Produktionsweise wird allerdings nicht nur durch die von ihr selbst produzierten Widersprüche beschränkt, sie steht auch im Widerspruch zur ökologischen Sphäre. Da

sowohl durch Produktion, als auch Konsum permanent Ressourcen beansprucht werden, stößt die kapitalistische Produktionsweise auf eine Grenze der Verfügbarkeit dieser Ressourcen. Durch die Endlichkeit natürlicher Ressourcen und ihre räumlich spezifische Konzentration, ist allerdings mit der ökologischen Restriktion vor allem auch die Verteilungsdimension ebendieser angesprochen. Diese ist ebenso wie die Ausgestaltung des Lohnverhältnisses, oder der Geld- und Währungspolitik, primär als Ort sozialer Kämpfe zu sehen. Das Eigentum an natürlichen Ressourcen gerät in der Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise zunehmend in den Blick. Besonders in der Auseinandersetzung mit peripheren Regionen der Weltwirtschaft wird deutlich, welchen Stellenwert die gesellschaftliche Verhandlung dieser Dimension annimmt bzw. wie das Beispiel Lateinamerikas deutlich macht, hier auch entscheidend die Ausgestaltung von Entwicklungsprozessen verhandelt wird (Becker et al. 2007: 50ff.; Svampa 2012).

Wie einleitend erwähnt, spielt der Zugang bzw. die Verteilung der Renten aus dem Export von Rohstoffen in den Debatten der letzten Jahre wieder eine verstärkte Rolle in der lateinamerikanischen Auseinandersetzung. Während sich in der post-fordistischen Ära eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Richtung ausländischer bzw. transnationaler Kapitalgruppen vollzog, wurde durch staatliche Eingriffe linker Regierungen, eine Trendwende eingeleitet (Jäger 2011).

Mit der ökologischen Restriktion ist also eine zentrale Kategorie für die konkrete Analyse der Entwicklungsprozesse Lateinamerikas bzw. Venezuelas im Speziellen angesprochen. Im folgenden Abschnitt sollen die bisherigen theoretischen Ausführungen synthetisiert bzw. operationalisiert werden. Die angesprochenen Dimensionen der Dependenztheorie sollen dabei um die Konkretisierungen der Regulationstheorie erweitert werden bzw. sollen die wesentlichen Argumente beider Theoriestränge für eine kohärente Analyse operationalisiert werden.

5 Synthese und Operationalisierung

Es wurde gezeigt, dass eine adäquate Analyse der „lateinamerikanischen Paradoxie“ nur erfolgen kann, wenn wesentliche historisch-strukturelle Charakteristika raum-zeitlich konkreter Phasen kapitalistischer Entwicklung in Lateinamerika aufgezeigt werden.
Die kritisch-realistische Methodologie bot dabei sowohl den Ausgangspunkt der grundlegenden ontologischen und epistemologischen Verortung dieser Arbeit, strukturierte diese aber auch hinsichtlich eines Vorgehens von Abstraktion und Konkretion.
Mit dem Aufzeigen der Argumentation des lateinamerikanischen Strukturalismus, wurde ein erster Rahmen für die weitere Konkretisierung im Rahmen der marxistischen Theorietradition geliefert. Vor allem die Sichtweise, dass die arbeitsteilige kapitalistische Weltwirtschaft ungleiche Strukturen und Kräfteverhältnisse, welche in einem systemischen Zusammenhang stehen, hervorgebracht hat, ist hier von zentraler Bedeutung. Diese Art und Weise, den Außenhandel in das Zentrum der Aufarbeitung der lateinamerikanischen Probleme zu stellen, spricht nicht nur eine Dimension an, die eine tragende Rolle für die folgenden marxistischen Auseinandersetzungen spielt, sondern stellt auch eine klare Kritik am neoklassischen Positivismus dar.
Um eine weitere Konkretisierung zu unternehmen wurden in der Folge zwei zentrale Dimensionen für die Untersuchung peripherer Räume herausgearbeitet. Zum einen handelt es sich dabei um die internen nationalstaatlichen Dynamiken, welche vor allem im Rahmen der Regulationstheorie behandelt werden und ein tiefes Verständnis dafür bieten, wie gesellschaftliche Kräfte im Zusammenspiel mit bestimmten Akkumulationsmustern, die kapitalistischen Widersprüchlichkeiten zu stabilisieren vermögen. Hier lässt sich bereits, wie dies vor allem mit der Theorie von Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto möglich ist, an die zweite Dimension anknüpfen, welche die grundlegenden Unterschiede unterschiedlicher Räume der kapitalistischen Weltwirtschaft anspricht. Bereits mit den Imperialismustheorien konnte aufgezeigt werden, dass die räumliche Expansion der kapitalistischen Produktionsweise vor allem als notwendiger Prozess zum Selbsterhalt ebendieser gedient hat. Die im Besonderen von Andre Gunder Frank zur Diskussion gestellten Auswirkungen dieses Prozesses auf die Peripherie, die Entwicklung der Unterentwicklung als systemimmanenter Prozess des Kapitalismus, führt diese politökonomische Sichtweise der Entwicklung des Kapitalismus, einer konkreteren Ausformulierung zu. Auch wenn der Schluss Franks, aus dem Zustand der Unterent-

wicklung gebe es außer dem revolutionären Ausbruch, keine alternative Möglichkeit zur Entwicklung, letztlich abgelehnt werden muss, so dient vor allem auf abstrakter Ebene, seine Umformulierung des Konzepts der strukturellen Heterogenität des lateinamerikanischen Strukturalismus, als ein wesentlicher Anhaltspunkt für die weitere Analyse.

Aus regulationstheoretischer Sicht ergeben sich so einige Implikationen für die Analyse peripherer Räume, welche in den frühen Arbeiten der RegulationstheoretikerInnen zu vornehmlich die Zentrumsstaaten betreffenden Themen, noch nicht angedacht waren.

Diese betreffen in einer ersten Dimension vor allem die von den DependenztheoretikerInnen betonte Abhängigkeit peripherer Ökonomien von exogenen Entwicklungen. Das Zusammenspiel von Akkumulation und Regulation ist in diesen Konstellationen bzw. in der post-fordistischen Periode im Allgemeinen, als wesentlich komplexer und über nationalstaatliche Grenzen hinaus zu denken. Mit der zunehmenden Deregulierung des Kapitalverkehrs und der Flexibilität mit dem dieses einen Ortwechsel vollziehen kann, ergibt sich ein immer größer werdendes Ungleichgewicht zu der vergleichsweise viel geringeren Mobilität von Arbeitskraft. Während also bereits in der Phase der importsubstituierenden Industrialisierung, die Rolle ausländischen Kapitals eine wesentliche Rolle bei der Vertiefung der wirtschaftlichen Probleme Lateinamerikas spielte, setzt sich diese in den post-fordistischen Konstellationen verstärkt fort. Auf der Ebene der Regulation, bedeutet dies, dass der Einfluss exogener Kapitalgruppen nicht zu gering geschätzt werden sollte.

Wie aus den Ausführungen zur Staatsform, welche für periphere Regionen in engen Zusammenhang mit den Ausführung von Cardoso und Faletto zu sehen sind, hervorgeht, bedarf es daher neben einer dialektischen Sichtweise von ökonomischer Basis und staatlichem Überbau, einer Sichtweise auf den Staat, der einerseits um die Rolle der Zivilgesellschaft erweitert gedacht wird und andererseits im Zusammenhang mit internationalen hegemonialen Kräfteverhältnissen und der dialektischen Beziehung zu endogenen Dynamiken gesehen werden muss. Die einzelnen Typisierungsachsen sind daher auch immer vor dem Hintergrund dieser strukturellen Andersartigkeiten zu interpretieren. Eine massive Ungleichheit im Lohnverhältnis kann so etwa auch Teil einer Entwicklungsweise sein, die beispielsweise eine Akkumulationsweise stützt, die vor allem mit Interessen verknüpft sind, die von Export, oder Finanzialisierungsprozessen profitieren (Becker et al. 2007: 40f.).

Auch im Bereich der Akkumulation findet sich allerdings eine Reihe von Schlüssen, die aus der dependenztheoretischen Auseinandersetzung gezogen werden können. So muss vor allem die Dimension der ungleichen Kräfteverhältnisse im internationalen Handel in Betracht gezogen werden. Die dependenztheoretische Analyse, dass lateinamerikanische Ökonomien struk-

turell von Rohstoffexporten abhängen, macht es (wie bereits im dazugehörigen Abschnitt erwähnt) nötig auf der Ebene der produktiven Akkumulation den Schluss zu fassen, hier eine Konkretisierung hinsichtlich rohstoffbasierter Akkumulation zu fassen. Da es sich hier um besonders volatile Märkte handelt, von denen die jeweiligen Ökonomien abhängen, spricht auch hier alles für eine Verbreiterung der regulationstheoretischen Sichtweise auf Basis der dependenztheoretischen Analysen. Dabei sind neben der Abhängigkeit von Rohstoffexporten vor allem auch die Krisenanfälligkeit der lateinamerikanischen Ökonomien aufgrund von Tendenzen zur Finanzialisierung, welche beim Fehlen entsprechender Beschränkungen, zu raschen Abflüssen von Kapital führen können und so den Krisenverlauf verstärken, von zentraler Wichtigkeit (Becker 2009: 111).

Während also die Regulationstheorie hauptsächlich von der Betonung der ungleichen Kräfteverhältnisse in der internationalen Arbeitsteilung der Dependenztheorie profitiert, ergeben sich durch die umgekehrte Erweiterung des dependenztheoretischen Denkens durch die Regulationstheorie, wesentliche Schlüsse für die Konkretisierung der Analyse auf nationalstaatlicher Ebene. Die bei Cardoso und Faletto bereits angedachte dialektische Analyse von ökonomischer Basis und politischem Überbau, wird durch die Regulationstheorie konkretisiert und mittels einer Erarbeitung unterschiedlicher Charakteristika im Rahmen der jeweiligen Typisierungsachsen ermöglicht.

Aufbauend auf diesen Schlüssen, lässt sich nun eine Operationalisierung für die konkrete Analyse der Bolivarischen Republik Venezuela vornehmen.

Zunächst wird aus regulationstheoretischer Sicht eine Periodisierung unterschiedlicher Phasen in der Entwicklung Venezuelas unternommen. Die Unterscheidung erhält zunächst eine historische Dimension, in der zentrale Charakteristika der (1) Phase der importsubstituierenden Industrialisierung und (2) der neoliberalen Phase dargestellt werden sollen. In der Folge wird der Kern der Analyse, der „Sozialismus des 21.Jahrhunderts“ bzw. die „bolivarische Revolution“, im Rahmen der (3) post-neoliberalen Phase dargestellt.

Strukturelle Kontinuitäten, aber auch Veränderungen sollen so anhand einer historischen Einbettung untersucht werden. Methodisch sollen dabei vor allem statistische Daten herangezogen werden, welche, Cardoso und Faletto folgend, Dynamiken des Wandels bzw. der Kontinuität abbilden können. Diese werden im Rahmen der Typisierungsachsen von Akkumulation und Regulation behandelt und interpretiert werden. Zusätzlich wird bereits aufgearbeitetes Wissen in wissenschaftlicher Literatur kritisch in Bezug zu diesen Daten gesetzt. Die Verschiedenartigkeit der möglichen Interpretation solcher Quellen, ist dabei immer methodischer Hintergrund dieses Vorhabens.

Damit einhergehend ist auch die emanzipatorische Dimension dieser Arbeit angesprochen, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, besonders die Rolle der Lohnabhängigen- und der marginalisierten Bevölkerung Venezuelas zu untersuchen und hinsichtlich der Frage nach emanzipatorischen Potentialen für diese sozialen Gruppen, eine entsprechende Analyse vorzunehmen. Hier wird vor allem das Aufzeigen von Bruchstellen dominanter Herrschaftsverhältnisse von außerordentlicher Wichtigkeit sein.

In einer abschließenden Zusammenführung, welche an diese empirische Untersuchung anschließt, soll zudem eine Rückführung der Schlüsse auf konkreter Ebene, zu den zuvor getätigten Abstraktionen vorgenommen werden und hinsichtlich der kritisch-realistischen Methode, ein Ausblick auf mögliche Weiterführungen der Analyse mithilfe der Dialektik von Konkretion und Abstraktion, gegeben werden.

6 Venezuela

Wie bereits einleitend dargestellt wurde, handelt es sich bei der jüngeren venezolanischen Geschichte um eine Ära, welche vor allem durch die politische Polarisierung der Bevölkerung geprägt ist. Hat die Wahl von Hugo Chávez 1998 noch einen Meilenstein für die politische Machtübernahme vormals sozialer Bewegungen im gesamtlateinamerikanischen Kontext dargestellt, so kann für die Zeit nach seinem Tod am März 2013 festgehalten werden, dass mittlerweile ein großer Teil des lateinamerikanischen Kontinents einen solchen „Linksruck" vollzogen hat und vermittels gezielter Umverteilungspolitik seither in einigen Fällen wesentliche Fortschritte in der Sozialpolitik geschaffen wurden (Vgl. Muno 2011).

Die Erfahrungen, welche die einzelnen lateinamerikanischen Staaten mit diesen Entwicklungen gemacht haben, lassen sich mittlerweile ablesen und es muss zunehmend festgehalten werden, dass linke Regierungen trotz teilweise hoher Wachstumsraten und sozialer Errungenschaften, zunehmend mit ihrer Basis bzw. generell mit sozialen Gruppierungen in Konflikte geraten. Dies zeigt sich anhand venezolanischer Basisorganisationen ebenso, wie etwa auch in dem, vor allem von der indigenen Bevölkerung Boliviens angeführten, Protest rund um die zukünftige Nutzung eines Nationalparks. Gleichzeitig offenbart aber auch das, in der Weltwirtschaft immer stärker auftretende, Brasilien im Kontext sportlicher Großereignisse ebenfalls soziale Spannungen, welche sich in ausgedehnten Protesten entladen. Die Widersprüchlichkeit der Entwicklungsprozesse in diesen Staaten steht vor dem Hintergrund dieser Konflikte wohl außer Zweifel (Vgl. Paz 2012; Zibechi 2011: 99ff.).

In den bisherigen Abschnitten konnte dargelegt werden, dass auf unterschiedlichen Ebenen der Abstraktion bereits ein breites Spektrum an Begründungsansätzen für diese Widersprüche besteht. Durch eine Synthese von Dependenztheorie und Regulationstheorie wurde gezeigt, dass es einer historischen Betrachtungsweise der kapitalistischen Produktionsweise unter den Bedingungen einer ungleich strukturierten arbeitsteiligen Weltwirtschaft bedarf, um sowohl interne, als auch externe Bedingungen für das Auftreten dieser Widersprüche auf der einen Seite, aber auch die jeweilige Bearbeitung dieser Widersprüche in Form von gesellschaftlicher Regulation, erfassen zu können.

Um zu einer konkreten Analyse und der Beantwortung der einleitend gestellten Forschungsfrage zu gelangen, soll daher anhand der regulationstheoretischen analytischen Konkretion in Form der unterschiedlichen Typisierungsachsen von Akkumulation und Regulation, eine em-

pirische Untersuchung der Bolivarischen Republik Venezuela vorgenommen werden.
Anhand der unterschiedlichen Abstraktionsstufen konnte allerdings auch herausgearbeitet werden, dass für ein adäquates Verständnis der auftretenden Widersprüchlichkeiten, eine historische Betrachtungsweise herangezogen werden muss, die in diesem Teil der Arbeit eine Abfolge der Untersuchung in (1) die ISI-Phase, (2) die neoliberale Phase und die (3) „post-neoliberale" Phase der Regierung Chávez´, gerecht werden soll. Wenngleich auch einleitend einige Punkte in Bezug auf die koloniale bzw. post-koloniale Phase der Geschichte Venezuelas in Zusammenhang mit der Frage nach strukturellen Limitationen genannt werden, so liegt das Hauptaugenmerk der Arbeit, aufgrund des Bedeutungsgewinns der Erdölförderung, auf der Ära seit dem Einsetzen der importsubstituierenden Industrialisierung. Innerhalb dieses Zeitraums konzentriert sich die Analyse aber vordergründig auf die „post-neoliberale" Phase, um zu einem Schluss über die aktuellen Entwicklungen Venezuelas zu gelangen.

6.1 Venezuela bis zum Erdölboom

Es wäre ein eurozentristischer Trugschluss, die venezolanische Geschichte mit der Kolonialisierung durch die spanische Krone beginnend darzustellen. Muss diese vor dem Hintergrund der langen Geschichte der indigenen Völker des Landes früher angesetzt werden, um sie in ihrer Gesamtheit zu erzählen, ist es - wie schon der theoretische Teil dieser Arbeit erläutert - für eine kritische Einschätzung der kapitalistischen Phase in der Entwicklung Venezuelas allerdings genau dieser Punkt, welcher von besonderem Interesse ist. Hier beginnt nämlich jene Epoche, die die vorkoloniale Produktionsweise beständig an die Ränder der kapitalistischen Produktionsweise drängt und den lateinamerikanischen Kontinent im Ganzen bzw. Venezuela im Speziellen fortan in die Logik der kapitalistischen Weltwirtschaft einbindet (Vgl. Frank 1975). Im Fall Venezuelas bedeutete dies zunächst eine vergleichsweise wenig bedeutende Stellung innerhalb der Reihe an spanischen Kolonien. Der Merkantilismus Europas war in den Anfängen des Kolonialismus vornehmlich am Abbau von Edelmetallen interessiert. Da diese auf venezolanischem Boden nicht gefördert wurden, war Venezuela von vergleichsweise geringer Bedeutung für die wirtschaftlichen Interessen Spaniens. Vielmehr konzentrierten sich die angesiedelten EuropäerInnen auf Subsistenzproduktion in Kombination mit kleineren Exporttätigkeiten, bei denen Vieh, Tabak, oder ähnlichen Waren gehandelt wurde. Die wesentlichen Produktionseinheiten, welche durch die KolonisatorInnen geschaffen wurden, waren die *hacienda*, das *hato* (Landgut) bzw. die Familienproduktion (López Maya 2011: 31f.). Wie André Gunder Frank (2008[1966]: 162) hervorhebt, ist es vor allem diese Umstrukturierung der Produktionsstruktur Lateinamerikas, welche über die folgenden Jahrhunderte hinweg

maßgeblich charakteristisch für die jeweiligen Gesellschaften waren und es noch immer sind. Es wird sich zeigen, dass vor allem Strukturen wie die großen *hacienda*-Besitztümer noch immer eine der wesentlichen Konfliktlinien zwischen einzelnen Kapitalfraktionen bzw. lohnabhängiger- und marginalisierter Klassen darstellen, also direkt mit dem Konkurrenzverhältnis und zum Teil auch der ökologischen Restriktion in Verbindung gebracht werden müssen. Dabei wird erstmals eine aus europäisch-stämmigen SiedlerInnen zusammengesetzte GrundbesitzerInnenelite gebildet, welche vor allem Teile der indigenen Bevölkerung in ein Ausbeutungsverhältnis integrierte und sich mit zunehmenden Profitsteigerungen auch am Sklavenhandel beteiligte. Besonders das ab dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts immer stärker florierende Exportgeschäft mit Kakao und Tabak verfestigte diese Strukturen zunehmend (Zeuske 2008: 85).

Insgesamt muss das Wirtschaftswachstum der Kolonie aber noch bis ins achtzehnte Jahrhundert als relativ gering eingeschätzt werden (Vgl. Baptista 2006) und es erfuhr erst mit dem kontinuierlichen Bedeutungsgewinn von Kakao in den Zentrumsstaaten eine Steigerung, zumal dieser gegen Ende der Kolonialzeit verstärkt nachgefragt bzw. exportiert wurde. Damit einhergehend war allerdings auch eine verstärkte Integration des venezolanischen Gebiets unter die spanische Herrschaft zu verzeichnen, da durch die Kakaoproduktion ein größeres Interesse der spanischen Krone geweckt wurde (López Maya 2011: 28f.). Im Wesentlichen lässt sich also schon während der Kolonialzeit davon sprechen, dass wirtschaftliches Wachstum in Venezuela vorwiegend über die Exportwirtschaft generiert werden konnte. Das Abhängigkeitsverhältnis zu Spanien erklärt sich in diesem Fall allerdings noch durch die direkte politische Kontrolle des Gebiets durch die spanische Krone.

Das gesteigerte Interesse der SpanierInnen an der Kolonie und der Versuch stärkerer Kontrolle gerieten allerdings am Ende des achtzehnten Jahrhunderts zunehmend in Widerspruch zu den bereits erstarkten exportorientierten KapitalistInnenfraktionen in Venezuela. Der zunehmende Wohlstand dieser Gruppen weckte Unabhängigkeitsbestrebungen und den Versuch, den erzeugten Mehrwert aus dem Überseehandel selbst zu kontrollieren. Mit der Unabhängigkeit, welche 1811 erstmals erklärt wurde (zunächst wurde die Republik Großkolumbien ausgerufen, die aber 1830 in das heutige Kolumbien und Venezuela getrennt wurde), setzte sich aber die grundlegende, bereits oben beschriebene gesellschaftliche Strukturierung fort. Der Handel mit der geschwächten spanischen Krone wurde nun zwar mit anderen Mächten geführt, die grundlegende rohstofforientierte Ausrichtung und die damit einhergehende Abhängigkeit von Importen zur Befriedigung der Bedürfnisse der aufstrebenden KapitalistInnenklasse, blieb allerdings bestehen und verfestigte sich wohl noch. Gleichzeitig weitete sich die

massive Ungleichheit zwischen internen Metropolen und Satelliten zunehmend aus, da sich an den vor allem durch die *hacienda*-Struktur gekennzeichneten Produktionsverhältnissen kaum Veränderungen zeigten und vor allem die Hafenstädte im Norden des Landes (neben den ländlichen OligarchInnen) von den Handelstätigkeiten profitierten (Zeuske 2008: 127ff.). Gerade die nur sehr marginale Ausbildung von Manufaktur bzw. Industriezweigen im Venezuela des neunzehnten Jahrhunderts, ist bezeichnet für die bereits von der *Dependencia*-Schule vorgenommenen Kritik an der kolonialen Einflussnahme auf die wirtschaftliche Struktur des lateinamerikanischen Kontinents. Tatsächlich stellte die Produktion von Kakao, Tabak oder ähnlichen Waren für die lokalen Eliten zwar bis ins zwanzigste Jahrhundert eine relativ lukrative Einnahmequelle dar, die sich verschlechternden Austauschverhältnisse und die Abhängigkeit von den Zentrumsstaaten als Absatzmärkte, veranlassten aber auch auf venezolanischen Boden dazu, den Versuch einer importsubstituierten Industrialisierung zu starten. Im Vergleich zu anderen Staaten des Kontinents wurde Venezuela durch den Fund enormer Erdölvorkommen allerdings zu einem Sonderfall in der lateinamerikanischen Geschichte, der auch die Haupterkenntnismotivation dieser Arbeit darstellt (Vgl. Melcher 1995).
Um also im Folgenden die Phase der importsubstituierenden Industrialisierung entsprechend einordnen zu können, ist es unerlässlich, den Hintergrund der Erdölforderung und deren Implikationen für die venezolanische Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur näher zu erläutern.

6.2 Die Phase der importsubstituierenden Industrialisierung

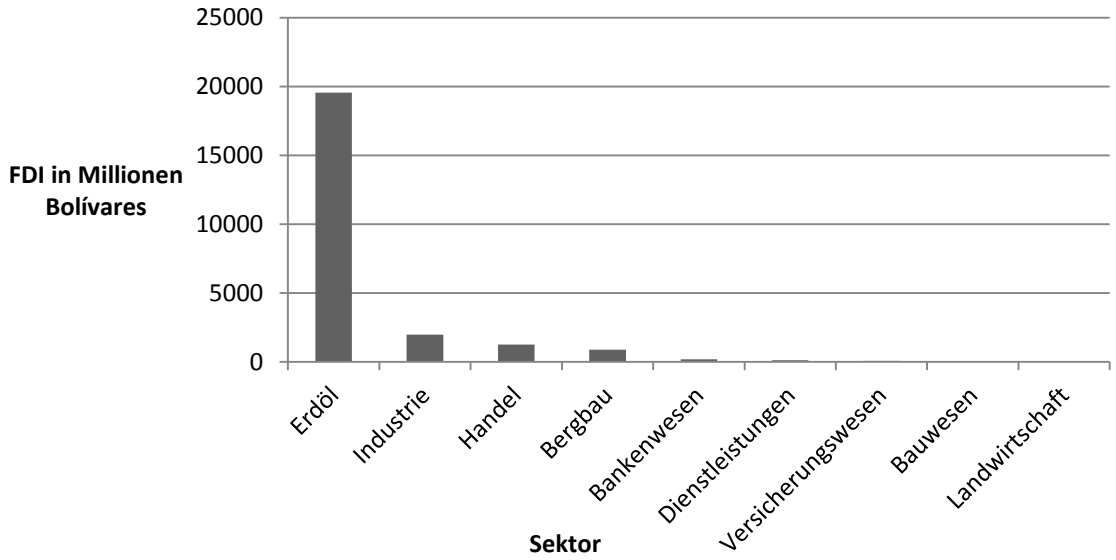
Wie bereits oben beschrieben, stellt die Phase der importsubstituierenden Industrialisierung auf dem lateinamerikanischen Kontinent einen Prozess dar, der bereits in etwa zur Zeit des Ersten Weltkriegs seinen Anfang genommen hat und nach dem Zweiten Weltkrieg zum dezidierten politischen Programm einer Vielzahl der lateinamerikanischen Staaten wurde. In den meisten Ländern wurde dabei versucht, die Abhängigkeit von Rohstoffexporten einzudämmen und neben den dazugehörigen Sektoren, auch produktive Industriesektoren zu schaffen, um den Binnenmarkt auszuweiten und die langläufige Arbeitslosigkeit und strukturelle Heterogenität zu beseitigen (Vgl. Kay 1989).
Venezuela muss in diesem Zusammenhang in einer differenzierten Art und Weise interpretiert werden. Wie gezeigt wurde, war das Land bis in das zwanzigste Jahrhundert hinein eine vor allem auf dem Export von Agrarprodukten basierende Ökonomie, mit einem relativ geringen BIP. Durch die erstmalige Entdeckung bzw. Förderung von Erdölvorkommen für die kapitalistische Produktionsweise (Erdölvorkommen waren der indigenen Bevölkerung durchaus auch schon vor der Kolonialzeit bekannt) auf venezolanischem Boden veränderte sich dieses

Bild allerdings und sowohl die ökonomische, als auch politische Sphäre waren fortan in außergewöhnlichem Maße von der Rolle als Rentierstaat geprägt. Da Venezuela somit eine ungefähr achtzigjährige Geschichte als Erdölstaat hinter sich hat und die vermuteten Vorkommen auf venezolanischem Boden weiterhin darauf schließen lassen, dass zumindest ein Jahrhundert mehr an Förderungspotential besteht, wird wohl auch in Zukunft keine Analyse an einer Betrachtung Venezuelas als erdölabhängige Ökonomie vorbeiführen (Vgl. Boeckh 2011). Im Folgenden sollen die Charakteristika der ISI-Phase daher vor allem mit Bezug auf dieses Charakteristikum der venezolanischen Wirtschaft dargestellt werden, um fruchtbare Erkenntnisse für die Analyse der weiteren Perioden in der venezolanischen Geschichte zu erhalten.

6.2.1 Erdöl und Industrialisierung

Die verstärkte Förderung des Erdöls und der immense Bedeutungsgewinn der dazugehörigen Erdölindustrie, wurden in den Jahrzehnten nach der ersten Förderung, immer stärker zum Hauptcharakteristikum der venezolanischen Wirtschaft.

Abbildung 1: Ausländische Direktinvestitionen (FDI) in Venezuela 1967 nach Sektoren



Quelle: Eigene Darstellung nach Mayobre 1970: 32

Obwohl an sich größere Probleme durch die Fixierung der venezolanischen Ökonomie auf das Erdöl zu erwarten gewesen wären, gelang es dennoch während der ISI-Phase einige Industriezweige aufzubauen (Melcher 1995).

Besonders zwischen 1960 und 1982 lagen die Zuwachsraten der industriellen Produktion über dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Erreicht wurde dies vor allem durch die enge Ver-

knüpfung des Erdölsektors mit anderen Sektoren, wie etwa dem Bankenwesen und den zum Teil hohen Begünstigungen bei der Kreditvergabe (Boeckh 2011: 401; Melcher 1995).
Da der Erdölsektor auch für ausländische InvestorInnen von höchstem Interesse war, geriet die venezolanische Erdölindustrie in der ISI-Phase auch verstärkt in den Blick von ausländischen (vor allem US-amerikanischen) AnlegerInnen. Abbildung 1 zeigt, dass 1967 auch anhand der ausländischen (Brutto-)Direktinvestitionen sehr gut abgelesen werden kann, welch übergroße Bedeutung der Erdölsektor zu dieser Zeit spielte und wie auch vor allem ausländisches Kapital fast ausschließlich in diesen Sektor floss. Die Höhe der Investitionen in den Erdölsektor belief sich 1967 ungefähr auf das Zehnfache des Industriesektors und sogar auf mehr als das 1700-fache des Landwirtschaftssektors. Wie sich zeigt, spielt zu diesem Zeitpunkt das Banken- und Versicherungswesen bei ausländischen Investitionen noch eine relativ untergeordnete Rolle. Ausländisches Kapital war auch für die Industrialisierungsbestrebungen von zentraler Bedeutung (López Maya 2011: 42) und stellt einen der Widersprüche der ISI-Phase dar, der vor allem vor dem Hintergrund der dependenztheoretischen Abstraktion kritisch betrachtet werden muss. Die „holländische Krankheit“, also das Problem bei hohen Exporterlösen aus dem Erdöl- bzw. Erdgassektor, gleichzeitig eine Diversifizierung der Industrie vorzunehmen, konnte während dieser Periode nur zum Teil und vor allem aufgrund der gesellschaftlichen Bearbeitung dieser Problematik abgewendet werden. Alle Versuche eine eigene Industrie auszubauen, die der ausländischen Konkurrenz standhalten konnte, scheiterten allerdings spätestens in letzter Instanz an dieser strukturellen Barriere (siehe unten).

6.2.2 Die venezolanische Modernisierung zwischen Militärdiktaturen und paktierter Demokratie

Auf politischer Ebene verzeichnete Venezuela bis 1958 eine Abfolge von unterschiedlichen Militärregierungen, beginnend mit jener von Juan Vincente Gómez (1908-1935) und endend mit jener von Marcos Pérez Jiménez (1948-1958). Während der Regierungszeit Gómez´, wurde mit dem Erdölgesetz von 1922 eine richtungsweisende Maßnahme gesetzt, die im Wesentlichen große Teile der Machtkompetenzen über das Erdöl von privaten GrundbesitzerInnen, hin zum venezolanischen Zentralstaat lenkte. Im Kern war der Regierung Gómez´ und den folgenden (vor allem bis 1958) gemein, die Modernisierung Venezuelas, in Bezug auf Infrastruktur und Militär, voranzutreiben. Gleichzeitig verfolgten all diese Regierungen eine positivistische Politik, die offen rassistisch war und sich gegen grundlegende demokratische Ideale stellte (Ellner 2008: 34ff.).
Auf struktureller Ebene, machte es die Erdölförderung notwendig, einen stärker zentralisti-

schen Nationalstaat zu errichten, um die Kontrolle über die Förderungen zu optimieren.
AutorInnen wie etwa Asdrúbal Baptista (2010)[1997] sehen in dem Aufbau des Erdölstaates eine zunehmende Entfremdung des Staates gegenüber der Gesellschaft. Begründet wird dies mit der Unabhängigkeit von Produktionsprozessen, die dem Staat durch die Abschöpfung von Erdölrenten zufällt. Auch Korruption und Misswirtschaft, sowie die Elitenbildung innerhalb von Staatsapparaten, werden hier immer wieder in den Zusammenhang mit Rentierstaaten gebracht. Die Militärregierungen Venezuelas und ihr Handeln, können daher aus dieser Sichtweise auch auf die strukturellen Bedingungen zurückgeführt werden, die durch die Abhängigkeit von der Erdölrente entstehen.
Dem theoretischen Rahmen dieser Arbeit folgend, muss allerdings in Zweifel gezogen werden, dass die Unabhängigkeit von produktiven industriellen Tätigkeiten, staatliches Handeln losgelöster von gesellschaftlichen Prozessen interpretierbar werden lässt. Aus einer regulationstheoretischen Sicht muss nämlich festgehalten werden, dass kapitalistische Staaten immer, auch wenn die Erdölrente den wesentlichen Faktor zur Akkumulation darstellt, ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis darstellen. Wie bereits in der theoretischen Abhandlung dieser Arbeit erwähnt, spielt dabei vor allem die Betonung der ökologischen Restriktion und ihrer konkreten gesellschaftlichen Ausgestaltung eine wesentliche Rolle. Das strukturelle Moment staatlichen Handelns bekommt dadurch eine gewisse Prägung und bildet aus der Sichtweise der marxistischen Staatstheorie auch eine mit relativer Autonomie gegenüber Veränderungen in der ökonomischen Basis ausgestatteten Apparatenkomplex heraus (Vgl. Poulantzas 2002). Für die Periode der unterschiedlichen Militärregierungen muss allerdings festgehalten werden, dass die Einnahmen aus dem Erdölsektor zunächst vor allem zur Untermauerung der eigenen Legitimität genutzt wurden. Die Errichtung von ersten exklusiven wohlfahrtsstaatlichen Ensembles war dabei in den meisten lateinamerikanischen Staaten ein wesentliches Charakteristikum der ISI-Periode. Der exklusive Charakter dieser Sozialpolitik resultiert wie in anderen lateinamerikanischen Ländern zumeist aus der nur auf formell beschäftigte Männer beschränkten Vergabe dieser Zuwendungen (Roberts 2012: 2f.). Eine hegemonialer Block war daher nicht nur durch die KapitalistInnenklasse gestützt, sondern auch wesentlich durch formell beschäftigte Lohnabhängige, die durch die steigenden Erdöleinnahme eine Verbesserung ihrer Lebensstandards verzeichnen konnten und in der Folge eine (im Vergleich zum europäischen Fordismus sehr kleine) Mittelschicht bildeten. Ein wesentlicher Faktor in diesem Zusammenhang stellt auch die gewerkschaftliche Organisation der Lohnabhängigen dar. Wie auch Steve Ellner (2005: 56) hervorhebt, sind diese in Venezuela um die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts vor allem so organisiert, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in ihre

Strukturen eingebunden wurde und diese Einbindung vor allem auch mit einer Abhängigkeit gegenüber den dominanten politischen Kräften einherging.

6.2.3 Wirtschaftspolitik und die paktierte Demokratie

Wie José Guerra und Oswaldo Rodríguez (1998: 14ff.) unterstreichen, waren die letzten zehn Jahre vor dem Punto-Fijo-Pakt, also der Etablierung der paktierten Demokratie, von hohen Wachstumsraten, verbunden mit einer niedrigen Inflationsrate charakterisiert. Als einer der wesentlichen Faktoren für diese Entwicklung, werden die relativ hohen Staatsausgaben der Militärregierung angegeben, die die Wirtschaft ankurbelten. Gleichzeitig muss aber auch die gute Ausgangslage auf dem weltweiten Rohstoff- bzw. Erdölmärkten und die Möglichkeit (relativ) autonomer Währungspolitik in Betracht gezogen werden, soll dieser Dynamik hinreichend Genüge getan werden. Besonders die ressourcenintensive Industrieproduktion und der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, hielten die Erdölpreise auf einem stabilen Niveau. Die Einnahmen flossen in Venezuela vor allem über staatliche Kanäle ins Land. Wie Steve Ellner (2008: 46f.) betont, ist die Regentschaft von Marcos Pérez Jiménez in wirtschaftspolitischen Fragen differenziert zu betrachten. Während langläufig die Meinung vertreten wird, seine Regierung hätte venezolanische Interessen an ausländische InvestorInnen „verkauft“, so müssen auch zum Teil nationalistische Projekte in den Blick genommen werden. Pérez Jiménez verstaatlichte etwa mit CANTV Teile des Telekommunikationssektors, oder baute unterschiedliche Industriezweige mit Anschluss an die Erdölindustrie auf. Wird allerdings der weitaus bedeutendere Erdölsektor in den Blick genommen, so zeigt sich, dass unter Jiménez eine noch stärkere Konzessionsvergabe an ausländisches Kapital vorgenommen wurde, als in den Vorjahren. Die in Abbildung 1 präsentierten Daten für 1967 zeigen, wie sich diese Entwicklungen mehr als ein Jahrzehnt später noch immer fortsetzten.

Mit dem Sturz der Militärregierung von Jimenez kam es zur Einführung der paktierten Demokratie, also einer Aufteilung der politischen Macht zwischen der sozialdemokratischen *Acción Democrática* (AD) und dem christlich-sozialen *Comité de Organización Política Electoral Independiente* (COPEI), den beiden bedeutendsten politischen Parteien, die sich in der Folge bis in die 1990er Jahre an der Macht halten konnten. Gleichzeitig bedeutete der Punto-Fijo-Pakt (benannt nach dem Gründungsort der paktierten Demokratie) aber auch eine Allianz mit der größten gewerkschaftlichen Organisation dieser Zeit, der AD-nahen *Confederación de Trabajadores de Venezuela* (CTV), sowie dem UnternehmerInnenverband (FEDECAMARAS), dem noch immer bedeutenden Militärapparat und der Kirche. Von Bedeutung ist auch der Ausschluss anderer politischer Bündnisse aus diesem Machtblock und seinen Ressourcen.

Die kommunistische Partei Venezuelas gehörte beispielsweise zu jenen Fraktionen, die in den Jahren der Punto-Fijo-Regierungen keine Rolle spielen konnte (López Maya 2011: 40f.). Der korporatistische Charakter dieses Paktes sollte die venezolanische Gesellschaft in den folgenden Jahrzehnten prägen und resultierte vor allem in einer relativ passiven Haltung der Bevölkerung gegenüber ihrer Möglichkeit zur politischen Partizipation (Herdin 2005: 101). In den ersten Jahren nach der Absetzung der Militärregierungen kam es allerdings zu ökonomischen Problemen, die vor allem mit einsetzender Kapitalflucht zu tun hatten. In diesem Zusammenhang wurden 1960 Devisenkontrollen eingeführt, um dieser zu entgegnen und der zunehmenden Entwertung der venezolanischen Währung entgegenzuwirken.

Gerade die immer stärker werdende Erdölabhängigkeit machte es allerdings immer schwieriger, die Wirtschaft im Gleichgewicht zu halten. Aus Abbildung 2 wird zunächst erkennbar, dass der Erdölpreis in den ersten Jahren nach dem Punto-Fijo-Pakt im Sinken begriffen war. Ein Umstand, der ebenfalls zur ökonomischen Instabilität des Landes beitrug. Mit der Gründung der OPEC im Jahr 1960 wurde auf internationaler Ebene ein Versuch unternommen, der Volatilität der Erdölpreise auf dem Weltmarkt entgegenzuwirken. Die von Iran, Irak, Saudi-Arabien und Kuwait mitgetragene Initiative stellt eine der erfolgreichsten Unternehmungen von primärgüterexportierenden Ländern dar, mittels Süd-Süd-Kooperationen eine Erhöhung der auf dem Weltmarkt erzielten Einnahmen für ihre Produkte durchzusetzen (Melcher 2005: 142f.).

Damit einhergehend waren auch die Bestrebungen verbunden, die venezolanische Erdölindustrie zu verstaatlichen. Unter den (ersten) Regierungen von Rafael Caldera und Carlos Andrés Pérez wurden die Weichen hierfür gestellt und eine gänzlich andere Situation war schließlich aufgrund des Erdölbooms von 1974 erreicht. Die Erdölpreise kletterten in dieser Phase auf ein Vielfaches der Vorjahre und mit dem Rückenwind dieser Entwicklungen entstand auch die bis heute existierende *Petróleos de Venezuela S.A.* (PDVSA). Die damit einhergehende Verstaatlichung des Erdölsektors war auch in seinem nationalistischen Entwicklungsplan „*La Gran Venezuela*“ vorgesehen, der zum Ziel hatte, durch Importsubstituierung für eine Diversifizierung zu sorgen. Die finanziellen Verluste für den Privatsektor hielten sich auch nach diesen Maßnahmen allerdings in Grenzen, wurden doch mittels Subventionen und Kreditvergaben große Teile der staatlichen Einnahmen in die Privatwirtschaft geleitet. Im Erdölsektor wurde zwar Privatbesitz an die PDVSA übertragen, der Klassencharakter des Unternehmens blieb allerdings bestehen, zumal vor allem im Management keine größeren personellen Änderungen vorgenommen wurden (Rojas-Kienzle 2012: 29). Das Problem für private KapitalistInnengruppen bestand allerdings vielmehr in dem Verlust von direkter Macht über

den Erdölsektor und der Errichtung eines starken Staates (Boeckh 2011: 407).
Besonders dieser Erdölboom und die damit einhergehende politische Rhetorik rascher aufholender Entwicklung, schafften eine (wie sich herausstellen sollte) Illusion einer stabilen, auf produktivem Wachstum basierenden Ökonomie. Der Erdölpreis stieg innerhalb kürzester Zeit und so war es in diesen Jahren der Regierung möglich, ihren hegemonialen Block weiterhin zu bestätigen, indem der mittlerweile auch durch eine größere Mittelschicht verfügende Bevölkerung, ein kontinuierlicher Modernisierungsprozess versprochen wurde, welche ihr schon bald den ökonomischen Anschluss an die Industrienationen ermöglichen sollte (Wilpert 2007: 13). Wie allerdings schon aus den theoretischen Ausführungen der vorliegenden Arbeit leicht erkennbar wird, war vor allem das auf Erdöl fokussierende Wirtschaftssystem und die Importabhängigkeit von einem Großteil der in Venezuela konsumierten Güter, der wesentliche Stolperstein, der diesen Trugschluss im Anschluss auch aufdecken sollte.

6.2.4 Rückschlüsse aus der Phase der importsubstituierenden Industrialisierung

Die Charakteristika der ISI-Phase sind in Venezuela auf den ersten Blick nicht direkt mit jenen anderer lateinamerikanischer Staaten vergleichbar. Die venezolanische Wirtschaft wurde aufgrund der Erdölförderungen umstrukturiert und konnte sich in einem relativ hohen Maß von den Limitationen, die die spanische Kolonialherrschaft etabliert hatte lösen. Das Resultat war allerdings eine enorme Abhängigkeit vom Erdölsektor. Die geringen Möglichkeiten zur industriellen Diversifizierung, die durch die Deviseneinnahmen aus der Erdölindustrie resultierten, konnten zwar zum Teil kompensiert werden, der teilweise Aufbau industrieller Strukturen blieb allerdings limitiert. Auf Seiten der Akkumulation lässt sich hier von einer Extraversion einer rohstoffbasierten produktiven Akkumulation sprechen. Produktivitätsfortschritte werden im Wesentlichen extensiv erzielt, die Abhängigkeit von Erdöl macht allerdings auch hier eine Differenzierung notwendig, zumal ein relativ hoher Anteil an importierter Technologie nötig wird, um hier für mehr Produktivität zu sorgen. Hier sorgt eine Intensivierung, neben den bereits erwähnten Abhängigkeitsstrukturen, für einen weiteren verschärfenden Faktor.
Während im Bereich der Akkumulation auch die Subsistenzproduktion weiterhin eine starke Rolle spielt (vor allem unter jenen Teilen der Bevölkerung, die ihr Überleben nicht allein durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft bestreiten können), zeigt sich im Bereich der Regulation eine deutliche Herausbildung aktiver Hegemonie bei einem großen Teil der formell beschäftigten Bevölkerung. Zunächst ist dadurch zum Teil die Aufrechterhaltung der Militärregierun-

gen zu interpretieren, und später auch die Zustimmung der Bevölkerung zum starren System der paktierten Demokratie. Die Aussicht auf den Aufstieg bzw. die Etablierung in einer neuen Mittelschicht war hier wohl Ende der 1960er Jahre eine der treibenden Kräfte. Bezüglich des Lohnverhältnisses zeigt sich also, dass sich die Situation vor allem für formell Beschäftigte aufgrund der wohlfahrtsstaatlichen Zuwendungen verbesserte, für jene Lohnabhängigen die allerdings informell beschäftigt waren, blieb vor allem die Beibehaltung von Subsistenzproduktion zur Bestreitung des Lebensunterhalts.

Die Verquickung heimischer Kapitalgruppen mit den Staatsapparaten führte einerseits zu einer Umverteilung der Erdölrenten, die zum Teil die relativ erfolgreiche Industrialisierung erklärten, später aber auch für Korruption verantwortlich gemacht wurden. Der Einfluss ausländischen Kapitals blieb während der gesamten ISI-Phase relativ hoch.

Die ISI-Periode verringerte so alles in allem dennoch die soziale Ungleichheit, wenn auch grundlegende gesellschaftliche Kräfteverhältnisse sich reproduzierten. Gerade auch die Situation der gewerkschaftlichen Organisation spiegelt diesen Zustand wider, da auch hier nur ein Teil der Bevölkerung wirklich in das korporatistische System integriert war, gleichzeitig aber auch erstmalig die Stellung der ArbeiterInnen verbessert wurde. Während sich hier also eine Konkurrenzsituation innerhalb der ArbeiterInnenklasse abzeichnet, wird auch in der KapitalistInnenklasse eine klare Verschiebung, weg von GrundbesitzerInnen hin zu (zum Teil stark international orientierter) InvestorInnen in den Erdölsektor und daran anknüpfenden Industrien, deutlich. Dabei muss sowohl für die Zeit der Militärregierungen als auch die korporatistische Phase der paktierten Demokratie festgehalten werden, dass die venezolanischen Staatsapparate durch die Fokussierung auf den Erdölsektor und die staatliche Einflussnahme auf ebendiese, aufs Engste mit privatwirtschaftlichen Gruppen in Verbindung standen. Der venezolanische Staat erhält dadurch den Charakter einer zentralistischen und stark exklusiven Konstellation, die einen großen Teil der Bevölkerung weitestgehend von Mitbestimmung ausschließt. Zur Legitimation und dem Erhalt des hegemonialen Blocks konnten allerdings die hohen Einnahmen aus dem Erdölsektor und der kontinuierliche ökonomische Aufschwung bis in die 1970er Jahre genutzt werden. Auf internationaler Ebene spielen vor allem die Gründung der OPEC und der Aufbau strategischer Partnerschaften eine zentrale Rolle, um die Position Venezuelas (zumindest vorübergehend) zu stärken. Der Grad der Abhängigkeit vom Erdölsektor wird allerdings deutlich, als es zu einem Verfall der Erdölpreise kommt und somit nicht nur in der Ökonomie sehr schnell große Wachstumseinbrüche auftreten, sondern auch die politische Sphäre vor Legitimationsschwierigkeiten steht. Der relativ autonome Charakter staatlichen Handelns erlaubt es allerdings, die staatlichen Strukturen ohne grundlegende Ver-

änderungen auch in die folgende Periode zu übertragen.

Mit der neoliberalen Periode kommt es allerdings dennoch zu grundlegenden Veränderungen, die, wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird, die kapitalistischen Widersprüche in einem Maß verschärfen, das so starke Bruchstellen im hegemonialen Block eröffnet, dass es emanzipatorisches Handeln anstelle von passiver Hegemonie für die breite ArbeiterInnenklasse möglich macht.

Zuvor soll allerdings mit Tabelle 1 und 2 noch ein in tabellarischer Form angeführter und von Novy (2007) inspirierter zusammenfassender Überblick über die Charakteristika der ISI-Periode gegeben werden.

Tabelle 1: Typisierung der Akkumulation in der ISI-Phase Venezuelas

Typisierungsachse	**Ware/Staat/soziale Eigenlogik**
Die Verbindung der kapitalistischen mit anderen Produktionsweisen	Subsistenzwirtschaft hat während der ISI-Phase in Venezuela eine große Bedeutung für eine Vielzahl der in ruralen Gebieten lebenden Menschen. „Moderne“ produktive Tätigkeiten, welche für einen Großteil der Mehrwerterzeugung zuständig sind, konzentrieren sich vor allem auf den Erdölsektor. Unter den verschiedenen Militärdiktaturen wird zudem eine Zentralisierung vorangetrieben, welche die räumliche Dimension der kapitalistischen Strukturen verstärkt in urbane Gebiete lenkt.
Produktive vs. finanzialisierte Akkumulation	Mit der Entdeckung bzw. der industriellen Förderung des Erdöls, wird Venezuela zu einer auf produktiver rohstoffbasierter Akkumulation basierenden Ökonomie. Dennoch entstand ein vergleichsweise stark ausgeprägter industrieller Sektor, dessen Entwicklung vor allem auf gesellschaftliche Mechanismen zurückzuführen ist, die die Erdölrente vor allem ab den 1960er Jahren in diese Richtung lenkten.
Intensive vs. extensive Akkumulation	In den Sektoren, die nicht für die industrielle Förderung von Erdöl zuständig sind, wird Mehrwert primär extensiv akkumuliert. Die Förderung von Erdöl erfordert allerdings zunächst einen größeren technologischen Input und den Import bzw. die Verwendung von Kapitalgütern. Die Notwendigkeit zur Intensivierung verschärft hier die Abhängigkeit von ausländischen Produkten. Eine Produktivitätssteigerung wird in weiterer Folge allerdings auch in diesem Sektor nicht erzielt. Wachstum wird vielmehr über den Handel generiert.
Intra- vs. Extraversion	Bereits seit der Kolonialzeit war die venezolanische Ökonomie auf den Export von Rohstoffen bei gleichzeitigem Import von Manufakturgütern spezialisiert. Mit der industriellen Förderung von Erdöl verstärkt sich dieser Trend. Bemühungen, Importe zu substituieren werden zwar unternommen, waren allerdings

	aufgrund der Abhängigkeit von der Erdölförderung nur von bedingtem Erfolg und verfestigten die dominierende Extraversion der Akkumulation.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Tabelle 2: Typisierung der Regulation in der neoliberalen Phase Venezuelas

Typisierungsachse	**Ware/Staat/soziale Eigenlogik**
Das Lohnverhältnis	Vor allem für formell beschäftigte Personen brachte die industrielle Förderung des Erdöls zunächst einen deutlichen Aufschwung und resultierte in einer relativ stark ausgeprägten Mittelschicht und der Republik Venezuela als jenes Land Lateinamerikas mit dem höchsten BIP pro Kopf. Wohlfahrtstaatliche Zuwendungen waren hier ebenfalls Teil der Vorteile, die eine formelle Beschäftigung mit sich brachte. Die waren allerdings hauptsächlich Männern zugesichert. Frauen und im informellen Sektor tätige Personen waren von diesen Arrangements zumeist ausgeschlossen. Anhand der gewerkschaftlichen Struktur des Landes, kann ebenfalls gezeigt werden, dass diese sich vor allem an formell beschäftigte Männer wandte. Der soziale Ausgleichskonsens während der Punto-Fijo-Regierung sorgte allerdings dafür, dass ein allgemeiner Aufschwung sozialpolitischer Maßnahmen zu verzeichnen war.
Das Konkurrenzverhältnis	Wettbewerb hatte aufgrund des staatlichen Einflusses im Erdölsektor und dessen Bedeutung in Venezuela während der ISI-Phase einen sehr stark politisierten Charakter. Die Militärregierungen, aber auch die demokratischen Parteien nutzten diese Position, um Einfluss auf die Vergabe von Konzessionen und Bauaufträgen zu vergeben. Staatliches Kapital war in der ISI-Phase von übergeordnetem Einfluss. Mit der Gründung der OPEC konnte zudem über eine relativ lange Zeit auch auf internationaler Ebene die Stellung Venezuelas verbessert und gefestigt werden. Die partielle Verstaatlichung der Erdölindustrie in den 1970er Jahren verschob das Konkurrenzverhältnis zudem weg von privaten Kapitalgruppen, hin zum venezolanischen Staat. Dieser repräsentierte allerdings weiterhin vorrangig die Interessen der KapitalistInnenklasse. Daher wurden durch diese Maßnahmen eher staatliche Eliten gestärkt, als dass substantielle Machtverluste bei der nationalen KapitalistInnenklasse zu verzeichnen wären.
Die monetäre Restriktion	Nachdem der Goldstandard aufgehoben wurde, etablierte sich der Bolívar als eine der stärksten Währungen Lateinamerikas. Abgesehen von höheren Inflationsraten nach Antritt der demokratischen Regierung des Punto-Fijo-Pakts, konnte diese während der ISI-Phase weitgehend stabil gehalten werden. Gleichzeitig erlaubte die autonome Ausgestaltung der Währungspolitik der

	venezolanischen Regierung gegenüber dem stark volatilen und Abhängigkeiten erzeugenden Erdölmarkt, eine vergleichsweise zielgerichtete Währungspolitik. Diese war allerdings dennoch von der „holländischen Krankheit“ geprägt. Das heißt, aufgrund der Exporteinnahmen aus dem Erdölsektor kam es zu einer starken Überbewertung, die den Rest der venezolanischen Industrie schwächte.
Ökologische Restriktion	Die Spezialisierung der Ökonomie auf den Erdölsektor verfestigt ein Produktionsmodell, welches primär auf die Ausbeutung der natürlichen Umwelt abstellt. Abgehsehehen von der Frage nach der Tragfähigkeit der Ökosysteme, so ist mit der sozialen Komponente der ökologischen Restriktion auch die Verteilungsfrage der Renten angesprochen. Diese fließen zwar zunächst zu einem Teil ins Ausland bzw. werden für modernistische, ressourcenintensive Projekte verwandt, werden aber mit der paktierten Demokratie und der Verstaatlichung der Erdölindustrie auch zunehmend in nationale Interessen investiert.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

6.3 Die neoliberale Phase

Die Krise der ausgehenden 1970er- und beginnenden 1980er Jahre traf einen Großteil der lateinamerikanischen Staaten mit voller Wucht. Wie bereits einleitend erwähnt, war das vorrangige Mittel zur Bearbeitung der Krise eine Zurückweisung des „Entwicklungsstaates“ und seines zum Teil auf keynesianischer Politik aufbauenden Wirtschaftssystems. An dessen Stelle kamen vor allem westlich dominierte internationale Finanzinstitutionen ins Spiel, deren Auflagen für die Gewährung von Hilfskrediten vor allem an Privatisierungen und Handelsliberalisierungen gebunden waren. Im Fall Chile etwa, wurden diese Maßnahmen entgegen der vordergründig auf individuelle Freiheit abstellenden Ideologie des Neoliberalismus, vermittels autoritärer Regierungen durchgesetzt (Vgl. Becker/Fischer/Jäger 2003).

Um die wesentlichen Charakteristika dieser Periode für Venezuela (etwa 1983 – 1998) aufzuarbeiten, sollen im Folgenden wesentliche Punkte für eine Analyse anhand der regulationstheoretischen Typisierungsachsen aufgearbeitet werden.

6.3.1 Strukturanpassung und soziale Ungleichheit

In Venezuela brachte die Krise eine zum Teil noch dramatischere Öffnung der sozialen Kluft mit sich, als dies in anderen Ländern des Kontinents der Fall war. Allein das Pro-Kopf-Einkommen sank seit dem Ende der Boomphase 1979 bis in die Mitte der 1990er Jahre um

mehr als 20%. Ebenfalls zu dieser Zeit wurde der Arbeitsmarkt in einer Weise umstrukturiert, in der ein großer Teil vormals formell beschäftigter Personen nun in informellen Tätigkeiten ihren Lebensunterhalt finanzierten (Müller 2005: 166f.).

Grund dafür waren die Strukturanpassungsprogramme, die auf Druck des IWF und der Weltbank 1989 vom damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez, entgegen seiner Wahlversprechen, die ihn zum letzten aus der Punto-Fijo-Runde stammenden Präsidenten machten, umgesetzt wurden und die venezolanische Regierung einen Schwenk hin zur neoliberalen Ideologie vollziehen ließen. Dabei waren typische neoliberale Maßnahmen auch für Venezuela geplant, denn die Verschränkung des Staates mit den wirtschaftlichen Aktivitäten sollte aufgebrochen werden, um die venezolanische Ökonomie verstärkt vom Privatsektor abhängig zu machen. Damit einhergehend, sollten Subventionen und Gehälter gekürzt, sowie Handelsbeschränkungen (Zölle, Kapitalverkehrskontrollen, u.ä.) beseitigt werden (ebd.: 166f.). Die Stellung der Lohnabhängigen wurde zudem geschwächt, als einerseits wohlfahrtsstaatliche Zuwendungen stark gekürzt wurden und andererseits die verbleibenden sozialpolitischen Maßnahmen vor dem Hintergrund steigender Informalisierung der Arbeitsverhältnisse, einem immer kleineren Teil der Bevölkerung zukamen. Die gewerkschaftliche Dachorganisation CTV, die bis dahin ohnehin nicht annähernd die Gesamtheit der Bevölkerung repräsentierte, wurde in diesem Zusammenhang später noch weiter geschwächt, da durch den Bedeutungsverlust der Punto-Fijo-Politik nach der Abwahl Pérez, auch die CTV mit ihrer engen Verstrickung zur AD wesentlich an Einfluss verlor (Vgl. Ellner 2005).

Die massiven Einschnitte im Sozialstaat und die deutliche Verschiebung des Lohnverhältnisses hin zur (internationalen) KapitalistInnenklasse, eröffneten allerdings auch neue Dynamiken in der Gesellschaft, denn innerhalb der Bevölkerung bzw. des erweiterten Staates kam es zudem zu Bruchstellen im herrschenden hegemonialen Gefüge. Die dominanten KapitalistInnenklassen konnten sich bis zur neoliberalen Wende einer breiten Unterstützung in Staatsapparaten, dem Militär, den größten Gewerkschaften, der Kirche, aber auch vor allem jenes Teils der ArbeiterInnenklasse, welcher eine Mittelschicht bildete, sicher sein. Diese Einheit geriet allerdings vor allem durch die Erosion der Letzteren ins Wanken. War zunächst noch das Versprechen einer Modernisierung des Landes nach dem Vorbild der Industrienationen ein großes Thema für die ProfiteurInnen der Erdölindustrie, so wurde innerhalb kurzer Zeit deutlich, dass die Instabilität des venezolanischen Wirtschaftssystems eine solche Entwicklung verhindern würde (Wilpert 2007: 13).

Der Ärger über diese Veränderungen entlud sich 1992 im sogenannten *caracazo*, sozialen Unruhen, die sich gegen die Verschärfung der Ungleichheit und die nicht eingelösten Wahl-

versprechen von Präsident Pérez wandten (López Maya 2011: 43). Der *caracazo* hatte allerdings noch eine wesentlich größere Bedeutung als die eines einmaligen Protests. Abgesehen von den gewalttätigen Auseinandersetzungen, kann hier von einer klaren Bruchstelle im hegemonialen Gebilde Venezuelas gesprochen werden, in dem sich unterschiedlichste soziale Gruppen, wie Bewegungen für Menschenrechte, ArbeiterInnenverbände, Initiativen für progressive Bildungsprogramme, aber auch beispielsweise indigene Bewegungen formierten und auf zivilgesellschaftlicher Ebene erheblichen Druck auf die neoliberal gelenkten Staatsapparate ausübten (Azzellini 2007: 19ff.).

6.3.2 Ökonomische Implikationen der Strukturanpassung

Wie bereits zuvor erwähnt, war die dominante Stellung des venezolanischen Staates der venezolanischen Bourgeoisie schon seit der Verstaatlichung in der ersten Regierungsphase Pérez´ ein Dorn im Auge. Mit der neoliberalen Umstrukturierung und einem marktradikalen Diskurs wurde diesem Unmut Ausdruck verliehen und Privatisierungen sollten das Kräfteverhältnis zwischen der staatlichen Kontrolle und den Interessen der KapitalistInnenklasse wieder stärker zugunsten Letzterer lenken (Boeckh 2011: 407f.).

Der ökonomische Hintergrund dieser Machtverschiebung zugunsten der Bourgeoisie war zunächst, wie in vielen anderen lateinamerikanischen Staaten die Zahlungsunfähigkeit der Auslandsschulden voran gegangen. Die in Abbildung 2 ersichtliche Entwicklung des Weltmarktpreises für Erdöl bzw. dessen drastische Abnahme, macht deutlich, dass die Staatsverschuldung Venezuelas, die zum Zeitpunkt der Krise ein erhebliches Ausmaß erreicht hatte, welches nur durch die zuvor hohen Erdölrenten finanzierbar war, mit dem Ölpreisschock nicht mehr tragbar war. Um die daraus resultierende Zahlungsunfähigkeit des venezolanischen Staates zu kompensieren war von internationaler Seite die Unterordnung der Politik unter den Willen der internationalen Finanzinstitutionen nötig. Obwohl Carlos Andrés Pérez vor seiner zweiten Präsidentschaft ab 1989 im Vorfeld der Wahlen beteuerte, dass keine neoliberalen Reformen unter seiner Regierung durchgeführt werden sollten bzw. die Lebensstandards der Bevölkerung keine Verschlechterung erfahren würden, sah die Realität jedoch anders aus (Herdin 2005: 102). Neben Privatisierungen im Bereich Elektrizität und Kommunikationswesen sowie der Abwasserindustrie und zahlreichen Schlüsselindustrien, die auf dem Privatisierungsgesetz von 1992 basierten, kam es außerdem zu einer Abwertung der venezolanischen Währung (Bolívar) mit dem (zeitweilig erfolgreichen) Ziel der Inflationsbekämpfung und einer Flexibilisierung der Arbeit. Im Zuge dieser Maßnahmen kam es zudem zu einer stärkeren Bedeutung des Finanzsektors und anderer spekulativer Tätigkeiten (Ellner 2008: 92; Herdin 2005: 102).

Wie zuvor beschrieben, verschlechterten diese Maßnahmen die Situation der arbeitenden Klassen erheblich. Mit dem Aufstand ebendieser wurde die Legitimität der Punto-Fijo-Regierung schließlich endgültig zerschlagen, nachdem bereits in der Mitte der 1970er der hegemoniale Block einige Brüche aufzeigte, als sich im Kontext der Privatisierung der Erdölindustrie, eine Vielzahl von UnternehmerInnen zunehmend abwandte (Boeckh 2011: 407). Mit der Abwahl Pérez Mitte der 1990er Jahre kam es schließlich zur ersten Regierung, die nicht von einer Partei angeführt wurde, die aus dem Punto-Fijo-Bündnis stammte. All diese Entwicklungen legten die ersten Bruchstellen des hegemonialen Gefüges offen und bereiteten den Boden für emanzipatorische Handlungen (Herdin 2005: 103), die im Abschnitt zur postneoliberalen Phase beschrieben werden. Zuvor sollen allerdings noch einige Rückschlüsse aus den obigen Ausführungen zur neoliberalen Phase gezogen werden.

6.3.3 Rückschlüsse aus der neoliberalen Phase

Die neoliberale Phase hinterließ am Ende des vergangenen Jahrtausends eine ausufernde Armutsrate, welche zu einem großen Teil aus der Beschneidung öffentlicher Ausgaben und der dadurch erzeugten Schrumpfung des nicht aus dem Erdölsektor erwirtschafteten BIPs hervorging. Diese Sparpolitik, gepaart mit einer restriktiven Geldpolitik zeigt, dass die Umsetzung neoliberaler (monetaristischer) Politik zwar zu einer zeitweiligen Reduktion der Inflation geführt hat (Vgl. Baptista 2006), diese allerdings nicht zum unmittelbaren Vorteil der Lohnabhängigen und Marginalisierten ihren Niederschlag fand. Im Bereich des Lohnverhältnisses muss hier von einer dramatischen Verschiebung zugunsten der KapitaleignerInnen gesprochen werden, welche die Kosten der Krise zu Beginn der 1980er Jahre vor allen Dingen der ArbeiterInnenklasse auferlegen konnte. Besonders im Umgang mit der Inflation zeigt sich, dass während dieser Periode die Geldwertstabilität zwar zum Ziel der Regierung erklärt wurde, diese allerdings wiederum mit sinkenden Beschäftigungsraten und einer Erhöhung der Armut einherging. Eine sinkende Inflationsrate war in diesem Zusammenhang also zur Armutslinderung nicht geeignet, denn weder die Beschäftigungssituation noch die Löhne wurden hinsichtlich ihrer Bekämpfung angepasst (Vgl. Müller 2005: 166f.). Die schwache gewerkschaftliche Vertretung besonders jener Menschen, die knapp an der Armutsgrenze lebten und später unter diese gerieten stellt hier einen zentralen Faktor dar und muss im Kontext der strukturellen Heterogenität interpretiert werden. Die monetäre Restriktion und ihr gesellschaftlich umkämpfter Charakter erweist sich hier also wiederum als verstärkt durch dominante Interessen der KapitalistInnenklasse vertreten.

Bezüglich des Konkurrenzverhältnisses stellt sich hier auch eine deutliche Dominanz der ex-

portorientierten Klassen dar. Der hegemoniale Einfluss der internationalen Finanzinstitutionen zeigt in diesem Zusammenhang mit der Liberalisierung und der Privatisierung seinen Niederschlag. Vor allem die partielle Internationalisierung des Erdölsektors ermöglicht dabei international ausgerichteten Kapitalgruppen eine verstärkte Anteilnahme an der Rentenabschöpfung. Da es gleichzeitig zu einem Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten außerhalb des Erdölsektors kam, ist davon auszugehen, dass einerseits die Abhängigkeit von einer rohstoffbasierten produktiven Akkumulation verstärkt wurde und gleichzeitig Finanzialisierungsprozesse an Bedeutung gewannen, da sich rentable Investitionen in andere produktive Bereiche in noch begrenzterem Maß vorfinden ließen.

Das widersprüchliche Verhältnis zwischen den Einnahmen von Devisen aus den exportierenden Sektoren und der gleichzeitigen Abhängigkeit von Importen von einerseits den Luxusgüter der KapitalistInnenfraktionen und andererseits der Basisgüter der abhängigen Klassen, stellte eine wesentliche Herausforderung für die Regulationsmechanismen des Neoliberalismus dar. Anfang der 1990er Jahre sprechen wesentliche Faktoren wie etwa der *caracazo* für eine (wenn überhaupt) nur passiv bestehende Hegemonie des Neoliberalismus, die mit der zunehmenden Verschärfung der sozialen Lage immer stärkere Brüche aufwies. Zum einen wird die paktierte Demokratie zum ersten Mal seit ihrer Einführung abgewählt (durch einen Herausforderer, der die neoliberale Politik dennoch weitertrug) und zum anderen entlud sich der Zorn über die wachsende soziale Ungleichheit in sozialen Protesten. Es zeigt sich also, dass Venezuela hinsichtlich der Frage nach einer Kontinuität struktureller Limitationen, auch nach der neoliberalen Phase (bzw. dadurch zum Teil sogar verschärft) vor der Herausforderung einer hohen Abhängigkeit vom Erdölsektor und einer wachsenden Ungleichheit steht. Es wurde bereits hinreichend darauf hingewiesen, dass diese Prozesse aus einer politökonomischen Perspektive als gesellschaftlich umkämpft anzusehen sind und daher in ihrer jeweiligen Ausgestaltung von den Resultaten konkreter Kämpfe abhängen.

Diese aus der Widersprüchlichkeit des Kapitalismus selbst resultierende Dynamik lässt allerdings auch immer Bruchstellen, in denen emanzipatorisches Handeln möglich wird, zu. Die politischen Umbrüche der 1990er Jahre lassen in Venezuela auf eine zunehmende Verschiebung einer passiven Hegemonie hin zu offen ausgetragenen Konflikten schließen. Die, aufgrund von niedrigen Erdölpreisen und hohen Auslandsschulden stark erschöpfte rohstoffbasierte außenabhängige Akkumulationsweise, ist zu diesem Zeitpunkt nicht mehr durch eine passende Regulation temporär stabilisiert und vor dem Hintergrund einer ebenfalls nicht mehr gefestigten relativen Autonomie des venezolanischen Staates, ergaben sich Möglichkeiten für progressive soziale Kräfte, eine neue Form von Kompromiss und Konsens zu erarbeiten, um

die zu diesem Zeitpunkt verstärkt instabile Lage der venezolanischen Wirtschaft in passende gesellschaftlich ausgehandelte Bahnen zu lenken.

Um die genannten Punkte vor dem Hintergrund der regulationstheoretischen Analyse zu interpretieren, sollen die Tabellen 3 und 4 in strukturierter Form deutlich machen, wie die jeweiligen Typisierungsachsen von Akkumulation und Regulation in dieser Phase zu charakterisieren sind, um im Anschluss, aufbauend auf diesen Informationen, zum Hauptteil der Analyse – der „post-neoliberalen" Periode - überzugehen.

Tabelle 3: Typisierung der Akkumulation in der neoliberalen Venezuelas

Typisierungsachse	**Ware/Staat/soziale Eigenlogik**
Die Verbindung der kapitalistischen mit anderen Produktionsweisen	Durch die Krise auf der eine Seite und ihre Bearbeitung vermittels neoliberaler Politik auf der anderen Seite, wird die Situation der Lohnabhängigen deutlich verschärft und das Ansteigen von (extremer) Armut macht es notwendig, in verstärktem Ausmaß auf Formen der Subsistenzwirtschaft bzw. eine Beschäftigung im informellen Sektor zurückzugreifen.
Produktive vs. finanzialisierte Akkumulation	Der Versuch, produktive Tätigkeiten zu forcieren, wird in der neoliberalen Phase aufgegeben. Vielmehr konzentrieren sich (internationale) Kapitalflüsse verstärkt auf kurzfristig lukrative Anlagen, wie den Erdölsektor, oder Finanzanlagen. In der neoliberalen Phase beginnt sich das Gewicht der Investitionen in Richtung finanzialisierter Akkumulation zu verschieben.
Intensive vs. extensive Akkumulation	Produktivitätszuwächse sind für diese Periode nicht anzunehmen. Das Sinken des BIP im Kontext der Krise und die steigende Arbeitslosigkeit lassen zudem den Schluss zu, dass auch die extensive Akkumulationsstrategie keinen Zuwachs in der Mehrwertproduktion erzeugen kann.
Intra- vs. Extraversion	In der neoliberalen Phase werden die grundlegenden Prinzipien der ISI-Phase aufgegeben. Neben einer Öffnung selbst der staatlichen Erdölindustrie für ausländisches Kapital, kommt es in der gesamten Produktionsstruktur zu Eingriffen. Das weiterhin vorrangig auf Erdölexporten basierende Wirtschaftsmodell wird weiter vertieft, die abhängige Extraversion wird noch ausgeweitet.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Tabelle 4: Typisierung der Regulation in der neoliberalen Phase Venezuelas

Typisierungsachse	**Ware/Staat/soziale Eigenlogik**
Das Lohnverhältnis	Soziale Ausgleichsmechanismen, die anfangs einen der Eckpfeiler der Legitimität des Punto-Fijo-Paktes darstellten, werden in der neoliberalen Phase und unter Einfluss der internationalen Finanzinstitutionen aufgegeben. Die soziale Ungleichheit im Land verstärkt sich dramatisch und es kommt zur Erosion der Mittelschicht, die sich in der Folge als eine der Bruchstellen im hegemonialen Gefüge der neoliberalen Regulation herausstellt. Gleichzeitig zur (extremen) Armut, nimmt auch der Grad der Informalisierung der Arbeitsverhältnisse im Land zu. Besonders in ruralen Gebieten verschärft sich die Situation im Kontext niedrigster Löhne dadurch zunehmend, was zu einer steigenden Urbanisierung und sozialen Konflikten in den wachsenden Städten führt.
Das Konkurrenzverhältnis	Mit der neoliberalen Umstrukturierung bzw. der Krise verliert die alte Elite ihre Legitimität. Es kommt erstmalig zur Abwahl der paktierten Demokratie. Vor allem die nicht mehr gegebene Unterstützung der UnternehmerInnen ist hierfür ausschlaggebend. Die Verschränkung zwischen staatlichen Eliten und den jeweiligen KapitalistInnenfraktionen wird neu verhandelt und verschiebt sich zum Teil wieder zum Vorteil internationaler AnlegerInnen. Vor allem die Re-Privatisierung der Erdölindustrie und die damit einhergehende Öffnung für internationales Kapital sind hierfür ein deutliches Indiz.
Die monetäre Restriktion	Die Flexibilisierung der Wechselkurse lässt im Kontext der Strukturanpassungen nur sehr wenig Autonomie in der geldpolitischen Gestaltung zu. Die Problematik der Auslandsverschuldung verstärkt die abhängige Position Venezuelas zunehmend. Die negativen Auswirkungen können dabei von KapitalistInnen leichter kompensiert werden und es kommt relativ rasch zur Kapitalflucht. Hauptleidtragende dieser Entwicklungen sind die Lohnabhängigen.
Ökologische Restriktion	Die ökologischen Implikationen des auf Erdöl abstellenden Produktionsmodells bleiben bestehen und werden durch die Aufgabe der industriellen Diversifizierung noch weiter verstärkt. Im Bereich Verteilung gibt es allerdings eine Verschiebung zugunsten (internationaler) KapitalistInnenfraktionen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

6.4 Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts

Mit der am 6.12.1998 erfolgten Wahl von Hugo Chávez Frias zum Präsidenten der Republik Venezuela, wurde ein richtungsweisender Schritt auf dem lateinamerikanischen Kontinent getan. Dieser bestand (wie sich zeigen wird) vor allem darin, die durch die Widersprüche der neoliberalen Phase entstandenen Bruchstellen der herrschenden hegemonialen Verhältnisse zu nutzen, um seitens der lohnabhängigen Bevölkerung die Chance für emanzipatorisches Handeln wahrzunehmen.

Hugo Chávez, bereits seit 1992 und einem erfolglosen Putsch gegen Präsident Carlos Andrés Pérez bekannt, machte zunächst Karriere im venezolanischen Militär und war dort Mitbegründer des *Movimiento Bolivariano Revolucionario 200*, einer progressiven Bewegung, die sich 1997 in das *Movimiento Quinta República* (MVR) umbenannte und schließlich zur Basis Chávez´ für seine Präsidentschaftskandidatur wurde (Vgl. Azzellini 2007: 20f.).

Die dezidiert linke Ausrichtung dieser Bewegung wurde schon 1992 deutlich, als Chávez zunächst in Gefangenschaft geriet und später in einer Ansprache an die Nation sein politisches Ziel, die Unabhängigkeit Venezuelas und die Befreiung der arbeitenden Klassen von der neoliberalen Politik, verkündete (Vgl. Herdin 2005: 104).

Die bereits zuvor erläuterte Entwicklung Venezuelas, zu einem jener Länder Lateinamerikas mit der höchsten sozialen Ungleichheitsrate, schuf den Boden für seine Ideen und seine Wahl zum Präsidenten bestätigte den Willen der VenezolanerInnen, Veränderungen (vor allem im Bereich der Sozialpolitik) herbeizuführen (Vgl. López Maya 2011: 44).

Zwischen seinem Amtsantritt und seinem Tod am 5.3.2013 liegt nun eine durchgängige Regierungszeit, deren Erbe vom ehemaligen Gewerkschafter und Außenminister Nicolas Maduro übernommen wurde. Seine nur knappe Bestätigung in der Präsidentschaftswahl 2013 zeigt, dass die politische Unterstützung für Chávez´ PSUV (den Zusammenschluss der sozialistischen Bewegungen in Venezuela) in den letzten Jahren schwächer wurde, zumal sich auch im Projekt der „bolivarischen Revolution“ Widersprüche offenbarten (Wilpert 2007: 69). Sowohl die dennoch andauernde Regierung der PSUV und die mittlerweile breite Unterstützung anderer linker Regierungen in ganz Lateinamerika zeigen allerdings deutlich, dass eine Vielzahl von emanzipatorischen Veränderungen dennoch eingetreten ist.

Ziel der bisherigen Ausführungen in dieser empirischen Untersuchung der vorliegenden Arbeit war es, aufbauend auf einer regulationstheoretischen Konkretisierung dependenztheoretischer Abstraktion, strukturelle Kontinuitäten und Wandlungen seit der ISI-Periode herauszuarbeiten. Bevor nun Rückschlüsse für die gegenwärtige Situation Venezuelas gezogen werden können, soll vor allem die Periode des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, wie Chávez seine

Politik bezeichnete, untersucht werden bzw. ihre grundlegenden Charakteristika auf Basis der regulationstheoretischen Typisierungsachsen dargelegt werden. Diese, als „post-neoliberale" Periode bezeichnete Ära, ist, wie bereits erwähnt, in einem gesamtlateinamerikanischen Kontext als richtungsweisend zu betrachten. Das Präfix „post", in Kombination mit der neoliberalen Periode, soll schon im Vorfeld deutlich machen, dass es sich hier keinesfalls um einen Prozess handelt, dessen Dynamiken losgelöst von der historischen Abfolge der politischen und wirtschaftlichen Konstellationen in Venezuela zu interpretieren ist (Vgl. Fischer 2011). Vielmehr muss eine Analyse dieser Phase auch emanzipatorisches Handeln immer im Kontext der zuvor aufgebrochenen ökonomischen und institutionellen Arrangements sehen. Zu diesem Zweck werden in der Folge unterschiedliche Dimensionen dieses politischen Projekts dargestellt. Im Anschluss soll durch eine Zusammenführung der Erkenntnisse aus den verschiedenen Perioden eine Aussage darüber getroffen werden, inwieweit strukturelle Limitationen bzw. emanzipatorische Handlungen die momentane politische Landschaft Venezuelas bestimmen.

6.4.1 Die venezolanische Ökonomie zwischen Sozialismus und Erdöl

Bevor näher auf die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung Chávez eingegangen wird, ist es notwendig, einige Schlussfolgerungen über die dominanten Akkumulationsstrategien der post-neoliberalen Phase zu treffen. Wie bereits einleitend ausgeführt wurde, war das vergangene Jahrzehnt in Lateinamerika nicht nur von einer Reihe politischer Umwälzungen in Richtung linker Regierungen geprägt, sondern auch von einer Rückkehr bzw. Verfestigung extraktiver Wirtschaftstätigkeiten (Gudynas 2012). Genauer gesagt, ermöglichte eine Kombination aus vergleichsweise hohen Rohstoffpreisen und der Umverteilung der Renditen aus diesem Sektor, erst die Umsetzung vieler sozialpolitischer Maßnahmen.

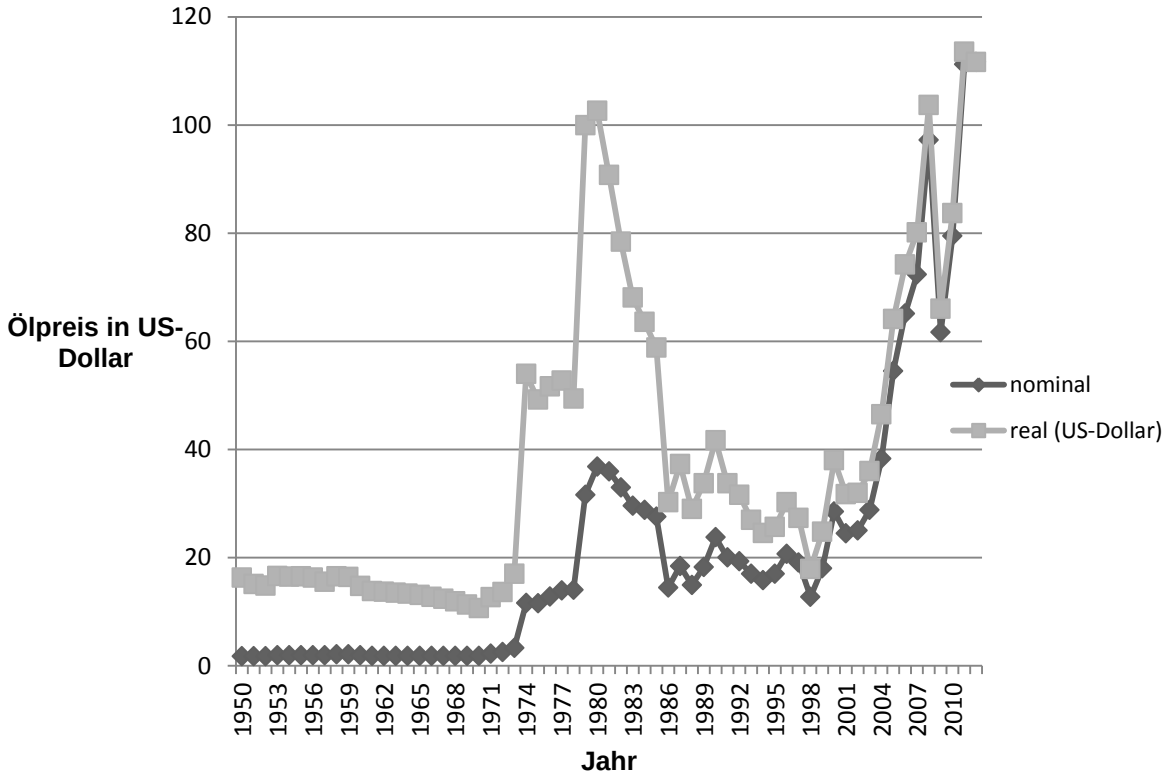
In Venezuela wurde in diesem Kontext ebenfalls ein proklamierter Umschwung in der nationalen Wirtschaftspolitik eingeleitet. Mit „endogener Entwicklung", basierend auf den Grundsätzen Kooperation und Solidarität sowie dem Ziel der Entwicklung „von unten", soll seither sowohl auf ökonomischer als auch sozialer Ebene ein Ausweg aus den Folgen der neoliberalen Krise der 1990er Jahre gefunden werden (Wilpert 2007: 80).

Die in Abbildung 2 gezeigte Entwicklung des Erdölpreises sollte bereits verdeutlichen, welche gesellschaftlichen Auswirkungen die Boomjahre Mitte bis Ende der 1970er Jahre in Venezuela hatten. Gleichzeitig war zu erkennen, wie volatil sich diese Situation darstellte, kam es doch relativ rasch zu einem Rückgang dieser Preise. Die Kombination dieser Verschlechterung der Austauschverhältnisse mit der Höhe der Auslandsschulden führte schließlich zum

Kollaps der venezolanischen Wirtschaft mit katastrophalen Auswirkungen vor allem für die ArbeiterInnenklasse.

In Abbildung 2 ist aber auch zu erkennen, dass sich der Erdölpreis um die Jahrtausendwende wieder in eine stark steigende Richtung begeben hat. Damit einhergehend lässt sich aus Abbildung 3 sehr gut erkennen, wie das venezolanische BIP gleichzeitig zu dieser Entwicklung ebenfalls stark angekurbelt wird. Gemeinsam mit der Erhöhung der Erdölpreise haben sich auch die Einnahmen des venezolanischen Staates stark erhöht und es wurden einerseits Fonds eingerichtet, die zur sozialen Umverteilung dienen sollten und andererseits große Teile der bestehenden Auslandsschulden getilgt (Burchardt 2005: 178).

Abbildung 2: Entwicklung des Erdölpreises 1950-2012

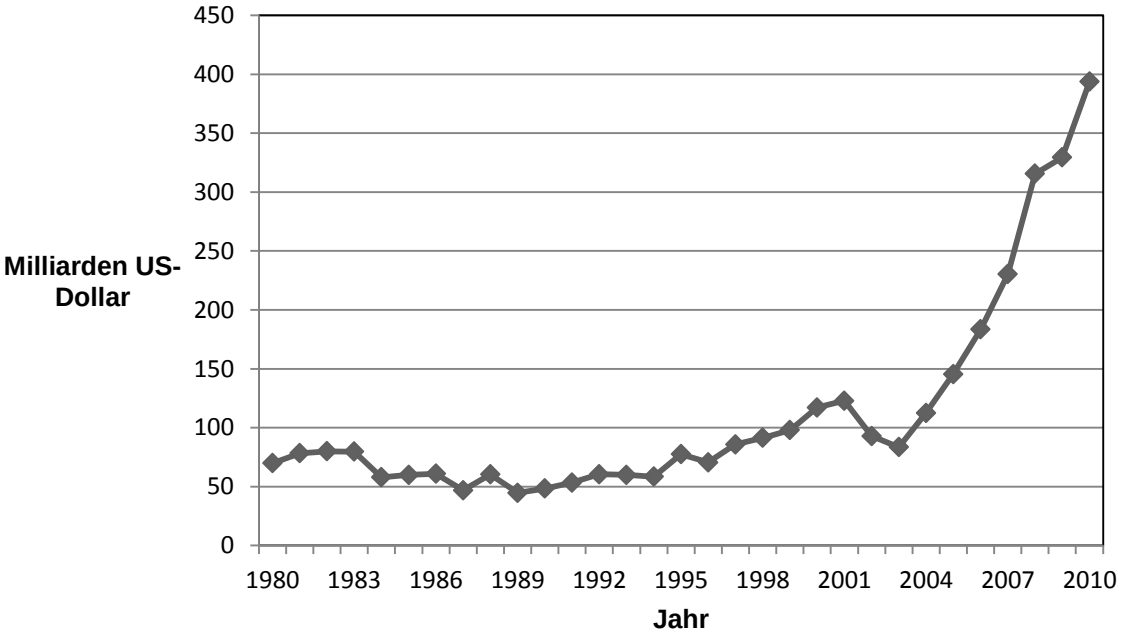


Quelle: Eigene Darstellung nach BP 2013

Der Einbruch der Wachstumsrate des BIP von 2003 lässt sich wesentlich durch einen von der Opposition gesteuerten Streik bei der PDVSA erklären. Ausgelöst wurde dieser aufgrund der vollständigen Verstaatlichung der PDVSA, die seitens der Regierung einen logischen Schritt in Richtung der staatlichen Kontrolle über die Erdölrente, und damit die Hauptquelle der Umverteilung, darstellte (Vgl. Wagenknecht 2004b). Wie bereits oben beschrieben, kam es während der neoliberalen Phase zu einer immer stärker werdenden Unabhängigkeit der PDVSA

vom Staat, ausgedrückt in einem ungehinderten Abfließen der Gewinne ins Ausland bei gleichzeitig fehlender Versteuerung ebendieser im eigenen Land. Sowohl die Verhinderung weiterer Privatisierungen seitens der Regierung, als auch ein eigenes Gesetz zur Besteuerung der PDVSA regelten schon 2001 vor der vollständigen Verstaatlichung des Unternehmens das Verhältnis der venezolanischen Erdölindustrie zum Staat neu (Burchardt 2005: 177).
Zwischen 2002 und 2003 verweigerten im Zuge dieser Reformen vor allem MitarbeiterInnen aus dem Management und höheren Positionen innerhalb der PDVSA ihren Dienst und so kam es in diesem Zusammenhang zu einem mehrmonatigen Streik und einem massiven Rückgang der Produktion (Vgl. Azzellini 2007: 51ff.).

Abbildung 3: Entwicklung des BIP. Venezuela 1980-2010 (in US-Dollar)



Quelle: Eigene Darstellung nach IWF 2013

Diese relativ drastischen Maßnahmen seitens der Opposition bzw. der KapitalistInnenfraktionen, die um ihre Einnahmen aus dem lukrativen Erdölsektor fürchteten, sind außerdem in Kontext des 2002 gegen Hugo Chávez erfolgten Staatsstreichs (siehe unten) zu sehen. Dieser trug, wie es auch Wilpert (2007: 18f.) hervorhebt, drastisch dazu bei, dass sich die AkteurInnen der bolivarischen Revolution von einem an sich relativ reformistisch und sozialdemokratisch anmutenden Kurs zunehmend radikalisierten. Die Verstaatlichung der PDVSA passte hier gut ins Bild und im Kontext dieser Ereignisse erfolgte im Wesentlichen erst die Ausrufung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ durch Chávez. Hier kam es auch zu einem Bruch mit der ursprünglichen WählerInnenschaft, denn wurde Chávez vor seiner ersten

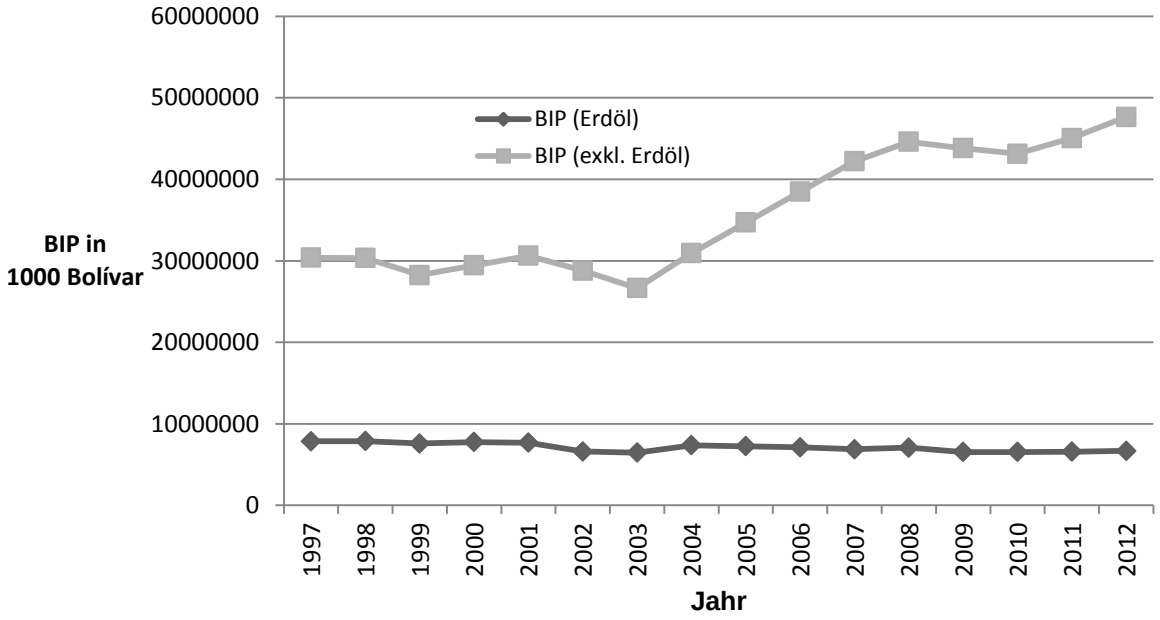
Amtszeit noch wesentlich durch Teile der venezolanischen Mittelschicht unterstützt, so verschob sich diese Basis verstärkt in Richtung der ärmeren Teile der Bevölkerung (ebd. 2007: 18f.).

Im Kontext dieser Ereignisse sind im Folgenden auch die präsentierten ökonomischen Daten zu interpretieren. Beginnend mit einer Darstellung der venezolanischen Produktionsstruktur unter der Regierung Chávez, über einige Informationen zu Außenhandel und Inflation, sollen im Folgenden die grundlegenden Daten für eine Interpretation der bolivarischen Revolution vor dem Hintergrund einer regulationstheoretischen Konkretisierung der dependenztheoretischen Abstraktionen diskutiert werden.

6.4.1.1 Die Zusammensetzung des BIP und die venezolanische Produktionsstruktur

Wie bereits aus Abbildung 3 zu erkennen ist, hat das venezolanische BIP seit dem Amtsantritt Hugo Chávez´ beträchtlich zugenommen. Bei Betrachtung von Abbildung 4 zeigt sich ein differenzierteres Bild dieser Entwicklung, denn es wird ersichtlich, dass Wachstum vor allem in jenen Sektoren generiert wurde, die nicht dem Erdölsektor angehören.

Abbildung 4: BIP (real) in Venezuela nach Sektoren 1997-2012 (in 1000 Bolívar)



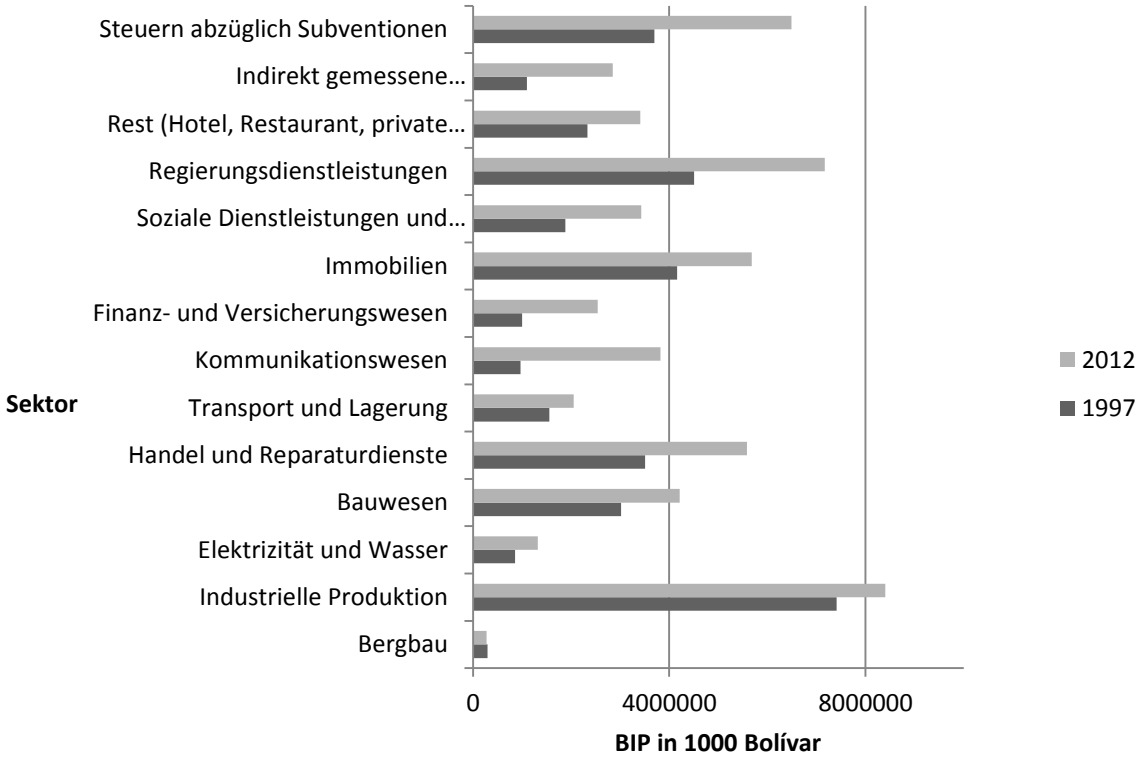
Quelle: Eigene Darstellung nach Banco Central de Venezuela 2013

Dies zeigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung Venezuelas unter Chávez vordergründig nicht allein von der Entwicklung im Erdölsektor getrieben ist. Es muss aber dennoch angenommen werden, dass auch etwaige Dynamiken in anderen Sektoren mit den Erdölrenten zusammenhängen. So ist etwa anzunehmen, dass die Preiseffekte, welche durch den Erdölexport entstehen, wesentlich für höhere Staatseinnahmen verantwortlich sind. Diese sind wiederum in Form von staatlichen Investitionen einer der Hauptmotoren für die dynamische Entwicklung in anderen Sektoren (Vgl. Burchardt 2005: 180).

Um einen noch tieferen Einblick in diese Entwicklungen zu erhalten, sollen nun die Werte für 1997 und 2012 genauer verglichen werden.

Wie sich aus Abbildung 5 erkennen lässt, ergibt sich in absoluten Zahlen gesehen in allen Sektoren - exklusive des Erdölsektors - bis auf den Bergbau eine Steigerung der erwirtschafteten Gewinne. Interessanter wird diese Statistik allerdings erst, wenn die Zahlen in ihrer relativen Steigerung interpretiert werden.

Abbildung 5: Vergleich des venezolanischen BIP für die Jahre 1997 und 2012 nach Sektoren (exkl. Erdöl) in 1000 Bolívar nach konstanten Preisen von 1997



Quelle: Eigene Darstellung nach Banco Central de Venezuela 2013

Während der Erdölsektor und sein Anteil am BIP, wie bereits aus Abbildung 3 unschwer zu erkennen ist, zwischen 1997 und 2012 von 18,7% auf 11,3% sank, so kam es auch in anderen Sektoren zu deutlichen Abnahmen, wenn diese ebenfalls in Relation gesetzt werden.

Zu denjenigen Sektoren, die an Bedeutung für das BIP verloren haben zählen neben dem Bergbau (von 0,7% 1997 auf 0,5% 2012) auch die industrielle Produktion (von 17,7% 1997 auf 14,5% 2012) und das Transportwesen (von 37% 1997 auf 35% 2012), während Bauwesen (bei ca. 7,2%) und Immobilienbranche (bei ca. 9,9%) annähernd von gleicher Bedeutung blieben.

Bei denjenigen Branchen, deren Anteil zugenommen hat, ist vor allem die Bedeutung des Finanzsektors, mit einer Zunahme von 2,4% 1997 auf 4,4% 2012 und jene des Kommunikationssektors, mit einer Zunahme 2,3% 1997 auf 6,6% 2012 hervorzuheben. Aber auch die Bedeutung der Bankendienstleistungen hat stark zugenommen. Hier ist eine Zunahme von 2,6% 1997 auf 4,9% 2012 zu verzeichnen. Eine weniger starke, aber dennoch beachtenswerte Zunahme gab es auch beim Handel. Hier steht der bereits 1997 hohe Wert 8,4%, einer Erhöhung auf 9,6% 2012 gegenüber.

Neben diesen enormen Zunahmen von Sektoren, die stark in Richtung Finanzialisierung tendieren, kam es aber auch vor allem bei jenen Sektoren zu Zunahmen, die durch die stärkere Präsenz des venezolanischen Staates zu erklären sind.

So haben sich die Einnahmen aus Steuern abzüglich Subventionen, von 8,8% am BIP 1997 auf 11,2% 2012 erhöht. Der Anteil von sozialen Dienstleistungen kletterte im selben Zeitraum von 4,5% auf 5,9% und Regierungsdienstleistungen verbuchen hier einen Anstieg von 10,7% auf 12,3%.

Eine relativ geringe Zunahme von 20% 1997 auf 20,3% 2012 ist im Elektrizitätssektor zu verbuchen (Vgl. Banco Central de Venezuela 2013, eigene Berechnungen).

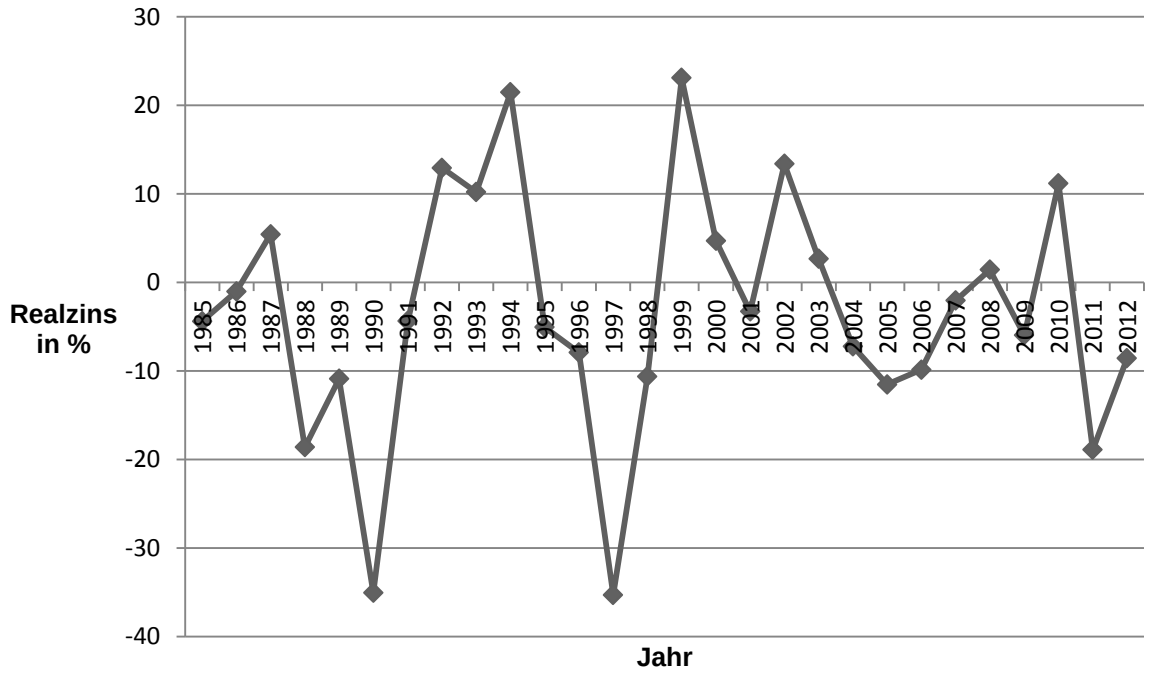
Die Wachstumsraten in vor allem auf Finanzialisierung hinweisenden Sektoren, wie dem Finanz- und Versicherungssektor und den indirekt gemessen Bankendienstleistungen, sowie dem Kommunikationssektor, im Vergleich zur geringeren direkten Bedeutung des Erdölsektors, aber auch der industriellen Produktion, deutet darauf hin, dass sich die venezolanische Ökonomie verstärkt in Richtung einer finanzialisierten Ökonomie bewegt. Der Erdölsektor, aber auch die Produktion machen zwar noch immer die größten Teile des BIP aus, ihre Bedeutung ist allerdings im Rückgang. Beachtet werden sollte in diesem Zusammenhang allerdings, dass vor allem jene Teile des BIP, die sich auf Regierungsdienstleistungen und Soziales beziehen, indirekt auch stark an den Erdölsektor geknüpft sind.

Auch der seit Jahren starke Finanzkapitalabfluss Venezuelas (CEPAL 2012: 21) zeigt, dass

Anlagen in den produktiven Sektor zunehmend eher von staatlicher Seite getätigt werden und private AnlegerInnen sich zunehmend nach Außen bzw. zu den Finanzsektoren im Inland orientieren. Ausländische Kapitalanlagen werden in den letzten zehn Jahren vermehrt im venezolanischen Telekommunikationssektor vorgenommen, was auch dessen starke anteilige Zunahme erklärt (Burchardt 2005: 178). Eine Erklärung für die Entwicklung in Richtung immer stärkerer Finanzialisierung lässt sich aber auch in Abbildung 6 finden.

Im Besonderen während der post-neoliberalen Phase kam es, wie sich hier zeigen lässt, im Bereich der Realzinsentwicklung fast durchwegs zur Bildung von negativen Realzinsen. Diese sind im Kontext mit der, seit dem Amtsantritt Chávez´ steigenen Inflation (siehe unten), zu interpretieren.

Abbildung 6: Realzinsentwicklung in Venezuela 1985-2012



Quelle: Eigene Darstellung nach Weltbank 2013

Die nun in Abbildung 6 deutlich werdende Fluktuation des Realzinssatzes, zeigt an, dass Geldanlagen in den vergangenen Jahrzehnten nur selten von Vorteil für venezolanische AnlegerInnen waren. Vielmehr ist hier mit einer Verlagerung der Anlagen in andere Sektoren zu rechnen. Werden nun die Zahlen zur Entwicklung des BIP herangezogen, so verwundert es nicht, dass vor allem kurzfristige Anlagen, wie etwa im Finanzsektor, vor diesem Hintergrund stark an Bedeutung gewonnen haben.

Im Kontext der Realzinsentwicklung kam es aber auch seitens der Regierung zur Förderung

von Kooperativen, die mittels gelenkter Kreditvergaben in ihrer Entwicklung unterstützt wurden (Jäger/Leubolt 2011: 63ff.).

Wie noch im Kapitel zur Arbeitsmarktentwicklung genauer ausgeführt wird, tragen diese mit ihren subventionierten Produkten gegenwärtig stark dazu bei, dass stagnierende Reallohnentwicklungen kompensiert werden können.

Neben diesen eher nach innen gerichteten Entwicklungen spielt aber, vor allem aufgrund der Abhängigkeit vom Erdölexport und dem Import einer großen Palette an Gütern des täglichen Bedarfs, sowie Industriegütern, aber selbstverständlich auch der Außenhandel, eine wesentliche Rolle. Dessen Entwicklung soll im Folgenden dargestellt werden.

6.4.1.2 Außenhandel

Wird von einer dependenztheoretischen Abstraktion ausgegangen, so muss, wie dies am Beginn der vorliegenden Arbeit dargestellt wurde, auch dem Außenhandel in der Analyse Rechnung getragen werden, um zu aussagekräftigen Ergebnissen hinsichtlich des Abhängigkeitsgrades einer (peripheren) Ökonomie zu gelangen.

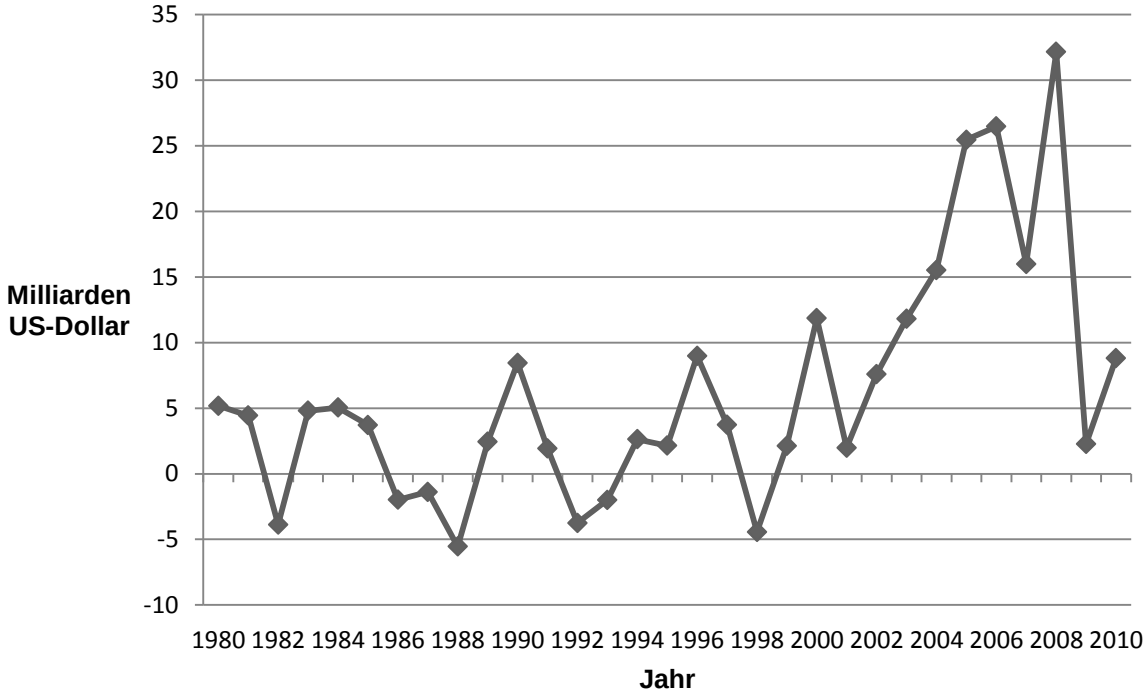
Wie bereits zuvor dargelegt, muss die venezolanische Wirtschaft immer im Kontext ihrer Fokussierung auf das Erdöl analysiert werden. Gerade im Bereich des Außenhandels handelt es sich hier um die dominante Variable, macht der Export von Erdöl doch mit über 90%igem Anteil an den gesamten Exporten den bei weitem größten Teil ebendieser aus. Neben dieser Abhängigkeit vom Export der Erdölvorkommen, ergibt sich aus einer solchen ökonomischen Struktur aber auch der Zwang, eine Reihe von Gütern zu importieren, die nicht im eigenen Land produziert werden. Knapp ein Drittel der Importe entfällt daher auf Elektrogeräte, etwa ein Fünftel auf chemische Produkte und etwas mehr als ein Zehntel auf landwirtschaftliche Produkte und Vieh (Vgl. Banco Central de Venezuela 2013). Die lateinamerikanische Erfahrung zeigt, dass ebendiese Zwänge in der Vergangenheit immer wieder zu negativen Leistungsbilanzen geführt haben, die in der Verbindung mit zu hoher Auslandsverschuldung zum Kollaps der eigenen Ökonomie geführt haben.

Eine solche Problematik wurde auch in Venezuela deutlich, als die weiter oben beschriebene Erdölkrise und ihre Auswirkungen in den neoliberalen Strukturanpassungen endeten.

Werden nun die in Abbildung 7 gezeigten Daten zur venezolanischen Leistungsbilanz der Jahre 1980 – 2010 betrachtet, so zeigt sich, dass vor allem in Zeiten sinkender Ölpreise (Vgl. Abbildung 2) mit einer negativen Leistungsbilanz zu rechnen war. Es überrascht daher nicht, dass seit dem Amtsantritt der Regierung Chávez´ zunächst eine deutlich positive Leistungsbilanz bei gleichzeitig hohen Ölpreisen zu verzeichnen ist. Als die Ölpreise 2008 kurzfristig

sanken, lässt sich auch in der Leistungsbilanz ein deutlicher Einbruch (von einem Überschuss von 10,2% des BIP 2008 auf nur noch 0,7% des BIP 2009) gefolgt von einem abermaligen Anstieg erkennen (Vgl. IWF 2013, eigene Berechnungen). Haupthandelspartner ist dabei 2011 noch immer die USA während China dahinter folgt. Mit Kolumbien und Brasilien finden sich zudem auch unmittelbare Nachbarstaaten unter den wichtigsten Destinationen für venezolanische Exporte (INE 2013).

Abbildung 7: Leistungsbilanz Venezuela 1980-2010 (in US-Dollar)



Quelle: Eigene Darstellung nach IWF 2013

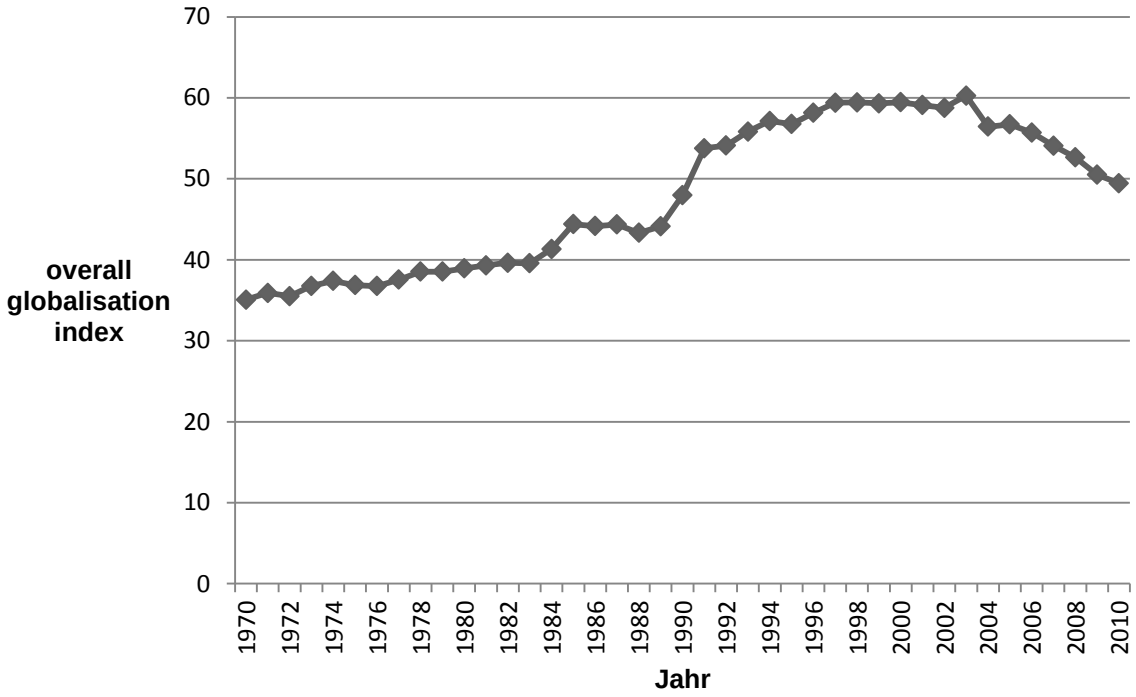
Da solche Zyklen (wenn auch in abgeschwächtem Ausmaß) keine Seltenheit waren, ergibt sich aus einer politökonomischen Perspektive ein differenziertes Bild, wenn anhand der Daten des ETH Zürich (2013) und dem dort erstellten Globalisierungsindex, eine Aussage über den Grad der Globalisierung während der Regierung Chávez´ getroffen wird. Um den Index zu erstellen, haben die AutorInnen vom ETH Zürich eine Mischung aus ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Faktoren der Globalisierung herangezogen, um die jeweiligen Staaten vergleichen zu können.

Aus Abbildung 8 lässt sich nun dieser Globalisierungsindex für Venezuela ablesen. Es ist deutlich zu erkennen, dass mit dem Einsetzen der neoliberalen Umstrukturierung ein starker Anstieg des Grades der Globalisierung (der Wert 100 steht für maximale Globalisie-

rung) einhergeht. Gleichzeitig lässt sich während der Regierungszeit Chávez aber ein ebenso drastischer Fall dieser Einbindung in globale Zusammenhänge erkennen. Eine genauere Betrachtung der einzelnen Indikatoren macht deutlich, woran diese Entwicklung festzumachen ist.

Während soziale (z.B. Tourismus) und kulturelle Faktoren (z.B.: ausländische Fast-Food Restaurants) sowie der Fluss von Informationen (z.B.: Internetgebrauch) unter Chávez gleich bleiben bzw. zum Teil sogar steigen (*information flows* etwa steigen vom Wert 46,01 zum Zeitpunkt 1992 auf den Wert 67,15 zum Zeitpunkt 2008), fällt der Grad der Globalisierung im Bereich Politik und Wirtschaft. Für den Bereich Politik bedeutet dies, dass die Zahl der ausländischen Botschaften zurückging bzw. die Partizipation in internationalen Organisationen wie etwa der UNO sank.

Abbildung 8: Globalisierungsindex Venezuela 1970-2010



Quelle: Eigene Darstellung nach ETH Zürich 2013

Auf ökonomischer Ebene bedeutet ein solcher Rückgang des Globalisierungsgrades in diesem Index im Allgemeinen, dass entweder ausländische Direktinvestitionen zurückgegangen sind, oder sich verstärkt Zollbeschränkungen, Kapitalverkehrskontrollen und Steuern auf internationalen Handel wiederfinden. Diese Werte bzw. dieser Rückgang, sind für Venezuela wohl vor allen Dingen auf die verstärkte Süd-Süd-Kooperation, anstelle von westlichen Bündnissen

(siehe unten), die vollständige Verstaatlichung der PDVSA und die Devisenkontrollen zurückzuführen. Ausländische Direktinvestitionen besitzen auch unter Chávez weiterhin Bedeutung. Außerdem ist Venezuela seit 1995 bestehendes Mitglied der WTO, wodurch auch unter Chávez bzw. Maduro die in der neoliberalen Phase implementierte liberale Außenhandelspolitik weitgehend fortgeführt wird und daher auch diese Variable wohl nicht bedeutend zur Abnahme des Globalisierungsgrades beiträgt.

6.4.1.3 Geldpolitik und Inflation

Eines der, seit dem Tod von Chávez Anfang 2013, bedeutendsten ökonomische Themen in Venezuela, ist die immer stärker steigende Inflation im Land (Banco Central de Venezuela 2013). Unter der Regierung Chávez´ trat jedoch eine steigende Inflation ebenfalls schon deutlich zutage, wie Weisbrot und Sandoval (2009: 19f.) hervorheben. Auch wenn für 2012 wieder ein Rückgang der Inflation zu verzeichnen ist, so wurde die Situation vor allem mit Beginn des Jahres 2013 problematisch. In den Monaten nach dem Tod von Chávez stiegen vor allem die Preise für Nahrungsmittel stark an, mit einer Teuerung von 6,8% im Monat April und einer weiteren Teuerung von 10% im Monat Mai. Gegenüber der allgemeinen Teuerung von 4,5% und 6,1% für diese beiden Monate, lässt sich hier unschwer erkennen, dass die Nahrungsmittelpreise einer der Hauptmotoren für die Teuerung darstellen. Es sollte allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass die Teuerung von Gesundheits- und Bildungsleistungen deutlich unter dem durchschnittlichen Wert zurück bleibt (Banco Central de Venezuela 2013). Werden die ProfiteurInnen und VerliererInnen der Politik in den Blick genommen, so zeigt sich vielmehr, dass die venezolanische Inflation der Wirtschaft (bis zu einem gewissen Maß, das wohl am Beginn des Jahres 2013 überschritten war) nicht substanziell schaden kann, solange der Erdölpreis auf einem hohen Niveau verweilt, denn die Wachstumsraten bleiben beständig hoch. Damit einhergehend sind die Staatsausgaben, die ebenfalls einen Beitrag zu den hohen Inflationsraten leisten, vor allem an die ArbeiterInnenklasse gerichtet und konnten, wie in den folgenden Kapiteln noch dargestellt wird, deren Lebensstandard deutlich heben. Das bedeutet, dass trotz Teuerung nicht unbedingt ein negativer Effekt für die Lohnabhängigen zu spüren ist, solange die Umverteilungspolitik mittels Lohnerhöhungen und Subventionen die Inflation abfedert (Vgl. Flores Díaz 2009: 394f.).

Dennoch müssen die oben beschriebenen Entwicklungen kritisch betrachtet werden, läuft die Teuerung doch zunehmend Gefahr, sich vor allem in substantiellen Gütern niederzuschlagen. Können hier die Nominallöhne langfristig nicht mitziehen, muss auch aus Sicht der Lohnabhängigen seitens der Regierung ein Eingreifen erfolgen. Zudem ist die Inflation Ausdruck der

Wechselkurspolitik. Diese ist nämlich seit 2003 mit einem fixen Wechselkurs an den Dollar ausgerichtet. Zunächst mit einer Austauschrate von 1:1,6 (wohl auch hier war der Bolívar schon überbewertet), später zur Rate von 1:4,3 (und einer niedrigeren Rate für Importe von Lebensmitteln) und mittlerweile mit einer Rate von 1:6,3. Eine Entwicklung die der immer höher werdenden Inflation geschuldet ist und die mittelfristig bei der Diversifizierung der Wirtschaft stark blockierend wirken kann, da die Binnenproduktion (außerhalb des Erdölsektors) zu stark unter Druck gerät. Die oben dargestellten Werte zur Zusammensetzung des BIP bzw. die starke anteilige Abnahme des produktiven Sektors dürften bereits ein erstes Symptom dieses Problems darstellen (Vgl. Weisbrot/Sandoval 2009: 19f.).

Mit der Überbewertung des Bolívar ist allerdings auch noch ein weiteres Problem angesprochen, nämlich die immer wiederkehrende Tendenz zur Kapitalflucht in der venezolanischen Ökonomie (Vgl. Melcher 1995). Wie Görgl et al. (2011: 77f.) betonen, ist die monetäre Restriktion in Venezuela besonders umkämpft. Sowohl Inflation als auch Kapitalflucht stehen im Kontext von Verteilungskonflikten und ihre Fluktuation bzw. die zum Teil rasche Änderung des politischen Kurses ist hinsichtlich verschiedener Interessenkonflikte zu interpretieren. Es ist zudem bemerkenswert, dass sich der Finanzsektor in Venezuela trotz dieser Entwicklungen als relativ stabil erweist.

6.4.2 Arbeitsmarkt

Wird die Arbeit einer Regierung analysiert, die ihre Wurzeln in der ArbeiterInnenbewegung ihres Landes hat, so ist eine Analyse der Situation auf dem Arbeitsmarkt unabdingbar.

Erst kurz vor der Fertigstellung der vorliegenden Arbeit, am 10. Mai 2013, wurde ein neues arbeitsrechtliches Gesetz in Venezuela verabschiedet, welches allen (zumindest formell beschäftigten) ArbeiterInnen wesentlich bessere Arbeitsbedingungen garantieren soll. So beinhaltet dieses neue Gesetz (LOTTT) die Verkürzung der Arbeitswoche von 44 auf 40 Stunden, eine Ausweitung der Karenzzeit, zwei garantierte freie Tage pro Woche und schließlich auch eine Pensionsversicherung für alle Beschäftigten (Vgl. República Bolivariana de Venezuela 2013).

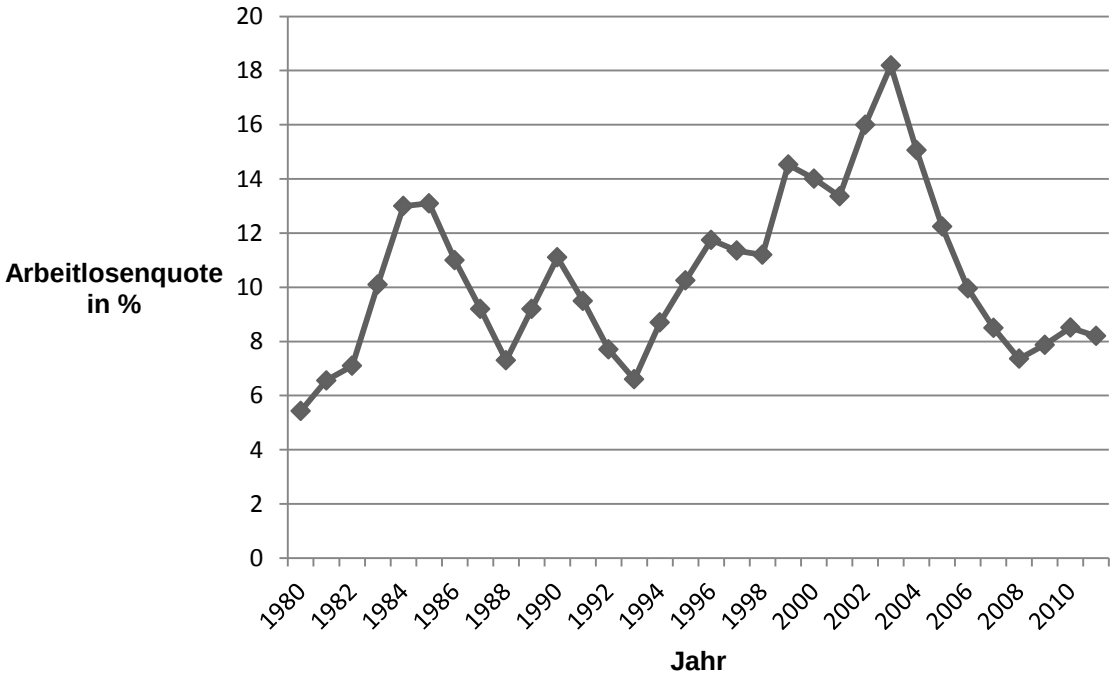
6.4.2.1 Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Nicht erst seit der Einführung dieses Gesetzes erlebt der venezolanische Arbeitsmarkt eine positive Entwicklung, denn wie aus Abbildung 9 ersichtlich wird, konnte seit dem Amtsantritt Chávez (und hier vor allem nach dem Erdölstreik 2003) die Arbeitslosenquote drastisch gesenkt werden.

Diese steht zwar 2011 mit über 8% noch immer bei einem höheren Wert als 1980, ist aber verglichen mit dem Ende der neoliberalen Periode, an dem fast ein Fünftel der Venezolaner-Innen arbeitslos waren, beträchtlich gesenkt worden.

Dies resultiert auch aus einem starken Anstieg der Beschäftigungsmöglichkeiten. Zum Stand 2008 wurden im Vergleich zum Jahr 1998 ungefähr 2,9 Millionen neue Arbeitsstellen geschaffen. Dies bedeutet eine Steigerung um mehr als ein Drittel. Die meisten dieser Stellen wurden im Privatsektor (mit einer Steigerung von 30,6% zum Stand 2008) geschaffen, aber auch im öffentlichen Sektor hat mit einer Steigerung von 47,2% zum Stand 2008 eine massive Steigerung stattgefunden, die durch die Ausweitung der staatlichen Apparate inklusive höherer Staatsausgaben zu erklären ist (Weisbrot/Sandoval 2009: 19f.).

Abbildung 9: Arbeitslosenquote Venezuela 1980-2011



Quelle: Eigene Darstellung nach IWF 2013

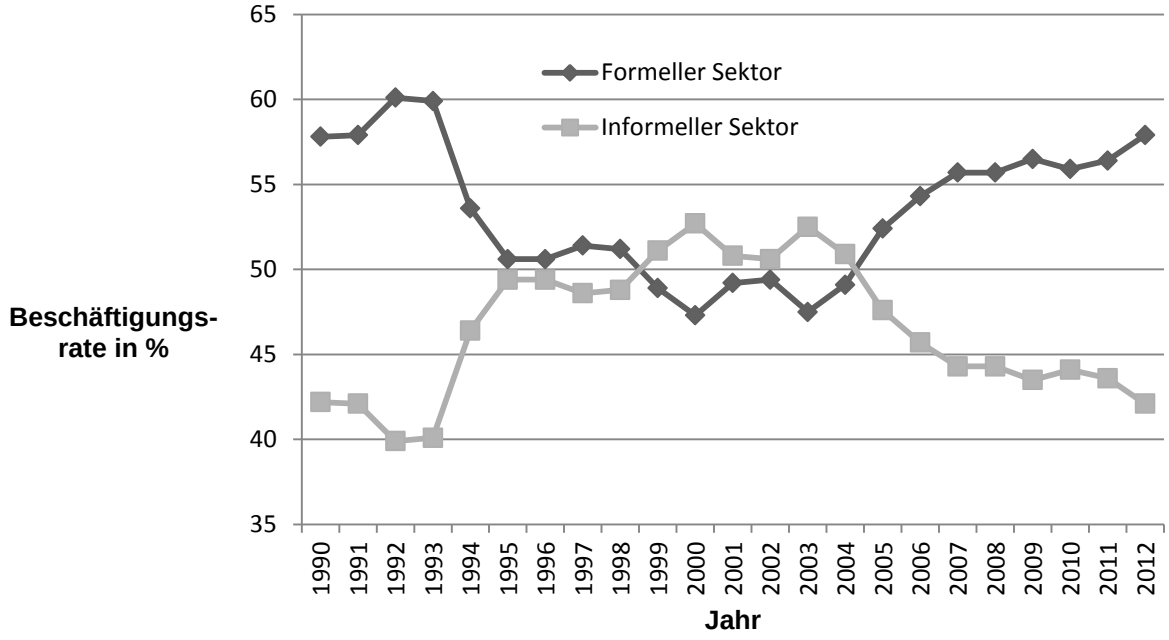
Mit der geringer werdenden Arbeitslosenquote ist allerdings auch ein Indiz dafür angesprochen, dass es zu wenig relevanten Produktivitätsfortschritten im Kontext des Wirtschaftswachstums kam. Es ist also weiterhin davon auszugehen, dass sich in Venezuela ein dominant extensives Akkumulationsregime vorfinden lässt (Vgl. Jäger/Leubolt 2011: 63ff.).

Muss die sinkende Arbeitslosenquote differenziert betrachtet werden, so gilt selbiges auch für die allgemeine Beschäftigungssituation im Land. Arbeitsrechtliche Reformen, wie etwa durch

das LOTTT, haben vor allen Dingen effektive Auswirkungen auf formell beschäftigte Personen. Die für lateinamerikanische Ökonomien charakteristische strukturelle Heterogenität, legt allerdings schon im Vorfeld der Betrachtung des empirischen Materials nahe, dass ein relativ hoher Anteil an informell Beschäftigten die Wirkung solcher Refomen relativiert.

In Abbildung 10 wird deutlich, dass das Verhältnis zwischen formeller Beschäftigung und informeller Beschäftigung 2012, mit 57,9% im formellen Sektor 42,1% im informellen Sektor, fast ident mit den Werten von 1990 ist und damit einen zwar einen hohen Wert aufweist, jedoch dennoch eine starke Verbesserung darstellt. Bei näherer Betrachtung wird außerdem deutlich, dass besonders vor der Wahl von Chávez, eine massive Verschiebung dieses Verhältnisses stattfand und ab 1999 sogar ein größerer Teil der Bevölkerung im informellen Sektor beschäftigt war.

Abbildung 10: Beschäftigungsrate in formellen- bzw. informellen Sektor. Venezuela 1991-2012



Quelle: Eigene Darstellung nach Venescopio 2013

Besonders als das Wirtschaftswachstum seinen steilen Anstieg begann, konnte dieser Trend allerdings umgekehrt werden, was dazu führte, dass eine Rückkehr zu den Werten von 1990 als positiv bewertet werden muss und Venezuela momentan zu einer weiteren Steigerung der

Formalisierung der Beschäftigungsverhältnisse tendiert.
Eine solche Entwicklung spiegelt deutlich die politische Umsetzung der Interessen der Lohnabhängigen wider, kommen ihnen doch auf diese Art und Weise in breiterem Ausmaß die Vorteile der formellen Beschäftigung zu.
Wie Jäger und Leubolt (2011: 63ff.) ausführen, kam es im selbigen Zeitraum allerdings nur zu geringfügigen Steigerungen des Reallohns. Diese Entwicklung würde an sich nahelegen, dass es zu keinen wesentlichen Verbesserungen der materiellen Basis der lohnabhängigen Bevölkerung kam. Den beiden folgend, muss aber vor dem Hintergrund einer Steigerung des Haushaltskonsums um fast 80% davon ausgegangen werden, dass subventionierte Produkte, wie etwa jene die in Kooperativen hergestellt werden, maßgeblich dazu beitragen, die fehlenden Reallohnsteigerungen zu kompensieren.
Generell stellt sich das Lohnverhältnis daher als sehr widersprüchlich da, denn steigender Beschäftigung und hohen Sozialausgaben, steht eine stagnierende bzw. sinkende Reallohnentwicklung gegenüber, die vor allem mit der hohen Inflationsrate in Verbindung steht. Der Arbeitsmarkt bzw. das Lohnverhältnis kann daher als stark abhängig von der Ausgestaltung der monetären Restriktion angesehen werden (Görgl et al. 2011: 77f.).

6.4.2.2 Gewerkschaftliche Organisation

Neben der vermehrten Bildung und Organisation von Kooperativen, die wie zuvor erläutert, mittlerweile einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs leisten, spielt aber auch weiterhin die gewerkschaftliche Organisation der ArbeiterInnenklasse eine wesentliche Rolle.
Paradoxerweise, befanden sich die *chavistas*, ähnlich wie andere zu dieser Zeit neu entstandene soziale Bewegungen und Gewerkschaften (z.B. *Causa R*), am Beginn der neoliberalen Periode, mit ihrer Kritik am dominanten Gewerkschaftsdachverband CTV auf einer vordergründig ähnlichen Linie wie neoliberale Kräfte. Selbstverständlich wurzelte die Kritik allerdings in anderen Zielen. Während den neoliberal ausgerichteten Eliten die gewerkschaftliche Organisation generell ein Dorn im Auge war, basierte die Kritik der AnhängerInnen auf einer geforderten Wende in der gewerkschaftlichen Landschaft und war vor allem gegen die Strukturen des Gewerkschaftsdachverbandes CTV gerichtet, der aufs engste mit den alten Eliten verbunden war und nach Meinung der sozialen Bewegungen keine adäquate Repräsentation der ArbeiterInnenbewegung Venezuelas darstellte (Ellner 2005: 56).
Angesichts dieser Auseinandersetzungen wurde 2003 die *Unión Nacional de Trabajadores de Venezuela* (UNT) gegründet, die als Gegenpart der chavistischen Bewegung zum oppositio-

nell dominierten CTV zu interpretieren ist, aber inzwischen wieder aufgelöst wurde. Wie Steve Ellner (2005: 68ff.) betont, handelte es sich dabei zwar um eine gewerkschaftliche Bewegung, der es gelang vormals vom System ausgeschlossenen Personen eine Repräsentation zu ermöglichen, die aber gleichzeitig strukturelle Kontinuitäten zur Vergangenheit aufweist. Aufgrund der tiefen Spaltung des Landes und der permanenten Gefahr von Sabotageakten seitens oppositioneller Kräfte der alten Eliten, gelang es auch in der UNT nicht, eine von der Zentralregierung weitgehend unabhängige Position einzunehmen. Auch wenn gewerkschaftliche Kämpfe immer auch politische Kämpfe bzw. Kämpfe um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse sind, so stellt sich die Situation in Venezuela dennoch als relativ starr dar, denn die Gewerkschaften waren und sind sehr eng mit den jeweiligen staatlichen Strukturen verbunden und stehen zu diesen in einer abhängigen Position.

In diesem Kontext ist auch die Auflösung der UNT zu sehen, die vor allem aus inneren Spannungen und dem Scheitern bei der Suche eines Minimalkonsenses hervorging. Mittlerweile ist in diesem Zusammenhang die *Central Socialista de Trabajadores* (CST) hervorgegangen, die sich auf neun nationale Verbände stützt und ca. 1,2 Millionen Menschen repräsentiert (Díaz/Schütt 2011: 264ff.). Die unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen in der venezolanischen ArbeiterInnenbewegung sind dabei generell symptomatisch für die Spannungen im sozialistischen Parteiverbund, die zeigen, dass unter der Regierung Chávez nicht zwangsläufig die Interessen aller vereinigten sozialen Bewegungen gleichermaßen berücksichtigt wurden und ähnlich wie im Bereich der partizipativen Demokratie (siehe unten) auch hier eine enge Bindung an die Parteiführung besteht (Wilpert 2007: 65f.). Auch für die CST gilt dabei, dass vor allen Dingen die Positionen der Regierung mitgetragen werden (Díaz/Schütt 2011: 264ff.).

6.4.3 Eine neue Verfassung und partizipative Demokratie

„A constitution is the foundational document of a polity and society, and countries undergoing profound transformation have often adopted a new one to give structure and definition to that transformation.“ (Hammond 2011: 652) Diese auf den Punkt gebrachte Analyse von John L. Hammond zur Bedeutung von neuen Verfassungen in transformativen Prozessen, gilt ebenso für das bolivianische Beispiel, zu welchem er sie verfasst hat, wie auch für Venezuela. Es war Hugo Chávez´ erstes großes Projekt als Präsident und gleichzeitig die Bestätigung der Legitimität seiner Politik gegenüber KritikerInnen. Er und alle Beteiligten am verfassungsgebenden Prozess haben mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung für Venezuela, die 1999 per Votum der Bevölkerung angenommen wurde, die Grundlage für das Projekt der bolivari-

schen Revolution gelegt (Müller 2005: 171f.). Im Folgenden sollen einerseits die grundlegenden Neuerungen dieser Verfassung und andererseits Elemente der partizipativen Demokratie in Venezuela diskutiert werden.

6.4.3.1 Progressive Elemente in der Verfassung der bolivarischen Republik Venezuela

Die venezolanische Verfassung wurde zwischen der Unabhängigkeit 1811 und dem Jahr 1961 insgesamt sechsundzwanzig Mal geändert. Die Version von 1961 überdauert schließlich bis 1999, als die Regierung Chávez mit der neuen Verfassung die „Bolivarische Republik Venezuela" begründete. Neben dieser Namensänderung finden sich allerdings noch weitere substantielle Neuerungen in der neuen Verfassung wieder. So nehmen etwa die Menschenrechte einen zentralen Platz ein und werden teilweise um weitere soziale, ökonomische und kulturelle Rechte erweitert. Dabei wird etwa die Gleichstellung der Geschlechter festgeschrieben und indigene Rechte finden ebenfalls spezielle Berücksichtigung. Neben der Garantie von grundlegenden Rechten für die venezolanische Bevölkerung kam es im Zuge der Verfassungsänderung allerdings auch zu einer teilweisen Umstrukturierung des Staates. So werden etwa zwei neue Gewalten im Staat eingeführt, die gemeinsam mit einem Ausbau der Palette an Referenden, für eine Demokratisierung des venezolanischen Staates sorgen sollen. Gleichzeitig wurde allerdings auch die Nationalversammlung gegenüber dem Senat gestärkt. Neben der Stärkung der Rolle des Präsidenten gilt dieser Punkt der Umstrukturierung des venezolanischen Staates als besonders umstritten, da die ohnehin starke Zentralisierung noch verstärkt wird (Wilpert 2007: 30ff.).

6.4.3.2 Elemente der partizipativen Demokratie

Daten des Latinobarómetro (2013) zeigen, dass die Zufriedenheit der venezolanischen Bevölkerung mit ihrem demokratischen System 2010 gegenüber der neoliberalen Periode bzw. Daten von 1995 deutlich zugenommen haben. Während hier eine Mehrheit von 62,5% der Bevölkerung angibt, mit der bestehenden Demokratie wenig bis gar nicht zufrieden zu sein, sinkt dieser Wert 2010 auf 49,5%. Ein weiterhin sehr hoher Anteil an der Bevölkerung ist also wenig zufrieden mit der Demokratie Venezuelas, vor dem Hintergrund der Daten von 1995 ist aber dennoch ein deutlicher Fortschritt zu verzeichnen.

Einer der Gründe für diesen Rückgang ist wohl im Ausbau der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten im Zuge der neuen Verfassung unter der Regierung Chávez zu finden.

Gleichzeitig muss das Verlangen nach partizipativen Mitteln der Demokratieausübung auch vor dem Hintergrund der geringen Mitbestimmungsmöglichkeiten in den vergangenen Perioden der Geschichte Venezuelas interpretiert werden (Wilpert 2007: 54).

Zu den wichtigsten Mechanismen der partizipativen Demokratie in Venezuela zählen Referenden, soziale Prüfverfahren und BürgerInnenversammlungen. Aber vor allem die CLPPs (*Consejos Locales de Planificación Pública*) und die *Consejos Comunales* sowie die über hunderttausend neu gegründeten Kooperativen, deren Leitung durch demokratische Mitbestimmung gewählt wird, verfügen nach Wilpert (2007: 55ff.) über ein besonders hohes transformatives Potential.

Bei der Durchführung der partizipativen Demokratie werden jedoch gesellschaftliche Widersprüche erkennbar, die eine adäquate Umsetzung verhindern. Die kommunalen Instanzen werden etwa von Entscheidungen der Zentralregierung oftmals untergraben. Die partizipative Demokratie ist aber auch im Kontext der Gespaltenheit der venezolanischen Gesellschaft zu interpretieren. So betont Njaim (2005: 225ff.), dass eine Vielzahl der partizipativen Möglichkeiten in Venezuela dafür genutzt wird, die Regierung in ihrer Legitimität zu untergraben. Die an sich als transformativ angedachten Mechanismen scheitern daher immer öfter an der politischen Unvereinbarkeit zwischen oppositionellen Kräften und der bolivarischen Bewegung.

6.3.4 Sozialpolitik der bolivarischen Revolution

Die bolivarische Revolution bezieht ihre Legitimität innerhalb der Bevölkerung vor allem über den Ausbau, bzw. in manchen Bereichen überhaupt erst den Aufbau wohlfahrtstaatlicher Mechanismen zur kontinuierlichen Verringerung von Ungleichheit. Die Mittel, die zu diesem Zweck Anwendung finden, können nicht einfach mit „klassischen“ wohlfahrtsstaatlichen Arrangements in Verbindung gebracht werden. Vielmehr handelt es sich hier um den Versuch, innerhalb des Plans zur endogenen Entwicklung, kontextbezogene Lösungen zu erarbeiten. Dieser hohe Anspruch, der seitens der Regierung erhoben wird, muss allerdings vor dem Hintergrund der Finanzierung dieser Programme relativiert werden. Der überwiegende Teil der finanziellen Mittel stammt nämlich aus den Renten der staatlichen Erdölproduktion (Vgl. Wilpert 2007: 93ff.). Im Folgenden sollen einerseits die von der Regierung Chávez etablierten Mechanismen der Sozialpolitik des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ dargestellt werden, bevor konkrete Ergebnisse ebendieser auf Verteilung und Ungleichheit anhand verschiedener Daten dargestellt werden.

6.4.4.1 Sozialpolitische Maßnahmen

Nach der Wahl Chávez zum Präsidenten, wurde mit dem *Plan Bolívar 2000* einerseits das staatliche Aufkommen für Soziales drastisch erhöht (zum Teil wurden die Sozialausgaben anteilig am BIP während der Regierung Chávez im Vergleich zu den Jahren vor seinem Regierungsantritt sogar verdoppelt) und andererseits das Militär (siehe unten) mobilisiert, um die Armenviertel Venezuelas mittels Aufräum- und Reparaturarbeiten in einen besseren Zustand zu versetzen (Azzellini 2007: 126; Herdin 2005: 115).

Die Kombination des finanziellen Aufstockens des sozialpolitischen Budgets aus den Erdöleinnahmen und die Einbindung des Militärs zur Umsetzung des *Plan Bolívar 2000* zeigten schnell erste Früchte. Die Kindersterblichkeit konnte stark gesenkt werden und der Zugang zu sauberem Wasser wurde einem größeren Teil der Bevölkerung möglich gemacht (Weisbrot/Sandoval 2009: 11ff.). Daten der Weltbank (2013) zeigen zudem, dass bereits im Jahr 2009 99% der venezolanischen Bevölkerung Zugang zu Elektrizität hatten. Auch im Bereich der Einkommensverteilung und der Bildung wurden beachtliche Errungenschaften erzielt (siehe unten).

Als zentrales Mittel zur Umsetzung der sozialpolitischen Ziele und als Reaktion auf die Verelendungspolitik der 1990er Jahre wurden die sogenannten *misiónes* geschaffen, Sozialprogramme, die vor allem dezentral und effizient gegen die sozialen Missstände vorgehen sollen. Neben *misiónes*, die subventionierte Lebensmittel anbieten, bestehen vor allem eine Vielzahl an solchen Programmen im Bildungsbereich. Eine der progressivsten Maßnahmen stellt allerdings die *misión barrio adentro* dar, die mit der Hilfe kubanischer Ärzte, der oft von jeglicher Infrastruktur abgeschnittenen Bevölkerung der *barrios*, eine adäquate gesundheitliche Versorgung gewährleisten sollte (Müller 2005: 178f.).

Neben den positiven Errungenschaften der genannten Maßnahmen steht aber vor allem der staatliche Wohnungsbau stark in der Kritik. Hier wurde es bisher nur sehr zögerlich umgesetzt, das Ziel einzuhalten, bessere Wohnungsbedingungen für die Bevölkerung zu schaffen (Wilpert 2007: 136ff.).

Der Staat wird hier aus dem Grund zuerst in die Pflicht genommen, da all diese Maßnahmen auf den in der Verfassung 1999 verankerten Rechten der Bevölkerung auf Gesundheit, soziale Sicherheit, Beschäftigung, Bildung und Wohnen basieren. Die Besonderheit dabei besteht allerdings vor allem in der zum Teil sehr expliziten Betonung der staatlichen Verantwortung für die Umsetzung bzw. Einhaltung dieser Rechte (ebd. 2007: 105).

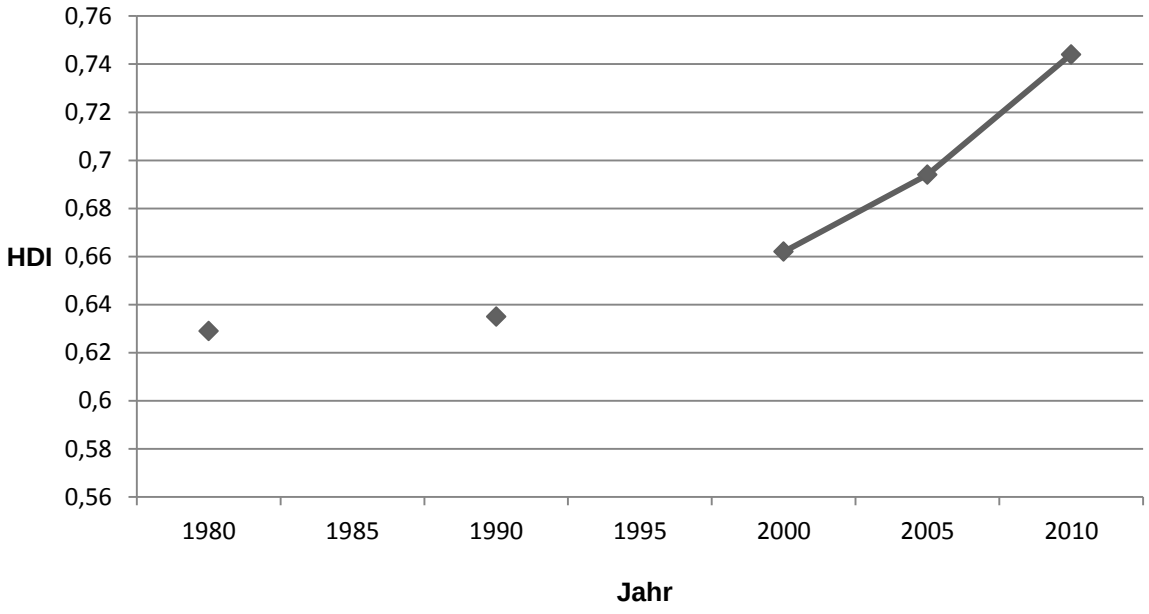
6.4.4.2 Auswirkungen auf Ungleichheit und Verteilung

Die oben genannten sozialpolitischen Maßnahmen sind zwar sehr eng mit dem ökonomischen Aufschwung im Zusammenhang mit steigenden Erdölpreisen gekoppelt, ihr prinzipieller Erfolg kann allerdings anhand einiger Daten rasch dargelegt werden. Wie beispielsweise aus Abbildung 11 deutlich hervorgeht, hat sich auch der *Human Development Index* (HDI) des *United Nations Development Programs* für Venezuela seit dem Amtsantritt Chávez deutlich verbessert. Beträgt dieser 1980 noch 0,692 Punkte (der Index verläuft auf einer Skale zwischen 0 und 1, mit 1 als Maximalwert), so liegt dieser Wert 2010 bereits bei 0,744.

Obwohl auch zwischen 1980 und 2000 schon eine Steigerung zu beobachten ist, wird doch deutlich, dass die im Diagramm dargestellte Kurve während der Regierungszeit Chávez deutlich steiler ansteigt.

Da es sich beim HDI um eine Berechnung des Lebensstandards aufbauend auf sowohl ökonomischen wie auch sozialen Faktoren handelt, kann aus dem steilen Anstieg der Kurve in Abbildung 11 vor allem geschlossen werden, dass die Reformen im Bereich Bildung und Gesundheit, sowie die sozialen Umverteilungsmaßnahmen den wesentlichen Ausschlag gegeben haben. Dieser Schluss wird deutlich, wenn die Zahlen des Gini-Koeffizienten und der Verteilung von Einkommen betrachtet werden.

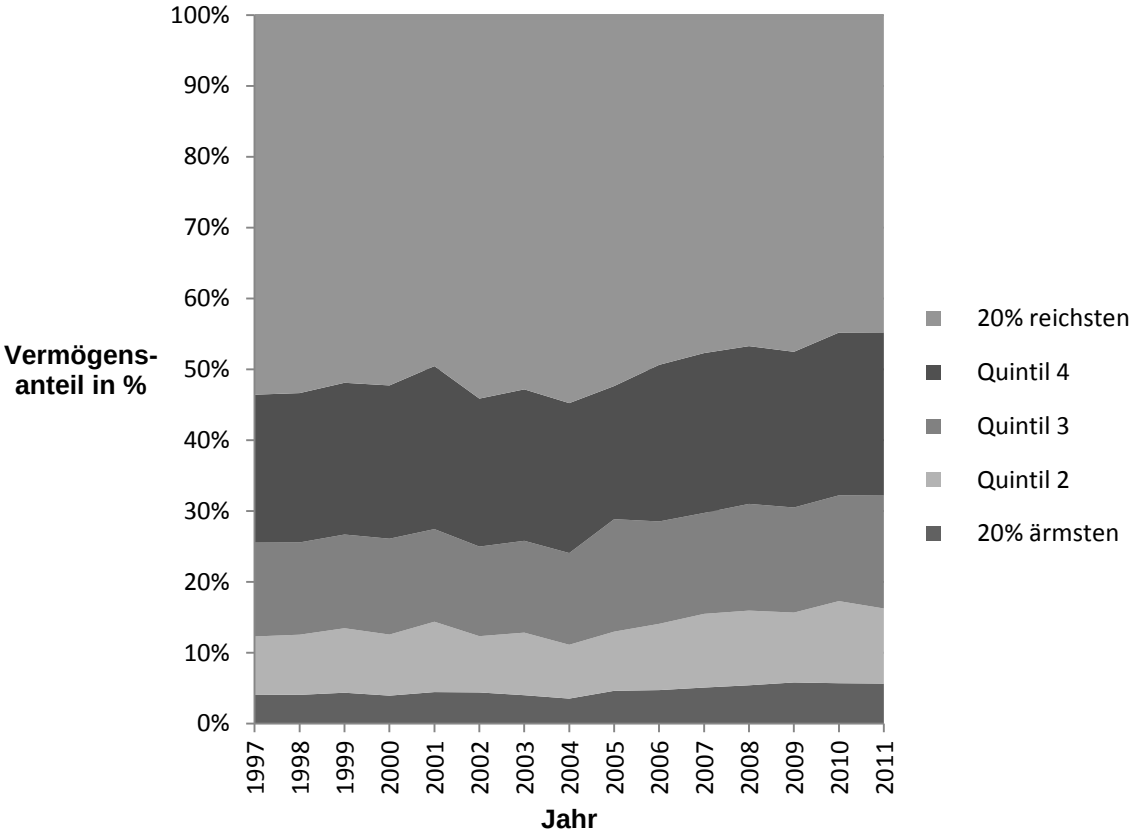
Abbildung 11: Human Development Index (HDI) Venezuela 1980-2010



Quelle: Eigene Darstellung nach UNDP 2013

Daten des *Instituto Nacional de Estatística de Venezuela* (2013) zeigen an, dass der Gini-Koeffizient mit einer Verschiebung der Werte von 48,7 im Jahr 1997 auf 39 im Jahr 2011 (bei 1 als maximale Ungleichheit) zu einer wesentlich gleicheren Verteilung der Einkommen in Venezuela tendiert. Die Einkommensverteilung aufgeteilt nach Quintilen (Abbildung 12) unterstützt diese Annahme. Hier lässt sich zeigen, dass es zwar zu keiner fundamentalen Umverteilung kam und die reichsten 20% der Bevölkerung noch immer über gut 45% der Vermögen verfügen, dieser Wert aber im Vergleich zu 1997, als er noch mehr als 53% betrug, doch deutlich gesunken ist (Vgl. Rommel 2011: 62f.). Damit geht auch eine drastische Reduktion der in Armut lebenden Menschen einher. Weisbrot und Sandoval (2009: 9) erkennen für den Zeitraum zwischen 2003 und 2008 einen Fall der Rate an in Armut lebenden Menschen von 54% auf 26%. Die Menschen, die in extremer Armut leben müssen, konnten sogar um insgesamt 72% auf 7% der Gesamtbevölkerung reduziert werden.

Abbildung 12: Vermögensverteilung in Venezuela nach Quintilen 1997-2011



Quelle: Eigene Darstellung nach INE 2013

Mit dieser Verschiebung der ökonomischen Lebensbedingungen der Menschen geht auch eine Veränderung der Klassenstruktur Venezuelas einher. So ging einerseits die besitzende Klasse (GrundbesitzerInnen und UnternehmerInnen) in ihrer Zahl (auf unter 1% der Gesamtbevölkerung) zurück. Andererseits hat allerdings die Zahl jener Personen zugenommen, die als Angestellte in Führungspositionen auftreten. Diese Menschen stellen vor allem in Staatsbetrieben die bürokratische Elite des Landes. Damit einhergehend hat sich generell der Anteil an in Staatsbetrieben beschäftigten Personen erhöht. Hier hat sich eine relativ große (in etwa hunderttausend Personen umfassende) Klasse an regierungsnahen, gut gebildeten Fachkräften herausgebildet, die sicherlich eine hegemoniale Basis der Regierung Chávez´ bzw. Maduros darstellen. Diese wird tendenziell durch die von den bolivarischen Bildungsprogrammen profitierende, formell beschäftigte Klasse ergänzt (Rommel 2011: 65ff.).

Ein differenziertes Bild zeichnet Rommel (2011: 68) dagegen beim KleinbürgerInnentum. Dieses ist in seiner Zahl gesunken und versucht seine Profite vor allem über die geringeren Löhne im informellen Sektor zu generieren. Diese Praktik wird von der Regierung nicht substantiell in Angriff genommen, zumal der informelle Sektor noch immer relativ groß ist und somit eine Vielzahl von Menschen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten durch das KleinbürgerInnentum angewiesen ist. Hier liegt sicherlich ein Widerspruch in der Politik der Regierung Chávez. Ein Erfolg ist hingegen die Beschäftigungslage in den Kooperativen, diese hat 2006 6% der ökonomisch aktiven Bevölkerung umfasst und konnte einen sprunghaften Anstieg erreichen (ebd.: 69).

6.4.5 Bildung

Unter allen sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung Chávez, verdient die Bildung einer besonderen Betrachtung. Renommierte SoziologInnen, wie etwa der unter ihnen vermittels seiner kritischen Perspektive herausragende Pierre Bourdieu (z.B.: Bourdieu 2005: 13ff.), stellten im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts fest, dass sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse über die Institutionen des Bildungsapparates einer Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit reproduzieren.

Dies gilt, wird dieser Gedanke weitergesponnen, für westliche Gesellschaften ebenso, wie für jene Gesellschaften, die das westliche Bildungsmodell im Zuge der Kolonialisierung ebenfalls zu übernehmen hatten. Es ist daher Ziel dieses Abschnitts, im Folgenden die Bemühungen der Regierung Chávez darzustellen, im Bereich der Bildung, einerseits die eigene hegemoniale Basis zu vergrößern und andererseits transformative Elemente in der Gesellschaft zu fördern.

6.4.5.1 Bildung als struktureller Reproduktionsmechanismus sozialer Ungleichheit in der venezolanischen Gesellschaft

Wie Verger und Muhr (2007) betonen, ist in Venezuela die Bildungspolitik seit der ISI-Phase in einer ähnlichen Art und Weise zu interpretieren. Kommt es im modernistischen Projekt der Militärregierungen und der paktierten Demokratie zunächst noch zur Einführung eines neunjährigen Schulzyklus, der einem relativ breiten Teil der Bevölkerung zumindest auf niederschwelligem Niveau eine Partizipation an den Umverteilungsmechanismen des venezolanischen Staates teilhaben lässt, so wird dieser wohlfahrtsstaatliche Prozess während der neoliberalen Phase, ähnlich wie andere sozialpolitische Zuwendungen drastisch reduziert. Während mit dem neunjährigen Zyklus noch ein (zumindest formell) vergleichsweise langer Verbleib in der Schule garantiert wurde, kam es in er neoliberalen Periode zu einer Reduktion auf vier bis sechs Grundschuljahren, was den ausgewiesenen Weltbank-Zielen entsprach.

Die Verfestigung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse im Bildungsbereich wurde allerdings weniger auf der Ebene der Primärschulstufe deutlich, als vielmehr in der sekundären und tertiären Schulstufe. Vor allem in der neoliberalen Phase wurden in diesem Bereich staatliche Ausgaben verstärkt gekürzt und das formell garantierte Recht der Bildung für alle wurde immer stärker zu einer elitären Exklusivität, da der Zugang zu höherer Bildung oft nur noch durch die Bezahlung von Studiengebühren erreicht werden konnte (Vgl. Azzellini 2006).

6.4.5.2 Bildung unter der Regierung Chávez´

Wie bereits einleitend erwähnt, waren Reformen der Bildungspolitik eine der wesentlichen Säulen bei der Umstrukturierung der sozialpolitischen Maßnahmen unter der Regierung Chávez. In der neu anerkannten Verfassung findet sich dazu mit Artikel 103 folgende rechtliche Grundlage für die venezolanische Bildungspolitik:

> „Jeder hat das Recht auf eine umfassende, nachhaltige und gute Bildung mit gleichen Bedingungen und Chancen; Einschränkungen dürfen sich lediglich aus der Eignung, der Neigung und den Bestrebungen eines jeden ergeben. Die Bildung ist eine Pflicht auf allen Stufen, von der Krippe an bis zu den verschiedenen Abschlüssen der Oberschule. Der Unterricht in den staatlichen Einrichtungen ist bis zur universitären Zwischenprüfung kostenlos. Zu diesem Zweck tätigt der Staat in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Organisation der Vereinten Nationen vorrangige Investitionen. Der Staat schafft und unterhält ausreichend ausgestattete Einrichtungen, um den Zugang zum und das Verbleiben im Bildungssystem sowie das Erreichen eines Bildungsabschlusses zu sichern. Das Gesetz gewährleistet gleiche Teilnahmebedingungen für die Personen mit besonderen Bedürfnissen oder Behinderungen und für diejenigen, die sich in geschlossenen Anstalten befinden oder denen es an Grundvoraussetzungen für ihre Eingliederung und ihren Verbleib im Bildungssystem mangelt.“ (Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela 2005: 74)

Hier wird deutlich, dass einerseits dem Bildungsbereich ein wesentlicher Platz im Programm der endogenen Entwicklung eingeräumt wird und andererseits eine klassensensible Bildungspolitik angestrebt wird, die mit der neoliberalen Elitenbildung brechen möchte und via staatlicher Umverteilung eine Integration der breiten Bevölkerung vorantreiben möchte. Der Vergleich zeigt, dass zwischen 1998 und 2007 die relativen Ausgaben für Bildung am BIP von 3,7% auf 5,8% gestiegen sind. In Anbetracht der massiven Kürzungen während der neoliberalen Phase ist hier klar eine massive Aufwertung bildungspolitischer Maßnahmen zu erkennen (Peters 2011: 642ff.).

In diesem Kontext wurden unterschiedliche Einrichtungen geschaffen, um das Erreichen dieser Ziele zu gewährleisten. Ähnlich wie in anderen Sozialprogrammen, stehen hier vor allem die *misiónes* im Zentrum der Neuerungen. Besonders die *misión robinson*, nach Schulstufen in *misión robinson* I-III unterteilt, kann bisher als eines der erfolgreichsten Sozialprogramme Venezuelas bezeichnet werden. Nicht nur, dass ein Großteil der Bevölkerung in das Schulsystem integriert werden konnte, mit diesen *misiónes* gelang die Alphabetisierung annähernd der gesamten Bevölkerung. Dabei spielte vor allem auch die Einbindung von Erwachsenen in dieses System eine Rolle, die in den vorangegangenen Jahren zu den Leidtragenden der neoliberalen Reformen gehörten. Die *misión ribas* erweitert das Spektrum zudem in der sekundären Schulstufe. Um allerdings nicht nur grundlegende Bildung an die ärmeren Teile der Bevölkerung zu bringen, wird mit der *misión sucre* auch ein staatlich finanziertes Programm zur Einbindung eines größeren Teils der Bevölkerung bereitgestellt, dessen Herzstück die bolivarische Universität darstellt. Mittels der *misión sucre* konnten bereits zehn Jahre nach dem Amtsantritt Hugo Chávez´ mehr als zwei Millionen VenezolanerInnen in die tertiäre Bildung neu integriert werden.

Des Weiteren kommen mit der *misión vuelvan caras* noch praxisbezogene Ausbildungsmöglichkeiten hinzu. Ebenfalls stark auf die kommunale Ebene ausgerichtet, ist die *misión sciencia*, welche den Menschen die Möglichkeit bietet, im Rahmen eines Ausbildungsprogramms das Wissen zu erlangen, um für den eigenen Bedarf spezifische Lösungen auf bestehende Problematiken zu entwickeln (Vgl. Azzellini 2006; Verger/Muhr 2007).

Während bis zu diesem Punkt von einer Programmatik gesprochen werden kann, die sich nicht unbedingt wesentlich von europäischen sozialpolitischen Modellen, oder gar bereits bekannten lateinamerikanischen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements unterscheiden muss, so ergibt sich dennoch ein differenziertes Bild, wenn die inhaltliche Ausgestaltung dieser Reformen betrachtet wird. Wie Verger und Muhr (2007) betonen, sind die bolivarischen Bildungsinstitutionen vor allem durch ihre Klassensensibilität, die Dezentralisierung (Bildung

kommt sozusagen zu den Menschen) und den emanzipatorischen Gehalt charakterisiert. Letzterer ist demnach zudem stark von den Arbeiten Paulo Freires und seiner „Pädagogik der Unterdrückten“ geprägt (Vgl. Freire 1973).

6.4.5.3 Rückschlüsse aus den bildungspolitischen Maßnahmen

Die Bildungspolitik ist sicherlich als eines der international anerkanntesten Prunkstücke der Regierung Chávez´ zu sehen. Die Statistiken zur Partizipation der Bevölkerung an Bildungsprogrammen geben der bolivarischen Revolution Recht und zeigen, dass endogene Entwicklung hier auch sehr stark mit Dezentralisierung verbunden wird. Gleichzeitig dient der Bildungssektor für die amtierende Regierung sicherlich als zentrale Vermittlung der hegemonialen Bemühung für die Zustimmung zum gesamten Projekt der bolivarischen Revolution. Barrieren, die beseitigt werden konnten, stehen allerdings dennoch zentrale Widersprüche, wie etwa die informell geringere Bedeutung von Abschlüssen aus Einrichtungen der *misiónes* gegenüber Privatschulen und –universitäten, entgegen (Vgl. Peters 2011). Dieser Reproduktion sozialer Ungleichheit steht allerdings dennoch eine Bildungspolitik gegenüber, die sich auf die Emanzipation der Menschen, basierend auf der Bewusstmachung ihrer spezifischen sozialen Lage, bezieht.

6.4.6 Landreform

Bereits die theoretischen Ausführungen dieser Arbeit legen nahe, dass die Ausgestaltung des Eigentums an Land in Lateinamerika von außerordentlicher Bedeutung für die Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist.

Im Abschnitt zur ISI-Phase der venezolanischen Geschichte wurde bereits betont, dass sich während des zwanzigsten Jahrhunderts in diesem Punkt eine Kontinuität abzeichnete, die in weiten Teilen auf das koloniale Erbe Venezuelas zurückzuführen ist. Da sich in diesem Kontext auch immer die Machteliten reproduzierten, deren Interessen auch über den Kolonialismus hinaus mit einer elitär konzentrierten Verteilung von Land verbunden ist, überrascht es wenig, dass sowohl während der ISI-Phase, als auch während der neoliberalen Phase keine ernsthaften Versuche unternommen wurden, grundlegende Reformen voranzutreiben bzw. scheiterten diese zudem mangels adäquater Umsetzung (Wilpert 2007: 108).

Unter Chávez kam es zu zwei grundlegenden Landreformen, nämlich einer ruralen und einer urbanen. Die rurale Reform von 2001 besagt im Wesentlichen, dass alle VenezolanerInnen, die Kopf ihres Haushalts- und zwischen achtzehn und fünfundzwanzig Jahre alt sind, das Recht haben, für sich und die eigene Familie Land zu beanspruchen. Wenn nach drei Jahren

eine erfolgreiche Bewirtschaftung erfolgt, darf das Land behalten werden. Außerdem sollen Latifundien, die größer als 5000 Hektar sind, abgeschafft werden. Damit soll einerseits der landwirtschaftliche Sektor stärker belebt werden, und andererseits mehr soziale Gleichheit geschaffen werden. Die mit solchen Reformen einhergehende Angst vor Enteignung wird dadurch entkräftet, dass zuerst immer Staatsbesitz aufgeteilt wird (ebd.: 110ff.). Die urbane Landreform wurde als notwendig erachtet, da Venezuela mit einer enormen Landflucht konfrontiert ist. Fast 90% der Bevölkerung leben mittlerweile in Städten und wiederum etwa 60% von diesen Personen in den sogenannten *barrios*, den Armenvierteln der Städte (Vgl. Baptista 2006).

Da es sich hier zumeist um illegale Ansiedelungen handelt, befinden sich viele der Häuser auf unsicherem Terrain. Um die Gefahr, die hiervon ausgeht einzudämmen, sollte mittels der urbanen Landreform auch die Übersiedelung dieser Personen in von der Regierung finanzierte Gebäude möglich werden. All jene, die über entsprechend sichere Häuser verfügen, sollen zudem möglichst flächendeckend mit Eigentumstiteln ausgestattet werden (Wilpert 2007: 115ff.).

Wie bereits zuvor erwähnt, ist es allerdings gerade der soziale Wohnungsbau, der an den Sozialprogrammen der Regierung kritisiert werden muss. Hier wird erst die Zukunft zeigen können, ob die Probleme überwunden werden und die angestrebte Reform auch die gewünschten Resultate erzielt.

6.4.7 Militär und Medien

Wie bereits die Ausführungen zur ISI-Phase, aber auch die Herkunft von Hugo Chávez zeigen, spielt das Militär in Venezuela (ähnlich wie in anderen lateinamerikanischen Staaten) eine besondere Rolle, die in einer Untersuchung des erweiterten Staates der Bolivarischen Republik Venezuela nicht außer Acht gelassen werden darf.

Neben dem Militär spielen allerdings auch die Medien auf zivilgesellschaftlicher Ebene eine bedeutende Rolle bei der Konstitution von Hegemonie. Da es in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu einschneidenden Ereignissen kam, bei denen sowohl Militär als auch Medien eine große Bedeutung spielten, soll diese im Folgenden anhand des Putschversuches von 2002 dargestellt werden.

6.4.7.1 Das venezolanische Militär

Nicht nur im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch im Bereich des Militärs muss von einer Verschiebung der öffentlichen Unterstützung der Regierung Chávez gespro-

chen werden. Während zu Beginn seiner politischen Laufbahn auch die Mittelschicht, als Teil der KernwählerInnenschaft Chávez´, ihn unabhängig von seiner militärischen Vergangenheit unterstützte, änderte sich dies relativ rasch, als die Ausgaben für den Militärapparat, der eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der nationalen Entwicklungspläne einnehmen sollte, erhöht wurden (Melcher 2005: 144). Wurde dies medial stark aufgebauscht und war es in den folgenden Jahren ein Grund für die kritische Haltung der Mittelschicht gegenüber der Regierung, so zeigt sich bei Betrachtung von Weltbankdaten, dass die Ausgaben sich absolut zwar erhöht haben, der relative Anteil am BIP aber zwischen 1991 mit 2,2% und 2011 mit 0,7% deutlich gesunken ist (Weltbank 2013).

6.4.7.2 Die venezolanischen Medien und der Putsch von 2002

Die Rolle der Medien, die zum großen Teil über Kanäle der Opposition organisiert sind, ist von großer Bedeutung für die politische Spaltung der Bevölkerung (Vgl. Cabrera/Silva Ferrer 2011). Das prägnanteste Beispiel hierfür ist der Putschversuch gegen Chávez von 2002. Hier wurde, wie sich später herausstellen sollte, mit einer medialen Inszenierung falscher Tatsachen, bei der der von der CTV initiierte Streik in der PDVSA als Erfolg dargestellt wurde, seitens der Opposition und der privaten Medien zu Solidarisierungsprotesten aufgerufen. Im Zuge dieser Proteste und der Gegenproteste der ChavistInnen, kam es zu weiteren Verzerrungen in der öffentlichen Wahrnehmung, als zunächst Scharfschützen und Polizei in die chavistische Menge schossen und die Gegenwehr der Chávez-AnhängerInnen später als eigentliche Initialzündung für die folgenden Unruhen dargestellt wurden.

Im Zuge dieser Querelen kam es zum Putsch gegen Chávez und den Versuch, Ex-Präsident Pérez wieder in seinem Amt zu installieren (Azzellini 2007: 36f.).

Besonders das Militär war es, das eine zentrale Rolle einnahm, sowohl beim Versuch Chávez (*El Comandante*, wie er ob seiner eigenen militärischen Herkunft genannte wird) zu stürzen, als auch dabei ihn im Amt zu belassen. Was im ersten Moment paradox erscheint, lässt sich durch die klassenbezogene Zusammensetzung des Militärapparats verstehen. Während die PutschistInnen vor allem aus oppositionsnahen Offizieren (aber auch vor allem Teilen der alten Eliten, des Gewerkschaftsdachverbandes CTV und nationalen UnternehmerInnen) bestanden, die ihre Position entweder während der paktierten Demokratie, oder unter der Regierung Pérez bezogen, setzten sich die unteren Ränge vor allem aus Menschen aus den ärmeren Teilen der venezolanischen Bevölkerung zusammen, denen das Militär es erlaubt, Karriere zu machen, und die damit einen Teil der Basis von Chávez WählerInnenschaft bildeten (Wilpert 2007: 15). Aus der sozialen Lage allein ist das Ungehorsam allerdings nicht zu erklären, denn

ein großer Teil, vor allem der jüngeren Militärs erfuhr durch die Regierung Chávez direkte Begünstigungen, da Militärakademien einen universitären Status erhielten und es so einer Vielzahl von jungen SoldatInnen möglich wurde, ein akademisches Studium aufzunehmen (Azzellini 2007: 39).

Letztlich scheiterte der Putschversuch und Chávez blieb im Amt bzw. wurde 2004 in seiner Präsidentschaft bestätigt. Der wesentlich radikalere Kurs, der nach dem Putschversuch eingeschlagen wurde, ist allerdings nicht zu übersehen. Vor allem im Bereich der Medien wurde so die Macht der Privatsender zunehmend eingeschränkt. Während vor dem Putsch weitgehend liberale Züge erhalten blieben, war es danach zunehmend das Ziel der Regierung Chávez, die Medienlandschaft stärker in Richtung der chavistischen Bewegung zu gestalten (Cabrera /Silva Ferrer 2011).

6.4.7.3 Militär und Medien als Austragungsorte des Kampfes um Hegemonie

Aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Hegemonie gestalten sich sowohl die Medienlandschaft als auch das Militär als wesentliche Austragungsorte für die Kämpfe um gesellschaftliche Macht. Einen Wendepunkt stellte dabei der Putschversuch von 2002 dar, dessen Folgen nicht nur mit dem Streik innerhalb der PDVSA weitreichende Folgen hatte, sondern auch den Kurs der Regierung Chávez radikalisierte. Die politische Spaltung der Bevölkerung, die sich auch (in der zum Teil klassenbezogenen) Unterstützung des Putschversuches gegen Chávez äußerte, wurde seitens der Regierung seither vermehrt mit einer gezielten Etablierung politisch gleichgesinnter Personen in einflussreichen Positionen beantwortet.

Während sich solche Maßnahmen im (direkt von der Regierung kontrollierten) Militär noch als relativ einfach herausstellen, bleibt die Medienlandschaft weiterhin eine der wichtigsten Orte für Kampagnen gegen die Regierung. Während die Opposition mit dem Militär eine wesentliche Machtbastion verlor, ist die weiterhin große Bedeutung der privaten Medien und ihr scharfer Kurs gegen die Regierung allerdings ein Indiz für die (noch immer einflussreiche) Bourgeoisie und ihre Versuche, die politische Macht im Land zurückzuerlangen (Vgl. Wilpert 2007: 24f.)

6.4.8 Die internationale Dimension der bolivarischen Revolution

Obwohl zunächst vor allem endogene Faktoren der venezolanischen Entwicklung unter der Regierung Chávez in den Sinn kommen, wurde im Zuge der bolivarischen Revolution auch auf internationaler Ebene eine progressive Richtung eingeschlagen, die nicht erst seit dem Beitritt zum MERCOSUR am 31.7.2012 vor allem auch für regionale Kooperation der latein-

amerikanischen Staaten steht (Vgl. ebd. 2007: 153ff.).
Im Folgenden sollen diese Entwicklungen skizziert werden. Dabei spielt zunächst ALBA-TCP- und danach die OPEC die wesentliche Rolle in der Analyse.

6.4.8.1 ALBA-TCP

ALBA-TCP, oder *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos* steht in der jüngeren lateinamerikanischen Geschichte für das progressivste überregionale Projekt des Kontinents. Den Beginn markierte ein Abkommen zwischen Venezuela und Kuba, welches den Austausch von venezolanischem Erdöl gegen kubanische Ärzte vorsah. Diese stark heterodoxe Maßnahme steht auch bezeichnend für das weitere Vorgehen der ALBA-Mitgliedstaaten, zu denen mittlerweile neben Venezuela und Kuba auch Bolivien, Ecuador, Nicaragua, sowie einige Inselstaaten der Karibik gehören. Neben dem Austausch von Erdöl gegen nicht-monetäre Gegenleistungen, wurden allerdings mit der *Banco del ALBA* und der Alternativwährung SUCRE zwei weitere progressive Mechanismen etabliert, die die Unabhängigkeit der Mitgliedsstaaten vor allem gegenüber der USA stärken sollten (Görgl et al. 2011: 69).

6.4.8.2 OPEC

Als eine der wesentlichen außenpolitischen Maßnahmen unter Chávez, die vor allem gleichzeitig von enormer ökonomischer Tragweite war, muss die Re-Etablierung Venezuelas in der OPEC angesehen werden. Während in der neoliberalen Periode, inspiriert vom marktliberalen Denken, das OPEC-Kartell bzw. seine Förderquoten von Venezuela untergraben wurden und es zu einem Preiskampf zwischen den Ölfördernationen kam, war Chávez seit Beginn seiner ersten Amtszeit bemüht, die Preisstabilität des Erdöls durch die OPEC wiederherzustellen. Diese (bis dato) erfolgreiche Strategie wurde in den Jahren seiner Regierung beibehalten und wird wohl auch unter Maduro eine wesentliche Rolle spielen, zumal die venezolanischen Staatseinnahmen wesentlich von der Höhe des Ölpreises abhängen (Ellner 2008: 206ff.). Die Stärkung der Rolle der OPEC hat allerdings nicht nur wirtschaftspolitische Implikationen, sondern steht auch außenpolitisch für einen Schwenk, weg von der Abhängigkeit der USA, hin zu stärkerer Süd-Süd-Kooperation (Vgl. Wilpert 2007: 151). Da die USA allerdings weiterhin der wichtigste Handelspartner Venezuelas bleibt und auch der Nachbarstaat Kolumbien mit seiner Chávez-kritischen Regierung eine starke Bedeutung besitzt (siehe oben), haben diese Maßnahmen zum Teil vor allem eher symbolische denn praktische Bedeutung.

6.4.9 Schlussfolgerungen zur post-neoliberalen Phase

Um die obigen Ausführungen zur post-neoliberalen Phase nun in den analytischen Zusammenhang dieser Arbeit zu stellen, müssen diese vor dem Hintergrund der regulationstheoretischen Typisierungsachsen zusammenfassend diskutiert werden.

Wie sich aus den Ausführungen zur ökonomischen Entwicklung Venezuelas in der post-neoliberalen Phase Venezuelas gezeigt hat, muss hier ein differenziertes Bild gezeichnet werden.

So zeigt etwa der Rückgang der Arbeitslosenzahlen und die zunehmende Bedeutung von Kooperativen an, dass die Subsistenzwirtschaft in ihrer Bedeutung zur Lebenserhaltung aufgrund mangelnder Einbindung in die Lohnarbeit tendenziell abgenommen hat, sie aber gleichzeitig über alternative Projekte in ihrer Existenz bestätigt wurde. Hier ist vor allem die Dimension einer alternativen Regulation zur - noch immer bestehenden - strukturellen Heterogenität der venezolanischen Wirtschaft angesprochen.

Diese zeigt sich auch deutlich an der weiterhin dominant extensiven Akkumulationsstrategie innerhalb der venezolanischen Ökonomie, die sich anhand relativ geringer Produktivitätsfortschritte im Vergleich zu den steigenden Beschäftigungszahlen darstellen.

Bei der Betrachtung des BIPs bzw. seiner Zusammensetzung wurde gezeigt, dass dieses einerseits einen enormen Anstieg zu verzeichnen hatte, dieser aber andererseits nur indirekt aus dem Erdölsektor zu erklären ist. Hier ist neben Finanz- und Versicherungswesen, vor allem der Kommunikationssektor hervorzuheben, der einen der bevorzugten Anlageplätze für ausländische AnlegerInnen darstellt (Burchardt 2005: 178).

Gleichzeitig zu der zunehmenden Bedeutung des Finanzsektors, muss allerdings die abnehmende Bedeutung der produktiven Sektoren verdeutlicht werden. Beide Entwicklungen stehen wohl zu einem großen Teil in Kontext, einerseits des persistenten Negativzinses und andererseits der Überbewertung des Bolívar aufgrund der Abhängigkeit vom Erdölexport.

Besonders in diesem Zusammenhang zeigt sich, dass ein Rückgang dieser Abhängigkeit während der post-neoliberalen Phase kaum verzeichnet werden kann. Vielmehr konnten die steigenden und konstant hohen Erdölpreise zwar für eine weitgehend positive Leistungsbilanz genutzt werden, die Importe vor allem industrieller Güter spielen allerdings weiterhin eine zentrale Rolle. Außerdem muss vor allem die Überbewertung der heimischen Währung mittelfristig als große Gefahr für die venezolanische Produktion angesehen werden. Eine Tendenz, die wohl schon an den zuvor erwähnten Rückgängen der Bedeutung des produktiven Sektors abzulesen ist.

Wie sich gezeigt hat, stellt die monetäre Restriktion und damit die gesellschaftliche Ausge-

staltung des Geldes einen der wesentlichen Konfliktpunkt der venezolanischen Gesellschaft dar (Görgl et al. 2011: 77f.). Vor allem die starke Fluktuation der Inflationsraten, aber auch die Devisenkontrollen der Regierung zeigen, dass sich hier im Bereich der Regulation eine wesentliche Konfliktlinie abzeichnet und nicht von einem einheitlichen gesellschaftlichen Projekt gesprochen werden kann.

Ähnliches gilt auch für die starke Polarisierung der Gesellschaft in anderen Bereichen, die sich vor allem auch in der Medienlandschaft ausdrückt. Der Regierung Chávez ist es hier trotz einer Neukonstitution des Staates mit der Verfassung von 1999 und der gleichzeitig politischen Einbindung breiter Bevölkerungsschichten (Burchardt 2005: 185), nicht gelungen Kohärenz in die gesellschaftlichen Anliegen zu bringen. Dies erklärt sich wohl vor allem dadurch, dass durch seine Politik wesentliche Interessen der nationalen Bourgeoisie beschnitten wurden (während gleichzeitig ausländischen Kapital weniger betroffen war), aber zentrale Bereiche, wie etwa das Steuersystem nicht reformiert wurden. Dieses besteuert die Ober- und Mittelschichten im lateinamerikanischen Vergleich noch immer nur sehr gering (ebd. 183). Die aktuelle Vermögensverteilung in Venezuela vermittelt ebenfalls ein differenziertes Bild. Die Einkommensschere schließt sich zwar zunehmend, ist allerdings vergleichsweise noch immer sehr groß. Diese Tendenz zu größerer Einkommensgleichheit, entspringt den sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung, die auf der Seite des Lohnverhältnisses eine deutliche Verschiebung mit sich gebracht haben. Nicht nur, dass die gesellschaftliche Ungleichheit im Bereich des Einkommens verringert werden konnte, auch der generelle Lebensstandard konnte deutlich erhöht werden, wie sich aus den Daten des HDI schließen lässt.

Hier sind vor allem die *misiónes* als wichtigstes Beispiel für die Umsetzung der Sozialpolitik zu nennen, da hier sowohl im Bereich Bildung, als auch im Bereich Gesundheit massive Fortschritte zu verzeichnen sind.

Neben diesen Errungenschaften, ergeben sich allerdings aus der Politik der post-neoliberalen Phase auch einige Widersprüche. So kann etwa im Bereich der ökologischen Restriktion nicht davon gesprochen werden, dass es zu einem nachhaltigeren Umgang mit den Ressourcen des Landes gekommen ist.

Auch anhand der tiefen Spaltung der Gesellschaft und der teilweise widersprüchlichen Politik der Regierung (wie etwa bei der Währungspolitik), lässt sich erkennen, dass gesellschaftliche Kohärenz im Moment nur sehr bedingt besteht. Die tiefen Gräben im Bereich Medien und Militär verdeutlichen hier die klassenbezogenen Auseinandersetzungen.

Auf ökonomischer Ebene stellt zudem die weiterhin verfestigte Abhängigkeit vom Erdölexport den zentralen Widerspruch dar. Aufgrund der dadurch entstehenden Tendenz zur Dein-

dustrialisierung und auch der Abhängigkeit der Sozialausgaben von diesem Sektor, wird die venezolanische Politik weiterhin an ihrem Umgang mit diesem Thema gemessen werden müssen.

Vor allem auf internationaler Ebene und mit der Stärkung der OPEC bzw. der Beziehungen zu Staaten, die via ALBA-TCP am Ölreichtum des Landes partizipieren können, zeichnet sich eine Abkehr von dieser Abhängigkeit allerdings nur bedingt ab.

Die theoretische Ausrichtung dieser Arbeit legt nun nahe, dass diese Entwicklung sowohl auf struktureller Ebene, als auch aus der Sicht emanzipatorischer Handlungsmöglichkeiten untersucht werden müssen. Mittels der regulationstheoretischen Aufarbeitung der venezolanischen politischen Ökonomie sollte nun die Grundlage für die Beantwortung dieser leitenden Forschungsfrage gelegt worden sein.

Bevor diese in einem abschließenden Fazit zur Beantwortung kommt, soll allerdings noch ein tabellarischer Überblick (Tabelle 5 und 6) über die Charakteristika der einzelnen Typisierungsachsen gegeben werden.

Tabelle 5: Typisierung der Akkumulation in der post-neoliberalen Phase Venezuelas

Typisierungsachse	**Ware/Staat/soziale Eigenlogik**
Die Verbindung der kapitalistischen mit anderen Produktionsweisen	Während der Regierung Chávez verschiebt sich die Ausgestaltung der Verbindung der kapitalistischen mit der Subsistenzproduktionsweise durch progressive Mechanismen auf der Ebene der Regulation. Vor allem Kooperativen und kommunale Projekte tragen hier dazu bei, dass die Bedeutung der strukturellen Heterogenität zwar nicht wesentlich geschmälert wird, die daraus entstehende soziale Ungleichheit allerdings wesentlich gedämpft wird.
Produktive vs. finanzialisierte Akkumulation	Der Plan zur endogenen Entwicklung möchte zwar die heimische Produktion stärken, kann dies allerdings nur begrenzt umsetzen. Die Abhängigkeit vom Erdölsektor und seine Verfestigung befördert eine schleichende Deindustrialisierung. Gleichzeitig werden Finanzialisierungstendenzen spürbar, die, obwohl sich der Finanzsektor als relativ stabil erweist, ein hohes Krisenpotential bergen. Es bleibt insgesamt also die Abhängigkeit von produktiver rohstoffbasierter Akkumulation bestehen.
Intensive vs. extensive Akkumulation	Die wachsende Beschäftigungszahl bei gleichzeitig relativ geringen Produktivitätszuwächsen lässt auf eine weiterhin dominant extensive Akkumulation schließen.

Intra- vs. Extraversion	Die in der neoliberalen Phase geschaffene Verbreiterung der Öffnung für ausländisches Kapital wird nur bedingt revidiert. Vielmehr sind ausländische Direktinvestitionen vor allem im Telekommunikationssektor für dessen Bedeutung am BIP verantwortlich. Gleichzeitig nimmt der Export von Erdöl weiterhin die Haupteinnahmequelle des venezolanischen Staates ein. Eine positive Leistungsbilanz aufgrund der hohen Erdölpreise kann insgesamt nicht über die dominante Extraversion hinwegtäuschen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Tabelle 6: Typisierung der Regulation in der post-neoliberalen Phase Venezuelas

Typisierungsachse	**Ware/Staat/soziale Eigenlogik**
Das Lohnverhältnis	Das Lohnverhältnis verschiebt sich unter Chávez klar zugunsten der Lohnabhängigen. Neben einer Tendenz zur Formalisierung und der damit einhergehenden größeren Bedeutung gewerkschaftlicher Organisation für breite Teile der Bevölkerung, machen vor allem die *misiónes* einen wesentlichen Fortschritt im Lebensstandard der venezolanischen Bevölkerung aus. Dennoch stehen diese Entwicklungen im Wiederspruch zur Stagnation bzw. Abnahme der Reallöhne, die zwar noch durch subventionierte Produkte abgefedert werden kann, bei anhaltender Inflation allerdings zur Gefahr wird. Die Verschiebung findet allerdings vor allem basierend auf den Erdölrenten statt. Anhand der geringen Besteuerung hoher Einkommen, lässt sich der noch immer große Einfluss der Bourgeoisie erkennen.
Das Konkurrenzverhältnis	Die tiefe Spaltung der Gesellschaft resultiert vor allem aus der Beschneidung der Interessen der nationalen Bourgeoisie durch die Regierung Chávez. Hier sind vor allem der Putsch von 2002 und die Medienlandschaft ein offener Ausdruck dieses Konflikts. Auf internationaler Ebene ist allerdings ein Machterhalt ausländischen Kapitals, bei einer gleichzeitigen Verschiebung der Präferenzen im Außenhandel zu verzeichnen. Während die Hauptexportabnehmerländer zwar weitgehend gleich bleiben (China stellt die Ausnahme dar), kommt es mit ALBA-TCP und der Stärkung der OPEC wieder verstärkt zu Süd-Südkooperationen.
Die monetäre Restriktion	Die monetäre Restriktion konnte als eines der Hauptkonfliktfelder gesellschaftlicher Regulation identifiziert werden. Die teilweise widersprüchlichen diesbezüglichen Handlungen der Regierung können hierfür als Indiz gesehen werden. Sowohl Inflations- als auch Währungspolitik können als richtungsweisend für den zukünftigen Erfolg der Regierung Maduro angesehen werden.

Ökologische Restriktion	Mit der Verfestigung des auf Erdölexport abstellenden Produktionsmodells, werden auch die Ressourcen des Landes weiterhin stark belastet. Auf der Seite der Verteilung muss allerdings von einer klaren Verschiebung zugunsten der Lohnabhängigen gesprochen werden.

Quelle: Eigene Zusammenstellung

7 Fazit

Einleitend zu der vorliegenden Arbeit wurde die Frage nach den Kontinuitäten struktureller Limitationen und dem Auftreten emanzipatorischer Brüche in der post-neoliberalen Phase Venezuelas bzw. der Regierung Hugo Chávez aufgeworfen.
Vor dem Hintergrund der theoretischen Aufarbeitung der dependenztheoretischen Abstraktion und der regulationstheoretischen Konkretisierung auf mittlerer Abstraktionsebene kann diese Fragestellung nun mit Bezug auf das dargestellte empirische Material beantwortet werden. Es zeigt sich dabei, dass sowohl die Kontinuitäten struktureller Limitationen, als auch die emanzipatorischen Brüche auf unterschiedlichen Ebenen zu finden sind.
Im Folgenden sollen diese dargestellt werden, bevor eine Zusammenführung den dialektischen Charakter der beiden Dimensionen venezolanischer Entwicklung hervorhebt.
Zum Abschluss dieser Arbeit soll zudem, der kritisch-realistischen Methode folgend, eine Rückführung auf die abstrakte Ebene stattfinden, deren Ziel es ist, weitere Konkretisierungen zukünftig vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Arbeit diskutieren zu können.

7.1 Kontinuität Strukturelle Limitationen

Bereits aus den Ausführung zur marxistischen Theorietradition geht hervor, dass die strukturelle Ebene gesellschaftlicher Entwicklung eine treibende Kraft bei der Dynamik des Fortschreitens der Geschichte ist. Mit der dependenztheoretischen Debatte und den Ausführungen zur Regulationstheorie wurde zudem verdeutlicht, dass diese Limitationen nicht zwangsläufig einen dauerhaften Charakter haben müssen. Aufbauend auf dem empirischen Material lassen sich allerdings einige Kontinuitäten herausarbeiten, die die jüngere Geschichte Venezuelas durchziehen und auch für die aktuelle Situation ausschlaggebend sind.

7.1.1 Abhängigkeit vom Erdölsektor

Mit der erstmaligen Förderung von Erdöl hat die venezolanische Ökonomie einen Weg eingeschlagen, der für sie bis heute charakteristisch ist. Wie aus den Ausführungen zur Dependenztheorie hervorgeht, ist eine solche Fixierung auf einen Rohstoff hinsichtlich des ökonomischen Entwicklungspotentials zu kritisieren. Während hier allerdings zumeist eine Kontinuität seit der Kolonialzeit festgestellt wird, muss dies für Venezuela relativiert werden, denn die Abhängigkeit vom Erdölsektor besteht erst seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts und lös-

te die vor allem auf Kaffeeexport ausgerichtete Ökonomie ab.
Während der ISI-Phase zeigte sich bereits, dass der Umgang mit der Erdölförderung durchaus gesellschaftlich umkämpft war. Der zunächst stark durch ausländisches Kapital geprägte und zur Legitimation der Militärregierung dienende Sektor wurde spätestens im Zuge der Punto-Fijo-Regierung immer stärker mit der Privatwirtschaft verschränkt. Selbst die Verstaatlichung unter Präsident Pérez änderte daran relativ wenig, zumal über Umwege dennoch finanzielle Zuwendungen in Form von subventionierten Krediten an die Privatwirtschaft flossen.
Die Bestrebungen anderer Länder, während der ISI-Phase eine eigene Industrie aufzubauen, wurden auch in Venezuela vollzogen und zeigten zunächst durchaus Früchte. Mit Beginn der neoliberalen Phase wurde allerdings klar, dass die strukturelle Komponente der Erdölabhängigkeit durch den Regulationsmechanismus der Punto-Fijo-Regierungen nicht von Bestand war und dieser letztendlich an den ökonomischen Widersprüchen scheiterte.
Die stärkere Orientierung nach Außen und der Abbau produktiver Aktivitäten bzw. der Aufbau von Finanzialisierungstendenzen während der neoliberalen Phase ist allerdings die ökonomische Grundlage, auf der die Wirtschaftspolitik der Regierung Chávez wurzelt. Die Bedeutung des Präfixes „post“ in der post-neoliberalen Phase ist hier durch die Kontinuität der strukturellen Schwierigkeiten angezeigt, von der Erdölabhängigkeit loszukommen. Des Weiteren stellen die Finanzialisierungstendenzen ein Symptom dieser Kontinuität dar.

7.1.2 Starre Staatliche Strukturen

Wie schon zuvor angedeutet, ist es schwierig, die ökonomische Abhängigkeit vom Erdölsektor in Venezuela ohne deren Verhältnis zum Staat zu analysieren. Bereits Baptista (Baptista 2010[1997]) weist auf die Besonderheiten des Rentierstaates hin, übersieht aber dessen Verwurzelung in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Tatsächlich muss aber eine Besonderheit des venezolanischen Staates festgestellt werden, die auf der Erdölabhängigkeit basiert und eine strukturelle Limitation darstellt, nämlich die starke Verschränkung des Staatsapparates mit der Schlüsselindustrie des Landes und einer damit einhergehenden weiteren Verschränkung und Abhängigkeit anderer Sektoren. Diese staatliche Struktur führte während der ISI-Phase dazu, dass (solange die Erdölpreise eine günstige Ausganglage brachten) ein relativ kohärentes gesellschaftliches Konzept aufgebaut wurde, das neben der nationalen Bourgeoisie auch Teile der Lohnabhängigen mit eingeschlossen hat. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene wurden diejenigen Teile der ArbeiterInnenklasse, die aufgrund von informeller Beschäftigung marginalisiert wurden, durch den Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Zuwendungen passiv in den hegemonialen Block eingebunden.

Durch den Zusammenbruch dieser quasi-fordistischen Regulation in der Krise der 1980er Jahre und der darauffolgenden Etablierung neoliberaler Strukturen zeigt sich, dass die in der ISI-Phase entstandenen Staatsapparate zunehmend und vor allem seitens der nationalen Bourgeoisie in Misskredit gerieten. Die teilweise Unterstützung für die neoliberalen Reformen und der Bedeutungsgewinn internationalen Kapitals setzten die staatlichen Strukturen in einen Widerspruch zur neoliberalen Agenda, was letztlich zum Aufbrechen der paktierten Demokratie führte.

Wie sich allerdings durch die Analyse der post-neoliberalen Phase zeigte, waren dadurch die staatlichen Strukturen keinesfalls beseitigt, sie wurden nur von anderen gesellschaftlichen Kräften dominiert. Mit der Machtübernahme Chávez zeigt sich, dass der Staatsapparat wieder, ebenfalls aufbauend auf einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, in Richtung stärkerer Zentralisierung, Einflussnahme auf die ökonomische Entwicklung und die Etablierung einer bürokratischen Elite abzielt.

7.1.3 Strukturelle Heterogenität

Die strukturelle Heterogenität schließt schließlich die strukturellen Limitationen ab, die sich während der Regierung Chávez´ fortsetzen. Auch hier wird deutlich, dass die neoliberale Politik noch immer wesentlich Einfluss auf die post-neoliberale Ära hat, ist die Subsistenzproduktion aufgrund niedriger Löhne im informellen Sektor immer noch von hoher Bedeutung. Die strukturelle Heterogenität reicht allerdings wesentlich weiter in der venezolanischen Geschichte zurück und muss in den Kontext des Kolonialismus gesetzt werden. Wenn Venezuela anfänglich auch keine große Bedeutung für die spanische Krone hatte, so zeigte sich doch, dass spätestens mit der Zunahme der Bedeutung von Kakao im internationalen Handel, eine Zentralisierung der ökonomischen Aktivitäten in den Städten des Nordens zu verzeichnen war. Gleichzeitig setzten sich diese Strukturen (inklusive der ungleichen Verteilung von Land) über die Unabhängigkeit hinaus fort und sind bis heute für das starke Gefälle zwischen den Sektoren der venezolanischen Ökonomie verantwortlich. Hohe Informalitätsraten in der Beschäftigung und die Konzentration von zentralen ökonomischen Aktivitäten in den Metropolen des Landes sind auch gegenwärtig von enormer Bedeutung.

7.2 Emanzipatorische Brüche

Neben diesen Kontinuitäten in den strukturellen Limitationen ergeben sich allerdings auch emanzipatorische Brüche in der post-neoliberalen Phase, welche die konkreten Auswirkungen der strukturellen Limitationen zugunsten bestimmter sozialer Gruppen umgestalten. Im Fol-

genden sollen die zentralen Bruchstellen, die aus dem empirischen Material hervorgehen, dargestellt werden.

7.2.1 Politische Einbindung breiter Bevölkerungsteile

Die politische Einbindung vormals passiver Teile der Bevölkerung in das hegemoniale Projekt Venezuelas stellt eine der wesentlichen Neuerungen unter der Regierung Chávez´ dar. Vor allem die Widersprüche der ISI-Phase, die letztlich zum gescheiterten Regulationsversuch des Neoliberalismus führten, können hier als zentrale Bruchstelle, die für dieses emanzipatorische Handeln notwendig war, erachtet werden. Auch die neue Verfassung, welche der Bevölkerung eine breite Palette garantiert und die zunehmende politische Organisation, sowohl in Gewerkschaften als auch in Kooperativen, sprechen hier für das emanzipatorische Potential der von der Regierung Chávez´ eingeleiteten Prozesse. Auch die Verschiebung der WählerInnenschaft Chávez´, weg von der Mittelschicht, hin zu ärmeren Teilen der Bevölkerung, zeigt, dass seine Politik für diese Menschen Vorteile mit sich brachte, die sie nun auch mittels der neu errungenen Mitsprache, bereit sind zu verteidigen.

7.2.2 Umverteilung der Erdölrenten

Im Kontext der politischen Mitsprache muss allerdings auch die Umverteilungspolitik Chávez´ gesehen werden. Während wohlfahrtsstaatliche Zuwendungen schon zu Zeiten der ISI-Phase bestanden, wurden diese erst unter Chávez bzw. unter dem Eindruck der massiven Einschnitte während der neoliberalen Phase, ausgebaut. Vor allem die *misiónes* zeigten hier Wirkung und konnten große soziale Fortschritte erzielen. Zudem zeigt die Verteilung der Einkommen, dass auch auf dieser Ebene eine wichtige Verschiebung stattgefunden hat, die nun zu einer größeren Gleichheit der venezolanischen Gesellschaft, bezogen auf die Einkommen, beiträgt.

Die wesentliche Grundlage für diese Maßnahmen stellt die Beibehaltung der Verstaatlichung des Erdölsektors und die Umverteilung der erwirtschafteten Renten dar. Hier konnte ein vormals exklusiver Umverteilungsmechanismus für eine breite Masse von Menschen nutzbar gemacht werden.

7.2.3 Emanzipatorische Bildungspolitik

Die Reform der venezolanischen Bildungspolitik stellt einen wesentlichen emanzipatorischen Bruch dar. Durch die Zugänglichkeit der Bildungsinstitutionen für einen breiten Teil der Bevölkerung und die zum Teil auf Emanzipation ausgerichtete Bildungsphilosophie ergibt sich

neben der politischen Partizipation auch eine wesentlich stärkere Bewusstmachung der jeweiligen sozialen Situation. Dies wiederum verstärkt die Ressourcen dieser vormals passiven Bevölkerung zunehmend dahingehend, dass sie für stärkere soziale Gerechtigkeit eintreten.

7.2.4 Die internationale Dimension der Emanzipation

Emanzipatorische Brüche entstanden allerdings nicht nur auf binnenstaatlicher Ebene. Auch im Bereich der Außenwirtschaft konnten progressive Maßnahmen umgesetzt werden. Hier zeigt einerseits der geringere Grad an Globalisierung an, dass ein deutlicher Trend in Richtung endogener Entwicklungsstrategien zu verzeichnen ist und andererseits wird mit ALBA-TCP regionale Integration vorangetrieben, die Mittels heterodoxer Mechanismen versucht, Wirtschaftskooperationen auf den Werten Solidarität und Kooperation aufzubauen.

7.3 Zusammenführung

Wie sich schon durch die obigen Ausführungen zeigt, sind die emanzipatorischen Handlungen kaum ohne die strukturellen Limitationen der venezolanischen Gesellschaft zu interpretieren. Die daraus resultierenden Widersprüche zwischen den Gefahren einer auf Erdölexporten abstellenden Ökonomie und gleichzeitiger Umverteilung und Emanzipation der Bevölkerung, sind genauso ein Ausdruck dieser Verschränkung, wie die auf sozialen Bewegungen aufbauende Politik bei gleichzeitiger Zentralisierung des Staates und der Absorption marginaler Interessen unter dessen historisch gewachsenen hierarchischen Strukturen. Auch die gleichzeitige Abhängigkeit vom Weltmarkt und der Versuch progressiver lateinamerikanischer Integration stellen einen solchen Widerspruch dar.

Als Erkenntnis aus diesen Prozessen muss somit festgehalten werden, dass die ökonomische Abhängigkeit von Erdölexporten sich in Venezuela als persistent erweist und die Nutzung der Renten zur Umverteilung - anstelle einer Umverteilung auf Basis von höherer Besteuerung der Reichen – den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu einem gesellschaftlichen Projekt macht, welches es zwar vermag, die Lebensqualität der ArbeiterInnenklasse zu erhöhen, diese Maßnahmen allerdings gleichzeitig auf die höchst volatile Basis des Erdölmarktes stellt.

Insgesamt lässt sich in diesem Zusammenhang nur schwer ein kohärentes Modell für die venezolanische Gesellschaft feststellen, das zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Gleichgewicht der unterschiedlichen Interessen hervorbringen würde. Vielmehr zeigt sich deutlich, dass in den meisten Bereichen der Gesellschaft Kämpfe stattfinden, deren Ausgang sich bisher als offen bzw. nur in wenigen Bereichen (wie etwa dem Militär, oder dem Bedeutungsgewinn sozialer Integration der Ärmsten) als entschieden darstellen. Die strukturellen Limitationen

scheinen sowohl Bedürfnisse der Bourgeoisie, als auch der ArbeiterInnenklasse hervorzubringen, die momentan nicht in einem gemeinsamen gesellschaftlichen Projekt harmonisiert werden können. Vielmehr entwickeln sich immer tiefere Gräben, die die Bevölkerung polarisieren und zum gegenwärtigen Zeitpunkt über die Nutzung der Erdölrenten zur Umverteilung auf der einen Seite und das Wachsen des Finanzsektors auf der anderen Seite ausgedrückt werden.

Der Erfolg der Regierung Maduro wird sich daher daran messen müssen, inwieweit es in Zukunft gelingt, die Verteilungskonflikte und unterschiedlichen Interessen in Venezuela zu einem kohärenteren Modell zu formen und die strukturellen Widersprüche der venezolanischen Gesellschaft zu stabilisieren.

Zusammenfassend kann nun festgehalten werden, dass die hier durchgeführte politökonomische Analyse zeigen konnte, dass diese Instabilität Venezuelas momentan einerseits aufgrund der historisch gewachsenen Strukturen durch die periphere Einbindung in die Weltwirtschaft entstand und es andererseits der bisher historisch einmaligen Situation in Venezuela geschuldet ist, dass die ArbeiterInnenklasse ihr emanzipatorisches Potential in der Krise des Neoliberalismus nutzt und die herrschende Ordnung infrage stellt.

Die instabile Ordnung der venezolanischen Gesellschaft zeigt, dass die Stellung innerhalb der globalisierten Welt weiterhin von größter Bedeutung, auch für die gesellschaftlichen Kräfte und deren Ausgestaltung, ist. Gleichzeitig wird dadurch deutlich, dass auch im Kontext der emanzipatorischen Erfolge der ArbeiterInnenklasse, bei gleichzeitigem Fortwirken neoliberaler Strukturen, erst ein passender Regulationsmodus gefunden werden muss, um in Zukunft und über die post-neoliberale Phase hinaus, gesellschaftliche Krisen- und ein Zerschlagen dieser Erfolge durch die Bourgeoisie zu vermeiden.

Die dialektische Beziehung der strukturellen Limitationen und der emanzipatorischen Handlungen ist es letztlich, die die (abhängige) Entwicklungsdynamik der venezolanischen Gesellschaft konstituiert.

7.4 Rückführungen zu abstrakten Ebenen

Um nun die kritisch-realistische Methode zu vervollständigen, sollen die obigen Ausführungen in abstrakte Zusammenhänge gebracht werden.

Es hat sich gezeigt, dass die vorgebrachten Erkenntnisse zu strukturellen Limitationen und emanzipatorischen Brüchen, in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander stehen und nicht ohne gegenseitige Bezüge interpretierbar sind. So zeigt sich etwa einerseits an der Starrheit staatlicher Strukturen, dass sozialen Bewegungen nur ein bestimmter Raum zur Verfü-

gung steht, um ihre Interessen auch gegenüber der (sie vermeintlich repräsentierenden) Regierung durchzusetzen. Gleichzeitig wird hier andererseits ein emanzipatorischer Bruch offenbart, stellt die prinzipielle Einbindung der breiten ArbeiterInnenklasse in den politischen Prozess doch eine deutliche emanzipatorische Neuerung dar.

Die dialektische Beziehung aus starren staatlichen Strukturen, in denen Kompromisse mit der Bourgeoisie eingeschrieben sind, und der Dynamik sozialer Bewegungen sorgt letztlich in Wechselwirkung mit der ökonomischen Basis für die Ausgestaltung des aktuellen Entwicklungsprozesses in Venezuela.

Dabei zeigt sich, dass die dependenztheoretische Abstraktion der grundsätzlich als positiv zu bewertenden Binnenorientierung ökonomischer Prozesse auch für die aktuelle Situation in Venezuela von großer Relevanz ist. Es muss jedoch hinzugefügt werden, dass gerade die post-neoliberalen Konstellationen einer Analyse bedürfen, die die internationale Verflochtenheit von sowohl Akkumulations- als auch Regulationsmustern betont. Eine regulationstheoretische Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die diese Ebene nicht mitdenkt, kann also kein hinreichendes Instrumentarium zur Analyse peripherer Gesellschaftsformationen liefern. Es muss daher für die regulationstheoretische Auseinandersetzung festgehalten werden, dass vor allem die Achse produktive vs. finanzialisierte Akkumulation dahingehend relativiert werden muss, dass, wenn eine rohstoffbasierte produktive Akkumulation vorliegt, auch Tendenzen zur Finanzialisierung und damit zur Instabilität zu erwarten sind. Die dependenztheoretische Abstraktion und ihre kritische Betrachtung rohstoffbasierter Ökonomien kann also hier sehr gut (ausgehend von empirischen Konkretisierungen) dazu beitragen, die Regulationstheorie an eine Analyse peripherer Ökonomien im postfordistischen Zeitalter heranzuführen.

Für post-neoliberale Konstellationen in Lateinamerika bzw. anderen peripheren Regionen zeigt sich daher, dass ein neuerliches Herantragen der theoretischen Abstraktion an konkrete Fallbeispiele vor allem das Spannungsverhältnis in dieser Typisierungsachse genauer untersuchen sollte.

8 Literaturverzeichnis

Aglietta, Michel (2000)[1976]: A theory of capitalist regulation. The US experience. London: Verso.

Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg: VSA-Verlag.

Aguila, Marcos/Bortz, Jeffrey (2006): Andre Gunder Frank: The Limits to the Latin American Lumpenbourgeoisie. In: Journal für Entwicklungspolitik 22 (1), 84–96.

Avineri, Shlomo (1969): Marx and Modernization. In: The Review of Politics 31 (2), 172–188.

Azzellini, Dario (2006): Bildung und Hochschulbildung für alle. Transformation des Bildungssystems in der bolivarischen Republik Venezuela. In: Journal für Entwicklungspolitik 22 (4).

Azzellini, Dario (2007): Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts? 2.Aufl. Köln: ISP.

Banco Central de Venezuela (2013): Información Estadística. http://www.bcv.org.ve/c2/indicadores.asp [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Baptista, Asdrúbal (2006): Bases cuantitativas de la economía venezolana, 1830-2002. Caracas: Fundación Empresas Polar.

Baptista, Asdrúbal (2010)[1997]: Teoría económica del capitalismo rentístico. Caracas: Banco Central de Venezuela.

Baran, Paul A. (1971): Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. 2. Aufl. Berlin: Luchterhand.

Baran, Paul A./Sweezy, Paul M. (1973): Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Becker, Joachim (2007): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. 2. Aufl. Marburg: Metropolis.

Becker, Joachim (2009): Regulationstheorie. In: Becker, Joachim/Grisold, Andrea/Mikl-Horke, Gertraude/Pirker, Reinhard/Rauchenschwandtner, Hermann/Schwank, Oli-

ver/Springler, Elisabeth/Stockhammer, Engelbert (Hg.): Heterodoxe Ökonomie. Marburg: Metropolis, 89–116.

Becker, Joachim (2011): Klassen und Politik in der Peripherie. In: Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Ziai, Aram (Hg.): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung. Wien: Mandelbaum, 153–168.

Becker, Joachim/Fischer, Karin/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (2007): Variationen kapitalistischer Entwicklung. In: Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, 7–62.

Becker, Joachim/Fischer, Karin/Jäger, Johannes (2003): Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Bilanz und Perspektiven. In: Journal für Entwicklungspolitik 19 (3), 7–11.

Becker, Joachim/Schwank, Oliver (2009): Theorien zum peripheren Kapitalismus. In: Becker, Joachim/Grisold, Andrea/Mikl-Horke, Gertraude/Pirker, Reinhard/Rauchenschwandtner, Hermann/Schwank, Oliver/Springler, Elisabeth/Stockhammer, Engelbert (Hg.): Heterodoxe Ökonomie. Marburg: Metropolis, 117–146.

Bértola, Luis (2007): Lateinamerika in Zeiten der Globalisierung. In: Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, 63–90.

Bhaskar, Roy (2008)[1975]: A realist theory of science. London/New York: Verso.

Bielschowsky, Ricardo (2009): Sixty years of ECLAC: structuralism and neo-structuralism. In: Cepal Review (97), 171–192. http://www.eclac.org/publicaciones/xml/2/36662/RVI97Bielschowsky.pdf [Letzter Zugriff: 26.04.2013].

Bischoff, Joachim (2000): Finanzkrisen am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Boris, Dieter/Berriel Diaz, Alvaro/Eicker-Wolf, Kai/Käpernick, Ralf/Limbers, Jan (Hg.): Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert - Probleme der Peripherie oder globale Gefahr? Marburg: Metropolis, 27–42.

Boeckh, Andreas (2011): Erdölrente, Politik und Entwicklung. In: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): Venezuela heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, 397–425.

Boris, Dieter (2007a): Die neuen "Mitte-Links"-Regierungen in Lateinamerika. In: Kurswechsel (2), 120–131.

Boris, Dieter (2007b): Staaten in der Peripherie. In: Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, 243–259.

Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela (2005): Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela. Vom 24. März 2000. Essen: Neue Impulse.

Bourdieu, Pierre (2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur 1. Hamburg: VSA-Verlag.

BP (2013): Statistical Review of World Energy. http://www.bp.com/en/global/corporate/about-bp/statistical-review-of-world-energy-2013.html [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Brand, Ulrich (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegenhegemoniale Strategien. Hamburg: VSA.

Brand, Ulrich/Raza, Werner (2003): Der Regulationsansatz als Fordismus- oder Kapitalismustheorie? In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7–16.

Burchardt, Hans-Jürgen (2005): Die Wirtschaftspolitik des Bolivarianismo. In: Boeckh, Andreas/Sevilla, Rafael (Hg.): Venezuela. Die bolivarische Republik. Bad Honnef: Horlemann, 173–189.

Burchardt, Hans-Jürgen (2012): Von der vernünftigen Suche nach Leidenschaft: Ein Vorschlag Gesellschaftsanalyse und Sozialpolitik-Forschung zu dezentrieren. In: Burchardt, Hans-Jürgen/Tittor, Anne/Weinmann, Nico (Hg.): Sozialpolitik in globaler Perspektive. Asien, Afrika und Lateinamerika. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 69–92.

Cabrera, Silvia/Silva Ferrer, Manuel (2011): Viele Medien und nur eine Nachricht. Die Transformation des Mediensystems. In: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): Venezuela heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, 339–366.

Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Hamburg: Argument.

Candeias, Mario (2007): Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Merkens, Andreas/Rego Diaz, Victor (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. 3. Aufl. Hamburg: Argument, 15–32.

Cardoso, Fernando Henrique (1974): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 201–220.

Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (1979): Dependency and development in Latin America. Berkeley: University of California Press.

CEPAL (2012): Preliminary Overview of the Economies of Latin America and the Caribbean. http://www.eclac.org/publicaciones/xml/3/48593/Preliminary_Overview2012final.pdf [Letzter Zugriff: 3.7.2013]

Córdova, Armando (1973): Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Cox, Robert W. (1993): Gramsci, Hegemony and International Relations. In: Gill, Stephen Charles (Hg.): Gramsci, historical materialism and international relations. Cambridge: Cambridge University Press, 49–65.

Daiber, Birgit (2012): Contradictory Transitional Experiences of Progressive Governments in Latin America: The Context of this Special Issue. In: Journal für Entwicklungspolitik 28 (3), 7–15.

Demirović, Alex (2007): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. 2. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Díaz, Rolando/Schütt, Kurt-Peter (2011): Die Gewerkschaftsdachverbände: im Dienst der Parteien und der Macht. In: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): Venezuela heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, 253–270.

Dos Santos, Theotonio (2005): André Gunder Frank. In: Latin American Perspectives 32 (6), 90–92.

Ellner, Steve (2005): The Emergence of a New Trade Unionism in Venezuela with Vestiges of the Past. In: Latin American Perspectives 32 (2), 51–71.

Ellner, Steve (2008): Rethinking Venezuelan politics. Class, conflict, and the Chávez phenomenon. Boulder: Lynne Rienner.

ETH Zürich (2013): KOF Index of Globalization. http://globalization.kof.ethz.ch/ [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Fischer, Karin (2011): Postneoliberalismus: Krise des oder im Neoliberalismus? In: Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Ziai, Aram (Hg.): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung. Wien: Mandelbaum, 129–131.

Flores Díaz, Maximiliano (2009): Economía política del subdesarrollo: atención Venezuela. Caracas: Banco Central de Venezuela.

Frank, André Gunder (1972): Lumpenbourgeoisie and Lumpendevelopment. Dependency, Class and Politics in Latin America. New York: Monthly Review Press.

Frank, André Gunder (1973): La dependencia ha muerto: Viva la dependencia y la lucha de clases. Una respuesta a críticos. In: Desarrollo Económico 13, 199–219.

Frank, André Gunder (1975): Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Frank, André Gunder (1980): Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Frank, André Gunder (2005): Orientierung im Weltsystem. Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Wien: Promedia-Verlag.

Frank, André Gunder (2008)[1966]: Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum, 148–167.

Frank, André Gunder (2009)[1969]: Latin America. Underdevelopment or Revolution. New York: Monthly Review Press.

Freire, Paulo (1973): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbek: Rowohlt.

Freire, Paulo (1985): The politics of education. Culture, power and liberation. New York: Bergin & Garvey.

Furtado, Celso (1964): Development and Underdevelopment. A structural view of the problems of developed and underdeveloped economies. Berkeley: University of California Press.

Furtado, Celso (1965): Development and Stagnation in Latin America: A Structuralist Approach. In: Studies in Comparative International Development 1 (11), 159–175.

Furtado, Celso (2011)[1984]: El desarollo como proceso endógeno. In: Revista Ola Financiera (8), 170–193. http://www.revistas.unam.mx/index.php/ROF/article/download/23118/21926 [Letzter Zugriff: 28.04.2013].

Görgl, Daniel/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard (2011): Transformation monetärer Restriktionen: Nationale Strategien und regionale Kooperation in Lateinamerika. In: Journal für Entwicklungspolitik (2), 67–91.

Graham, Frank D. (1923): Some Aspects of Protection Further Considered. In: The Quarterly Journal of Economics (2), 199–227.

Gramsci, Antonio (2012)[1975]: Gefängnis-Hefte. Kritische Gesamtausgabe. Herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug. Hamburg: Argument/Berliner Institut für Kritische Theorie.

Gudynas, Eduardo (2011): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen. In: Kurswechsel (3), 69–80.

Gudynas, Eduardo (2012): Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika/Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, 46–65.

Guerra, José/Rodríguez, Osvaldo (1998): Crisis cambiarias y flujos de capital en Venezuela. Caracas: Baco Central de Venezuela. http://www.bcv.org.ve/Upload/Publicaciones/docu15.pdf [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Hammond, John L. (2011): Indigenous Community Justice in the Bolivian Constitution of 2009. In: Human Rights Quaterly (33), 649–681.

Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich: Rotpunktverlag.

Herdin, Franziska (2005): Der bolivarianische Prozess in Venezuela. Eine Alternative zum Neoliberalismus? In: Journal für Entwicklungspolitik (2), 100–124.

Huffschmid, Jörg (2000): Das Verhältnis Metropolen - Peripherie unter dem Aspekt der Finanz- und Währungsbeziehungen. In: Boris, Dieter/Berriel Diaz, Alvaro/Eicker-Wolf, Kai/Käpernick, Ralf/Limbers, Jan (Hg.): Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert - Probleme der Peripherie oder globale Gefahr? Marburg: Metropolis, 43–63.

Imhof, Karen/Jäger, Johannes (2007): Globale Geldordnungen und Entwicklungsprozesse in Zentrum und Peripherie. In: Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Corne-

lia (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, 143–159.

INE (2013): Estadísticas. http://www.ine.gov.ve/ [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

IWF (2013): World Economic Outlook Database. http://www.imf.org/external/ns/cs.aspx?id=28 [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Jäger, Johannes (2011): Wohlfahrtspolitik und Ökonomie in Lateinamerika. In: Au, Anne von/Dünow, Lea/Müller, Ramona/Müller, Sophie/Schäfer, Maria (Hg.): Soziale Sicherheit in Lateinamerika. Neue Wege durch linke Regierungen? Berlin: WVB, 165–186.

Jäger, Johannes/Leubolt, Bernhard (2011): Reprimarisierung als neue Entwicklungsstrategie in Lateinamerika? In: Kurswechsel (3), 59–68.

Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (2012): Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Wien: Mandelbaum.

Jessop, Bob (Hg.) (2007): Kapitalismus, Regulation, Staat. Ausgewählte Schriften. Hamburg: Argument.

Kay, Cristóbal (1989): Latin American theories of development and underdevelopment. London: Routledge.

Kolland, Franz (2007): Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Maral-Hanak, Irmi/Parnreiter, Christof (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. 3. Aufl. Wien: Mandelbaum, 79–104.

Latinobarómetro (2013): Oleadas 1995 - 2009. http://www.latinobarometro.org/latino/latinobarometro.jsp [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Lenin, Vladimir I. (2001)[1917]: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss. München: Verlag das Freie Buch.

Lerner, Daniel (1966)[1958]: The Passing of Traditional Society. Modernizing the Middle East. New York: The Free Press.

Leys, Colin (1996): The Rise and Fall of Development Theory. Nairobi: E.A.E.P [u.a.].

Leys, Colin (2006): A Tribute to Andre Gunder Frank. In: Journal für Entwicklungspolitik 22 (1), 8–11.

Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“. In: Prokla (58), 109–137.

López Maya, Margarita (2011): Zur Geschichte Venezuelas. In: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): Venezuela heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, 27–50.

Love, Joseph L. (1990): The Origins of Dependency Analysis. In: Journal of Latin American Studies (1), 143–168.

Love, Joseph L. (2005): The rise and decline of economic structuralism in Latin America: New Dimensions. In: Latin American Research Review (3), 100–125.

Luxemburg, Rosa (1970)[1913]: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. 4. Aufl. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik.

Mandel, Ernest (1972): Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt. In: Mohl, Ernst T. (Hg.): Folgen einer Theorie. Essays über ´Das Kapital´ von Karl Marx. 5. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 71–93.

Marx, Karl (1961)[1859]: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort. In: MEW Band 13. Berlin: Dietz, 7–11.

Marx, Karl (1962)[1881]: Entwürfe einer Antwort und Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch. In: MEW Band 19. Berlin: Dietz, 384–406.

Marx, Karl (1972)[1853]: Die Ostindische Kompanie, ihre Geschichte und die Resultate ihres Wirkens. In: MEW Band 9. Berlin: Dietz, 148–156.

Marx, Karl (1972)[1858]: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

Marx, Karl (2008)[1867]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. 39.Aufl. Berlin: Dietz.

Marx, Karl (2010)[1894]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. 33. Aufl. Berlin: Dietz.

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1977)[1848]: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Band 4. Berlin: Dietz, 459–493.

Mayobre, José Antonio (1970): Las inversiones extranjeras en Venezuela. Caracas: Monte Avila Editores.

Melcher, Dorothea (1995): La industrialización de Venezuela. In: Revista Economía 10, 57–90.

Melcher, Dorothea (2005): Petroleumrepublik Venezuela. In: Boeckh, Andreas/Sevilla, Rafael (Hg.): Venezuela. Die bolivarische Republik. Bad Honnef: Horlemann, 141–157.

Menzel, Ulrich (2000): Karl Marx (1818-1883). Die drei Entwicklungstheorien des Karl Marx. In: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit (1), 8–11.

Müller, Bea (2005): Die „bolivarische Revolution" auf der Suche nach einem kohärenten Projekt: Venezuela. In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): Lateinamerika. Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA, 163–191.

Muno, Wolfgang (2011): Der Linksruck in Lateinamerika - Ursachen und Konsequenzen. In: Au, Anne von/Dünow, Lea/Müller, Ramona/Müller, Sophie/Schäfer, Maria (Hg.): Soziale Sicherheit in Lateinamerika. Neue Wege durch linke Regierungen? Berlin: WVB, 27–72.

Neubert, Harald (2001): Antonio Gramsci: Hegemonie - Zivilgesellschaft - Partei. Eine Einführung. Hamburg: VSA.

Njaim, Humberto (2005): Der Umgang mit der partizipativen Demokratie in Venezuela. In: Boeckh, Andreas/Sevilla, Rafael (Hg.): Venezuela. Die bolivarische Republik. Bad Honnef: Horlemann, 205–232.

Novy, Andreas (2007): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. 4.Aufl. Frankfurt am Main: Brandes und Apsel.

Novy, Andreas/Parnreiter, Christof/Fischer, Karin (1999): Globalisierung und Peripherie. In: Novy, Andreas/Parnreiter, Christoph/Fischer, Karin (Hg.): Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel, 9–33.

Ocampo, José Antonio/Parra, María A. (2003): The Terms of Trade for Commodities in the Twentieth Century. In: Cepal Review (79), 7–35. http://www.eclac.org/publicaciones/xml/6/20196/lcg2200i-Ocampo.pdf [Letzter Zugriff: 01.05.2013].

Ollman, Bertell (2003): Dance of the Dialectic. Steps in Marx´s Method. Chicago: University of Illinois Press.

Paz, Sarela (2012): Der Marsch der TIPNIS-Indígenas. Über den Zusammenhang zwischen den indigenen Protesten in Bolivien und den extraktivistischen Modellen Südamerikas. In:

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika/Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, 82–97.

Peters, Stefan (2011): Bildungspolitik: alte und neue Ungleichheitsmuster. In: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): Venezuela heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, 637–670.

Pinto, Aníbal (1970): Naturaleza e implicaciones de la `heterogeneidad estructural´ de la América Latina. In: El Trisemestre Económico (1), 83–100.

Pirker, Reinhard/Stockhammer, Engelbert (2009): Die Marxsche Ökonomie: von Marx zu aktuellen Debatten. In: Becker, Joachim/Grisold, Andrea/Mikl-Horke, Gertraude/Pirker, Reinhard/Rauchenschwandtner, Hermann/Schwank, Oliver/Springler, Elisabeth/Stockhammer, Engelbert (Hg.): Heterodoxe Ökonomie. Marburg: Metropolis, 55–88.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.

Prebisch, Raúl (1950): The economic development of Latin America and its principal problems. New York: United Nations/ECLA.

Prebisch, Raúl (2008)[1964]: Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum, 130–146.

Ptak, Ralf (2008): Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.): Kritik des Neoliberalismus. 2.Aufl. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften, 15–86.

Pühretmayer, Hans (2005): Über das Politische des Wissenschaftlichen. Interventionen des Critical Realism in verschiedene Ökonomietheorien. In: Kurswechsel (4), 28–44.

Raffer, Kunibert (2007): Handel und Unterentwicklung. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Maral-Hanak, Irmi/Parnreiter, Christof (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. 3. Aufl. Wien: Mandelbaum, 105–124.

República Bolivariana de Venezuela (2013): Reglamento parcial del decreto con rango, valor y fuerza de ley orgánica del trabajo, los trabajadores y las trabajadoras, sobre el tiempo de trabajo. Decreto No. 44. http://www.minci.gob.ve/wp-

content/uploads/2013/05/Reglamento-Parcial-LOTTT-Gaceta-Oficial-N%C2%BA-40.157.pdf [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Roberts, Kenneth M. (2012): The Politics of Inequality and Resdistribution in Latin America´s Post-Adjustment Era. United Nations Workingpaper 2012/08: UNU-WIDER.

Rodríguez, Octavio (1980): La teoría del subdesarrollo de la CEPAL. México, D.F: Siglo Veintiuno Editores.

Rojas-Kienzle, David (2012): Rückgeinnung der Souveränität. Bolivien, Venezuela und Ecuador drängen den Neoliberalismus zurück und bauen die staatliche Kontrolle über ihre Rohstoffe aus. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika/Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, 24–35.

Rommel, Alexander (2011): Sozialstruktur: Armut, Ungleichheit und soziale Klassen. In: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hg.): Venezuela heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert Verlag, 51–76.

Rostow, Walt W. (2008)[1960]: Die fünf Wachstumsstadien - eine Zusammenfassung. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum, 40–52.

Sayer, R. Andrew (1992): Method in social science. A realist approach. 2. Aufl. London: Routledge.

Schwank, Oliver (2007): Handel und Entwicklung - Entwicklungsprozesse in historischer Perspektive in Abhängigkeit von der Eingliederung in das internationale Handelsregime. In: Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, 91–105.

Singer, Hans W. (1950): U.S. Foreign Investment in Underdeveloped Areas. The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries. In: The American Economic Review, Papers and Proceedings 40 (2), 473–485.

Sunkel, Osvaldo (1973): Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration: Der Fall Lateinamerika. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. 2.Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 258–315.

Svampa, Maristella (2012): Resource Extractivism and Alternatives: Latin American Perspectives on Development. In: Journal für Entwicklungspolitik 28 (3), 43–73.

Thwaites Rey, Mabel (2010): Después de la globalización neoliberal. ¿Qué Estado en América Latina? In: Observatorio Social de América latina 11 (27), 19–43.

UNDP (2013): International Human Development Indicators. http://hdr.undp.org/en/data/profiles/ [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Venescopio (2013): Estadísticas Básicas de Venezuela. http://www.venescopio.org.ve/ [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Verger, Antoni/Muhr, Thomas (2007): Educación superior en Venezuela: Rompiendo con la ortodoxia liberal en politica educativa. Bristol: Centre for Globalisation, Education and Societies, University of Bristol. http://www.bristol.ac.uk/education/research/centres/ges/postdoc-fellows/thomas-muhr/002.pdf [Letzter Zugriff: 01.07.2013].

Vujačić, Ivan (1988): Marx and Engels on development and underdevelopment: the restoration of a certain coherence. In: History of Political Economy 20 (3).

Wagenknecht, Sarah (Hg.) (2004a): Alo Presidente. Hugo Chavez und Venezuelas Zukunft: Hugo Chávez und Venezuelas Zukunft. Berlin: Edition Ost.

Wagenknecht, Sarah (2004b): Eigentum verpflichtet? Venezolanische Erdölpolitik im Wandel. In: Wagenknecht, Sarah (Hg.): Alo Presidente. Hugo Chavez und Venezuelas Zukunft: Hugo Chávez und Venezuelas Zukunft. Berlin: Edition Ost, 148–160.

Weisbrot, Mark/Sandoval, Luis (2009): The Chávez Administration at 10 Years: The Economy and Social Indicators. Washington D.C.: Center for Economic and Policy Research. http://www.cepr.net/documents/publications/venezuela-2009-02.pdf [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Weltbank (2013): The World Bank Data. http://data.worldbank.org/ [Letzter Zugriff: 03.07.2013].

Wilpert, Gregory (2007): Changing Venezuela by taking power. The history and policies of the Chávez government. London: Verso.

Zeuske, Michael (2008): Von Bolívar zu Chávez. Die Geschichte Venezuelas. Zürich: Rotpunktverlag.

Zibechi, Raúl (2011): Territorien des Widerstands. Eine politische Kartografie der urbanen Peripherien Lateinamerikas. Berlin, Hamburg: Assoziation A.

Kurzzusammenfassung

Lateinamerika erlebte in den letzten Jahren vermehrt einen politischen Umschwung, der als „Linksruck“ bezeichnet werden kann. In einer Vielzahl der Staaten des Kontinents wird in diesem Zusammenhang Umverteilungspolitik betrieben, die hauptsächlich auf dem verstärkten Abschöpfen von Rohstoffrenten durch größtenteils staatlich kontrollierte Wirtschaftssektoren beruht. Diese Prozesse gehen dabei häufig mit hohen Wirtschaftswachstumsraten einher. Die Kombination aus wirtschaftlichem Wachstum und Umverteilungspolitik ist besonders vor dem Hintergrund der „lateinamerikanischen Paradoxie“ (also Ressourcenreichtum bei gleichzeitiger hoher sozialer Ungleichheit) eines der bedeutendsten Themen bei der Interpretation von Entwicklungen auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

Eine besondere Rolle kommt in diesem Zusammenhang der bolivarischen Republik Venezuela zu, deren mehr als achtzigjährige Geschichte als erdölexportierende Ökonomie Ende der 1990er Jahre, durch die Wahl von Hugo Chávez einen wesentlichen Einschnitt erhalten hat. Nach den dramatischen Auswirkungen der neoliberalen Umstrukturierungen für die Lohnabhängigen Venezuelas, gelang es dessen Regierung für sinkende Ungleichheitsraten und wesentliche Verbesserung im Bildungs- und Gesundheitssektor zu sorgen.

Diese Entwicklungen gehen allerdings nicht widerspruchsfrei vonstatten und benötigen daher eine differenzierte Betrachtung, um ihrer Dynamik gerecht zu werden. Aus einer politökonomischen Perspektive fragt diese Arbeit daher nach emanzipatorischen Brüchen und strukturellen Kontinuitäten in der politischen Ökonomie Venezuelas seit der ersten industriellen Erdölförderung, wobei die Veränderungen seit dem Amtsantritt Hugo Chávez´ den Schwerpunkt der Analyse darstellen.

Konkret bedeutet dies, dass ausgehend von der ontologischen und epistemologischen Verortung dieser Arbeit im *critical realism* bzw. aufbauend auf der kritisch-realistischen Methodologie von Konkretion und Abstraktion eine Antwort auf diese Frage erarbeitetet wird.

Als Abstraktion auf höchster Ebene wird dabei die Dependenztheorie diskutiert und, vor dem Hintergrund ihrer Wurzeln im Strukturalismus, die marxistische dependenztheoretische Debatte für das weitere Vorgehen aufgearbeitet. Hier zeigt sich zunächst, dass der Außenhandel bei der Analyse von (semi-)peripheren Räumen bzw. der Ausbreitung des kapitalistischen Weltsystems, den hervorragenden Stellenwert einnimmt, eine weitere Auseinandersetzung allerdings – in Anlehnung an Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto – eine Betrachtung der inneren Dynamiken dieser Entwicklungen beinhalten muss.

Eine Abstraktion auf mittlerer Ebene, welche sowohl die Prozesse in der ökonomischen Basis, als auch jene des politischen Überbaus dialektisch fassen kann, wird in der Folge anhand der Regulationstheorie dargestellt. Das dialektische Verhältnis von Akkumulation und Regulation in diesem Theoriegebäude bzw. deren Typisierungsachsen im Regulationsdispositiv stellen den wesentlichen analytischen Rahmen dieser Arbeit dar.

Aus der Synthese der beiden Theorieströmungen geht hervor, dass eine adäquate Analyse der „lateinamerikanischen Paradoxie" nur erfolgen kann, wenn wesentliche historisch-strukturelle Charakteristika raum-zeitlich konkreter Phasen kapitalistischer Entwicklung in Lateinamerika aufgezeigt werden. Diese werden als (1) die Phase der importsubstituierenden Industrialisierung, (2) die neoliberale Phase und (3) die post-neoliberale Phase identifiziert.

Als Ergebnis dieser Analyse zeigt sich, dass Kontinuitäten in strukturellen Limitationen durch die Persistenz von sowohl der Erdölabhängigkeit, starrer staatlicher Strukturen, als auch struktureller Heterogenität gegeben sind. Demgegenüber stehen emanzipatorische Brüche, die als die erstmalige Einbindung breiter Bevölkerungsteile in die politische Landschaft Venezuelas, die Verstaatlichung der Erdölindustrie bei gleichzeitiger Umverteilung der Renten, die emanzipatorische Bildungspolitik, sowie die progressiven außenpolitische Maßnahmen identifiziert wurden. Eine zusammenführende Betrachtung dieser Ergebnisse ergibt zudem, dass die dialektische Beziehung der strukturellen Limitationen und der emanzipatorischen Handlungen es letztlich ist, die die (abhängige) Entwicklungsdynamik der venezolanischen Gesellschaft konstituiert. Die kritisch-realistische Methode wird abschließend dadurch abgerundet, dass diese Erkenntnisse auf die theoretische bzw. abstrakte Ebene zurückgeführt werden.

Hier zeigt sich, dass für eine Analyse der kapitalistischen Entwicklung (semi-)peripherer Räume, die Abhängigkeiten, die durch die Stellung in der internationalen Arbeitsteilung gegeben sind, weiterhin von hoher Bedeutung sind. Die Analyse des konkreten empirischen Beispiels zeigte allerdings zudem auch, dass sich der Charakter dieser Abhängigkeit verändert hat und eine Adaption auf abstrakter Ebene vorgenommen werden muss. Diese resultiert aus der Feststellung, dass die Typisierung Venezuelas auf Basis der Regulationstheorie, ein dominant rohstoffbasiertes produktives Akkumulationsregime bei gleichzeitiger Finanzialisierung, ergibt. Der Bedeutungsgewinn beider Sphären weist darauf hin, dass diese beiden Typisierungen in der gegenwärtigen Entwicklung Venezuelas keinen Widerspruch darstellen, sondern Hand in Hand gehen. Für weitere Analysen, die an die hier gewonnenen Ergebnisse anschließen, bedeutet dies also, dass das Spannungsverhältnis von Extraktivismus und Finanzialisierung, sowie die gesellschaftliche Bearbeitung beider Prozesse, in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses gerückt werden müssen.

Abstract

In recent years, Latin America has witnessed political changes which can be considered as a „leftist turn“. A major part of the Latin American states enforced redistribution policies which are mostly financed through the state-controlled extraction of natural resources. These processes are to be seen in context of economic growth rates which are often higher than in the industrialized countries.

The combination of redistribution policies and economic growth is especially interesting when the „Latin American paradox“ (wealth of resources alongside with persistent social inequality) is brought to mind. This „Latin American paradox“ is one of the major topics to consider, when analyzing the Latin American continent.

One of the most outstanding examples in this context is the Bolivarian Republic of Venezuela and it´s more than eighty-year-old history as an oil-exporting economy. This development has undergone a deep cut, when Hugo Chávez was elected as the president of the republic at the end of the 1990s.

After the dramatic influence of the neoliberal restructuring on the labor class, the government of Hugo Chávez managed to decrease inequality and to take major steps in the education and health sector.

Apart from these successes, the developments in Venezuela are not to be seen free of contradictions and need a differentiated view to analyze the complex processes which are currently going on in the country. To do so, this work follows the view of a political economic analysis and asks for emancipatory breaks, as well as structural continuities in the political economy of Venezuela, starting with the first industrial extraction of oil and with an emphasis on the changes in the era of the government of Hugo Chávez.

Based on the ontological and epistemological grounds of the critical realism, this work uses the methodology of concretion and abstraction of the critical realist approach to answer this question.

As the theoretical framework on the highest level of abstraction, the dependency approach is discussed concerning its roots in the Latin American structuralism and its Marxist version, to form the ground for the further concretion. It shows that international trade is a main factor in analyzing (semi-)peripheral spaces, or respectively the capitalist world system, understood as an interdependent unity of unequal spaces. With respect to the work of Fernando Henrique Cardoso and Enzo Faletto, it must be stated that the analysis of these developments requires

not only the discussion of external factors, but also of internal factors of the dynamics of capitalist development.

As a theory of medium abstraction, the regulationist approach is discussed hereinafter. Its dialectical analysis of the economic base and the political superstructure makes it possible to analysis the internal dynamics mentioned above. The central categories of the regulationist approach, accumulation and regulation, are to be seen as the main analytical instruments of this work.

The synthesis of these two theoretical strands concludes that an adequate analysis of the „Latin American paradox“ can only be made, when central historical-spatial stages in the economic development of Latin America are taken into account. These are identified as (1) import substituting industrialization, (2) the neoliberal era and (3) the post-neoliberal era.

The results of this analysis show, that the continuities of structural limitations are to be found in the ongoing dependency on the oil-exporting-sector, in rigid state structures and the structural heterogeneity. On the other hand, emancipatory breaks are identified in the increasing participation of broad parts of Venezuela’s population in the political process, the nationalization of the oil-industry in combination with redistribution policies, the emancipatory education policy and finally the progressive international relations. A combined view on these results shows, that it is especially the dialectical relationship between these structural limitations and the emancipatory breaks, which constitute the (dependent) development dynamics of Venezuelan society.

To fulfill the critical realist methodology, there is a recirculation of the empirical insights to the more abstract levels to be made. This recirculation shows that the analysis of the capitalist development of (semi-)peripheral spaces needs to focus on the placement in the international trading system and the dependencies which are brought about by it. Besides that, the empirical material shows, that the character of this dependency has changed and that an adaption on the abstract levels must be made. This is the result of the conclusion that the characterization of the political economy based on the regulationist approach shows that Venezuela in the post-neoliberal period is characterized by a combination of productive extractivist accumulation and increasing financialisation. The contradiction of these two spheres must now be seen as one process, in which extractivism brings about financialisation. This means that the relationship of these spheres must be the focus of further analyses.

Lebenslauf

LUKAS SCHMIDT

Geb. am 27. Sept. 1988 in Wien

Ausbildung

10/2008 – 08/2013 ***Diplomstudium der Internationalen Entwicklung***

Schwerpunkte: Politische Ökonomie; Sozialpolitik; rohstoffbasierte Ökonomien Lateinamerikas

09/1999 – 07/2007 ***Bundesrealgymnasium Bertha von Suttner (BRG 21)***

Praktische Erfahrungen

02/2013 ***Volontariat bei der gemeinnützigen Organisation „aldeas de paz“ (www.peacevillages.org) in Santa Elena de Uairén, Venezuela***

Schwerpunkte: Bildung; Multimedia

03/2012 – 07/2013 ***Tutor der Lehrveranstaltung „AG IE Einführung in die Internationale Entwicklung“ am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien***

Lehrveranstaltungsleitung: Mag.a. Vera Brandner, Mag. Dr. Gerald Faschingeder, Mag.a. Sarah Funk

10/2011 – 07/2012 ***Tutor der Lehrveranstaltung „Transdisziplinäre Entwicklungsforschung - Problemformulierung, Problembearbeitung (TEF A)“ am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien***

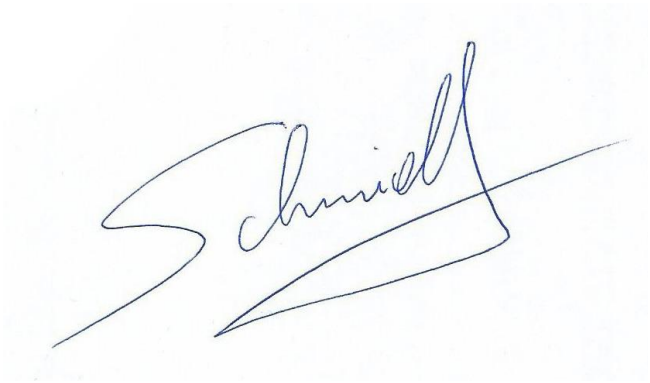
Lehrveranstaltungsleitung: Mag. Dr. Johannes Jäger

10/2007 – 06/2008 ***Zivildienst im Magistrat für Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht (MA 40) - Wien***

Fremdsprachenkenntnisse

Englisch
fließend in Wort und Schrift

Spanisch
fließend in Wort und Schrift



Lukas Schmidt **Wien, im Juli 2013**